



universität
wien

MAGISTERARBEIT

Titel der Magisterarbeit

„Umweltschutz und Partizipation“

Verfasserin

Bakk. Sabine Silbernagl

Angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. Phil.)

Wien, 2008

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 066 811

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Sinologie

Betreuerin:

Univ.-Prof. Mag. Dr. Susanne Weigelin-Schwiedrzik

„Eine globale Umweltpolitik ist für die Bewältigung von Umweltkrisen ebenso unverzichtbar wie für eine nachhaltige Armutsbekämpfung nach den Vorgaben der Millennium-Entwicklungsziele und für eine wirksame Vorbeugung von umweltbedingten Gesundheitsschäden.“ (Nuscheler 2006, S. 327)

Mein Dank gilt zunächst meinen Eltern, die mich von Anfang an in der Wahl meines Studiums bestärkt und stets alle Höhen und Tiefen mit mir geteilt haben. Was wäre das Leben aber ohne gute Freunde, die in schwierigen Momenten immer an mich geglaubt und mir den Rücken gestärkt haben. – Vielen Dank!

Besonderer Dank geht auch an Univ.-Prof. Mag. Dr. Susanne Weigelin-Schwiedrzik, die mir stets mit Ratschlägen zur Seite gestanden ist.

INHALTSVERZEICHNIS

1	EINLEITUNG	1
2	METHODIK	4
2.1	Die Diskursanalyse	4
3	DISKURSUMFELD	8
3.1	Was ist Sustainable Development?	8
3.2	Umweltschutz und Sustainable Development in China	12
3.3	Partizipation	18
3.4	Partizipationsansätze in der „Agenda 21“	35
3.5	Chinas Agenda 21	40
3.6	Der zehnte nationale Fünfjahresplan für den Umweltschutz	42
3.7	Die gesetzliche Umsetzung von SD in China	45
3.7.1	Geschichte des chinesischen Umweltschutzrechts	45
3.7.2	Quellen des chinesischen Umweltrechts	47
3.7.3	Ziele und Prinzipien des Umweltschutzrechts in China	48
3.7.4	Umweltbehörden	49
4	DISKURSANALYSE	53
4.1	Diskursanalyse – Ebene 1: Internationale Organisationen	53
4.1.1	Zivilgesellschaft	54
4.1.2	Regierung	62
4.1.3	Wirtschaft	67

4.1.4	Partizipation und Zivilgesellschaft	69
4.2	Diskursanalyse – Ebene 2: Chinesische Akademiker	71
4.2.1	Regierung	72
4.2.2	Zivilgesellschaft	79
4.2.3	Partizipation und Zivilgesellschaft	84
4.3	Vergleich der beiden Diskursebenen	86
4.4	Vergleich mit den Zielen der Agenda 21	89
5	FAZIT	92
6	ANHANG	101
6.1	Chinesische Ausdrücke	101
6.2	Literaturverzeichnis	107
6.2.1	China Development Brief – Textsammlung:	119
6.2.2	China Watch – Textsammlung:	120
6.2.3	CAJ – (China Academic Journals) Textsammlung:	122
	Zusammenfassung	125
	Curriculum Vitae	129

1 Einleitung

Das Thema Sustainable Development also der nachhaltigen Entwicklung und insbesondere in der von mir gewählten Einschränkung auf die ökologische Komponente von SD dominiert, zwar meist unter anderem Namen, zurzeit sämtliche Medien der Welt. Kaum eine Woche vergeht, in der nicht neue Prognosen zum Klimawandel für Aufsehen sorgen und uns, aber insbesondere unsere Regierungen, ermahnen, so schnell wie möglich Handlungen zu setzen.

Speziell zwei Länder, nämlich China und Indien, gelangen unter anderem durch Zeitungsartikel mit Überschriften wie „Bitterer Preis für den süßen Wirtschaftsboom“ (Lietsch 2006, S. 6) immer wieder in den Fokus der Diskussion. Dies hat vielerlei Gründe. Zum einen weisen China und Indien seit Jahren ein beachtliches Wirtschaftswachstum auf und gehören somit zu den globalen Spitzenverbrauchern von Rohstoffen, zum anderen ist der Umweltschutzgedanke in Zivilgesellschaft und Wirtschaft noch weniger verbreitet als in den wohlhabenden Industrieländern des Westens, in denen allerdings, wie man zur Zeit erleben kann, auch erst wieder Interesse und Aufmerksamkeit auf den problematischen Zustand unserer Umwelt gelenkt werden müssen. Zudem kommt es vor, dass die beiden Wirtschaftsgiganten als Sündenböcke für den Klimawandel gebraucht werden, um von dem ebenfalls nicht gerade vorbildlichen Verhalten der Länder des Westens abzulenken. Nicht selten kam mir in der letzten Zeit der Satz zu Ohren: „Wenn China und Indien ihr Verhalten den Umweltschutz betreffend nicht ändern, dann sind alle unsere [hier sind Europa und die westliche Welt gemeint] Versuche sowieso sinnlos“.

Andererseits gibt es auch Stimmen, die vor allem China eine durchaus positive Rolle im Bestreben, den Klimawandel zu stoppen bzw. abzumildern, zuschreiben. So sieht Alexander Egit von Greenpeace in einem Interview mit der österreichischen Tageszeitung „Die Presse“ China als einen Hoffnungsträger auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien. Egit meint, dass China auf Grund seines riesigen Binnenmarktes die Möglichkeit besäße, viel größere Stückzahlen an z.B. Solaranlagen und Windturbinen zu produzieren, was wiederum die Stückpreise senken und diese Technologien wettbewerbsfähig machen würde. (vgl. Egit 2006, S. 6) Die Umsetzung all dieser und vieler hier nicht genannter Vorschläge zum Umweltschutz wird oftmals allein den Regierungen der einzelnen Länder angehaftet und die Wichtigkeit politischer Rahmenprogramme zum Umweltschutz und der Milderung bzw. Abwendung des Klimawandels soll hier auf keinen Fall in Frage gestellt werden. Politische

Programme bedürfen jedoch vor allem auch der Mitarbeit und besonders der Umsetzung durch die Bevölkerung, weshalb es wichtig ist, ein allgemeines Bewusstsein für die bestehenden Probleme zu schaffen und die Gesellschaft in die Erstellung und Ausarbeitung von Lösungsansätzen einzubeziehen.

Mit diesem Problem, nämlich der Partizipation der chinesischen Bevölkerung an Umweltschutzaktivitäten, beschäftigt sich diese Arbeit. Im Laufe der Arbeit wird der Frage nachgegangen, wie der chinesische akademische Diskurs über Partizipation der Bevölkerung am Umweltschutz aussieht. Auch wird dieser mit dem Diskurs auf internationaler Ebene, z.B. in internationalen Organisationen, welche sich speziell mit China beschäftigen, und deren Publikationen verglichen. Herauszufinden gilt es, ob grobe Differenzen in den Ansichten beider Seiten bestehen oder die Grundkonzepte ähnlich bzw. möglicherweise sogar identisch sind. Es soll herausgefunden werden, was laut Ansicht der Autoren nötig ist, um Partizipation am Umweltschutz in China voranzutreiben bzw. wo Hemmnisse und Probleme für Partizipation bestehen. Ist der Staat gewillt, mehr Partizipation von Seiten der Zivilgesellschaft im Umweltschutzbereich zuzulassen und verfügt die Bevölkerung über genügend Bewusstsein und Umweltbildung, um die Notwendigkeit von Umweltschutz überhaupt anerkennen zu können?

Es geht aber auch darum, zu untersuchen, ob Partizipation im Rahmen des Umweltschutzes in China eventuell einen systemsprengenden Charakter in sich trägt bzw. wie sie sich auf die Legitimität des politischen Regimes Chinas auswirkt. Besteht die Gefahr der Bildung oppositioneller politischer Kräfte oder spielen politische Aspekte keine Rolle im Engagement von NGOs und anderen Umweltschutzgruppen?

Bei der Behandlung des Themas Partizipation bleibt es nicht aus, sich die Lage der Zivilgesellschaft in China näher anzusehen. In westlichen demokratischen Ländern sind Zivilgesellschaft und zivilgesellschaftliche Partizipation ganz selbstverständliche Begriffe, über deren Bedeutung meist nicht extra nachgedacht wird. Vorschnell neigt man dazu, diese Konzepte ganz einfach auch auf China übertragen zu wollen. Im Laufe dieser Arbeit wird sich zeigen, dass dies so einfach nicht möglich ist und Partizipation sowie Zivilgesellschaft im chinesischen Kontext einer eigenen, abgeänderten Definition bedürfen. Dieses Unterfangen ist aber angesichts der Tatsache, dass bereits im westlichen Kontext eine Vielzahl von Definitionen existiert, kein leichtes und deshalb werde ich in einem späteren Teil der Arbeit

noch genauer darauf eingehen. Es soll allerdings bereits hier darauf hingewiesen sein, dass die Suche nach Unterschieden in der Auffassung der Konzepte Zivilgesellschaft und Partizipation in China und im Westen auch Eingang in die Analyse des von mir auszugsweise bearbeiteten Diskurses gefunden hat.

Bei der Analyse der von mir gewählten Texte handelt es sich keinesfalls um eine Analyse des Gesamtdiskurses, sondern es soll vielmehr nur ein kleiner Einblick in die Sichtweise verschiedener Diskursteilnehmer gegeben werden. Da es sich lediglich um eine ausschnittshafte Darstellung der Meinungen zweier Diskursebenen handelt (internationale zivilgesellschaftliche Organisationen und chinesische Akademiker), erheben die Ergebnisse keinesfalls den Anspruch auf Vollständigkeit.

2 Methodik

2.1 Die Diskursanalyse

Ich halte mich bei der Durchführung der Diskursanalyse größtenteils an die sehr praktischen Ausführungen von Siegfried Jäger, welcher wiederum in seinem Buch „Kritische Diskursanalyse – Eine Einführung“ den Theorien Foucaults nachgeht. Jäger, der Diskurse als „Verläufe oder *Flüsse von sozialen Wissensvorräten durch die Zeit* versteht, die die Applikationsvorgaben für die Gestaltung der gesellschaftlichen Wirklichkeit enthalten und in diese gegenständlich umgesetzt werden und, in Verbindung mit diesen »Vergegenständlichungen«, insgesamt also als Dispositive, weiterwirken, sie »am Leben halten«, sie und sich verändern oder auch zum Absterben bringen können“ (Jäger, 2004: S. 158), sieht auch die Wissenschaft, als immer nur historisch und deshalb relative Wahrheiten produzierend an. So kann seiner Meinung nach die Diskursanalyse auch dazu beitragen, bestehende Macht- und Herrschaftsverhältnisse aufzudecken. Er meint weiters, dass die eigene politische Position stets offen gelegt werden soll, weil sie bei Erklärungen und Interpretationen des untersuchten Diskurses sowieso in Erscheinung tritt. (vgl. Jäger, 2004: S. 8)

Die Struktur eines Diskurses gliedert Jäger in Spezialdiskurse und Interdiskurs, Diskursfragmente, Diskursstränge, Diskursive Ereignisse und Diskurseben. (vgl. Jäger, 2004: S. 159 – 163) Im Folgenden sollen diese strukturellen Einheiten kurz beschrieben werden:

Spezialdiskurs und Interdiskurs

Der Begriff „Spezialdiskurs“ bezeichnet Diskurse, die aus den verschiedenen Wissenschaftsfeldern kommen. Diese müssen vom Interdiskurs unterschieden werden, welcher aus den so genannten „nicht-wissenschaftlichen“ Diskursen besteht. Elemente aus den Spezialdiskursen fließen aber ständig auch in den Interdiskurs ein.

Diskursfragmente

Das sind einzelne Texte oder Textteile, welche ein bestimmtes Thema behandeln.

Diskursstränge

Diese bestehen aus der Summe der Diskursfragmente zum gleichen Thema, anders gesagt sind sie „thematisch einheitliche Wissensflüsse durch die Zeit“ (Jäger, 2004: S. 160).

Diskursive Ereignisse

Bei diskursiven Ereignissen handelt es sich um mediales Aufsehen erregende Ereignisse, die den Verlauf und die Qualität des Diskursstrangs, dem sie zugeordnet werden, beeinflussen. Ein Beispiel wäre Tschernobyl als diskursives Ereignis, welches die deutsche Atomkraftwerks-Politik verändert hat.

Diskursebenen

Diese kann man als die sozialen Orte bezeichnen, von denen aus der Diskurs geführt wird. Diskursebenen wirken aufeinander ein, so werden mediale und wissenschaftliche Diskurse z.B. in politische Diskurse aufgenommen usw.

All diese Begriffe gilt es sich zu vergegenwärtigen, bevor man an die Analyse der einzelnen Diskursfragmente (=Texte) herangeht. Zu beachten ist hier noch, dass laut Jäger Texte zunächst als Produkte einzelner Individuen erscheinen. Die Diskursanalyse betrachtet diese Einzelleistungen aber als Bestandteile einer qualitativen Gesamtheit, also eines sozialen Diskurses, was aber nicht bedeutet, dass es deshalb nicht wichtig wäre, jeden Text auch als individuelles Produkt zu betrachten, um einer möglichen Wirkungsabsicht des Autors auf den Grund zu gehen. (vgl. Jäger, 2004: S. 173)

Bei der Analyse selbst stellt sich zunächst die Frage, mit welcher diskursiven Ebene man beginnt. Im Falle dieser Arbeit wird aber nicht ein ganzer Diskurs analysiert, sondern lediglich zwei Ebenen davon, die Ebene internationaler Organisationen und die Ebene chinesischer Akademiker. Bei den internationalen Organisationen handelt es sich um China Watch und China Development Brief. China Watch ist eine gemeinsame Initiative des Worldwatch Institutes und des in Peking ansässigen Global Environmental Institutes (GEI), welche versuchen, aktuelle Trends in Bereichen, wie Energie, Landwirtschaft, Bevölkerung, Wasser etc. in China zu erfassen und zu analysieren. China Watch versucht ganz im Sinne des Worldwatch Institutes die gesammelten Informationen aus chinesischen und englischen Quellen, welche akademische Institute genauso inkludieren, wie Berichte aus Medien,

politischen Organisationen und NGOs, einem möglichst breiten Publikum einfach über das World Wide Web zugänglich zu machen.¹

China Development Brief (zhongguo fazhan jianbao) wurde 1996 gegründet und ist ein Non-Profit Publikationsmedium, welches die Zusammenarbeit zwischen China und anderen Ländern fördern will. Das Hauptprodukt ist ein englischsprachiger monatlicher elektronischer Newsletter, der Berichte zu Themen wie Umwelt, sozialer Entwicklung und Zivilgesellschaft enthält. Zielgruppe des Newsletters sind internationale Leser, welche die bereitgestellten Informationen für ihre Arbeit in den verschiedensten Bereichen benötigen können. Seit 2001 gibt es auch einen Newsletter in chinesischer Sprache, welcher aber keine bloße Übersetzung des englischen Newsletters ist, sondern separate, von chinesischen Mitarbeitern erarbeitete Themen enthält. Die angepeilte Zielgruppe besteht hierbei vor allem aus Non-Profit-Organisationen und NGOs, aber auch aus Forschern, politisch tätigen Personen etc.

Kurz gesagt widmet sich der englische Newsletter einer internationalen Leserschaft, welche China und seine Entwicklungen besser verstehen möchte, während sich der chinesische Newsletter bemüht, internationale Entwicklungsansätze einer chinesischsprachigen Leserschaft näher zu bringen.²

Die Sammlung des zu analysierenden Textmaterials gestaltete sich in meinem Fall relativ einfach über das Internet. Bei China Watch und China Development Brief gab es auf den jeweiligen Websites Artikelsammlungen zum Thema Partizipation und Zivilgesellschaft.

Im Falle der Datenbank CAJ (China Academic Journals), welche von der Tsinghua Tongfang Optical Disc Co. Ltd. in Peking hergestellt wird und registrierten Nutzern gegen Gebühr Zugriff auf Volltexte zahlreicher wissenschaftlicher Zeitschriften Chinas ermöglicht³, erwies sich die Suche nach passenden Artikeln hingegen etwas schwieriger, da ich die Fülle an Artikeln, die ich zu den eingegebenen Suchbegriffen „Partizipation“ (canyu) und „Umweltschutz“ (huanjing baohu) erhielt, noch selbst durchsehen musste, um nur die für mein Thema wirklich relevanten Texte herauszufiltern, was die Anzahl von Texten sehr minimierte.

Die Analyse selbst baut in meinem Fall auf ausgewählte Haupt- und Unterthemen auf.

¹für mehr Informationen zu China Watch siehe <http://www.worldwatch.org/taxonomy/term/53>

² nähere Informationen unter www.chinadevelopmentbrief.com

³ Die Universität Wien verfügt über eine Registrierung, welche es Studenten ermöglicht über die Internetseite der Preußischen Staatsbibliothek zu Berlin auf die Datenbank zugreifen zu können. Weiter Informationen finden sich auf <http://ead.staatsbibliothek-berlin.de/caj/index.html>

Diese sind natürlich nicht willkürlich gewählt, sondern stützen sich auf die Häufigkeit, in der sie in den analysierten Texten vorkommen.

Bevor nun aber die Ergebnisse der von mir durchgeführten Analyse von Texten zum Thema „Partizipation am Umweltschutz in China“ dargelegt werden, soll noch eine Einführung in das Thema „Sustainable Development“, indessen Rahmen Partizipation eine äußerst wichtige Rolle spielt, gegeben werden. Dies dient dazu, das Umfeld, in dem der Diskurs über Partizipation stattfindet, dem Leser etwas näher zu bringen. Jeder Diskurs ist in ein Umfeld eingebettet, welches auf seinen Verlauf Einfluss nimmt. Öffentliche Partizipation am Umweltschutz in China ist Teil der laufenden nationalen und internationalen Umweltschutzdebatten und wird so von den verschiedensten Diskursteilnehmern diskutiert, welche den Diskurs in verschiedene Richtungen treiben, sich aber auch gegenseitig beeinflussen.

Außerdem sollen dem Leser damit bereits vorab Informationen zu Themenbereichen geliefert werden, die für das Verständnis des Diskurses und der Argumente seiner Teilnehmer wichtig sind und später in der Arbeit, im Rahmen der Textanalyse, somit keiner näheren Erläuterung mehr bedürfen.

So wird zunächst den Wurzeln des Konzepts von nachhaltiger Entwicklung im Westen und China nachgegangen, eine für China angemessene Definition der Begriffe Partizipation und Zivilgesellschaft versucht und danach eine kleine Einführung in das chinesische Umweltrecht gegeben.

3 Diskursumfeld

3.1 Was ist Sustainable Development?

Sustainable Development (fortan auch SD genannt) als Leitbild einer zukünftigen globalen Entwicklung wurde 1987 im Zuge des damals erschienenen so genannten Brundtlandberichts mit dem Titel „Our Common Future“ ins Leben gerufen. (vgl. Brundtlandbericht Zusammenfassung)

Herausgegeben wurde dieser Bericht von der 1983 durch die Vereinten Nationen als unabhängige Kommission von Sachverständigen gegründeten Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (WCED = World Commission on Environment and Development), welche den Auftrag hatte, einen Perspektivenbericht über eine langfristig tragfähige und umweltschonende Entwicklungsstrategie globalen Maßstabs bis zum Jahr 2000 und darüber hinaus zu erstellen. (vgl. Brundtlandbericht Zusammenfassung)

Den Vorsitz hatte die damalige Ministerpräsidentin von Norwegen Gro Harlem Brundtland inne, weshalb der Bericht oft als „Brundtland-Bericht“ bezeichnet wird.

Der Brundtland-Bericht schaffte, woran viele Bestrebungen vor ihm gescheitert waren, er vereinte so unterschiedliche Politikfelder wie Umwelt, Soziales, Rüstung etc. und versuchte, diese Problemfelder allesamt in eine gemeinsame globale Entwicklungsstrategie zu integrieren. Die am Bericht beteiligten Sachverständigen waren der Meinung, dass man ein Problem eines bestimmten Politikfeldes nicht allein für sich, sondern als Wirkungsgeflecht im Zusammenhang mit Problemen anderer Felder begreifen müsse und auch etwaige Lösungsansätze felderübergreifend gesetzt werden müssten, denn nur so könnte gewährleistet werden, dass SD als Entwicklungskonzept „meets the needs of the present without compromising the ability of the future generations to meet their own needs“ (vgl. Definition von SD).

Ein weiterer Meilenstein in Richtung nachhaltiger Entwicklung wurde 1992 auf der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro gelegt, wo die Ideen des Brundtland-Berichts aufgenommen und weiterentwickelt wurden. Ein Grundsatz, der auf der

Rio-Konferenz festgelegt wurde ist jener, der Umweltschutz als integralen Bestandteil des Entwicklungsprozesses sieht, welcher von diesem unter keinen Umständen getrennt werden darf. So fanden Nachhaltigkeitsbemühungen auch Eingang in die oft so umstrittenen Projekte der Entwicklungszusammenarbeit. (vgl. Heuser/Graaf 2001, S. 24) Der Endbericht der Rio-Konferenz, bekannt unter dem Titel „Agenda 21“, stellt bis heute einen der wichtigsten, wenn nicht sogar den wichtigsten Leitfaden für nachhaltige Entwicklung auf globaler Ebene dar und wird an einer anderen Stelle der Arbeit noch genauer thematisiert. (vgl. Sitarz 1993, S. 1ff)

Ganz allgemein genommen setzt sich SD aus drei Teilbereichen zusammen, nämlich Ökonomie, Ökologie und der sozialen Dimension. Im Endbericht des Weltgipfels über nachhaltige Entwicklung, welcher im Jahr 2002 in Johannesburg stattfand, findet sich folgender Satz über die Herausforderungen, die SD an die internationale Staatengemeinschaft stellt:

„We recognize that poverty eradication, changing consumption and production patterns and protecting and managing the natural resource base for economic and social development are overarching objectives of and essential requirements for sustainable development.”

(Johannesburg Declaration on Sustainable Development, Artikel 11)

Die Veröffentlichung des Brundtland-Berichts wird zwar in der Literatur zum Thema meist als die Geburtsstunde von SD gesehen, doch liegen die Wurzeln des heutigen Diskurses über SD noch gute zehn Jahre weiter zurück, nämlich im Jahr 1972. In diesem Jahr erschien der berühmte Bericht an den „Club of Rome“⁴ mit dem Titel „Die Grenzen des Wachstums“. Der Bericht weist ausdrücklich auf die Begrenztheit der Ressourcen unseres Planeten hin und versucht zu verdeutlichen, dass das bis dahin als unendlich betrachtete Wirtschaftswachstum wohl schon, vom damaligen Zeitpunkt aus gesehen, in etwa 100 Jahren seinem Ende zugehen wird.

Die Autoren des Berichts sprechen in den 1970er Jahren für diese Zeit ziemlich bizarre Fragen an, wie z.B. ob die Zukunft unseres Weltsystems tatsächlich nur auf Wachstum bis zum endgültigen Kollaps unseres Planeten besteht, und ob neue Technologien

⁴ Der so genannte „Club of Rome“ ist laut eigener Definition (nachzulesen unter <http://www.clubofrome.org/>) ein globaler „Think Tank“, der versucht Vertreter der Zivilgesellschaft, Politiker, Wirtschaftstreibende, Wissenschaftler etc. aus allen Kontinenten zusammenzubringen, um an der Verbesserung aller Gesellschaften zu arbeiten.

möglicherweise in der Lage sind, die Welt vor dem Untergang durch ungebremsstes Wirtschaftswachstum zu bewahren. (vgl. Pestel o.J., S. 3) Zentral erscheint den Autoren das Problem des Wachstums in einem begrenzten System, dem System Erde, und ihre Suche richtet sich auf ein geeignetes Weltsystem, welches folgende zwei Merkmale aufweist:

- „1. sustainable without sudden and uncontrollable collaps; and
2. capable of satisfying the basic material requirements of all of its people”

(Pestel o.J., S. 5)

Hier wird nicht nur bereits der Terminus “sustainable”, also nachhaltig verwendet, sondern sehr deutlich erscheinen ebenfalls die Parallelen zur im Brundtland-Bericht gegebenen Definition von SD, wo das Augenmerk genauso auf der Befriedigung der grundlegenden Bedürfnisse aller Menschen dieser Welt liegt. Auf die Frage, was man unter den grundlegenden Bedürfnissen nun tatsächlich verstehen soll, kann hier nicht erschöpfend eingegangen werden, hingewiesen sei an dieser Stelle auf Herbert Marcuses Unterscheidung zwischen „vitalen“ bzw. „wahren“ und „falschen“ Bedürfnissen, wobei er unter den vitalen Bedürfnissen diejenigen versteht, welche sozusagen uneingeschränkter Befriedigung bedürfen, wie Nahrung, Kleidung, Wohnung. (vgl. Marcuse 1967, S. 14) Diese Unterscheidung mag etwas zu kurz greifen, muss aber aufgrund der äußerst zahlreichen Schriften zu diesem Thema für die Zwecke dieser Arbeit ausreichen.⁵

Wie aus der obigen Schilderung der Entstehung des Entwicklungskonzepts des SD ersichtlich, handelt es sich dabei um ein schwer fassbares und flexibles Konzept. Wer nach einer eindeutigen Definition, einer klaren Vorgangsweise und genauen Handlungsanleitungen sucht, der sucht vergebens. Viele Wege können zu einer global nachhaltigen Entwicklung unseres Weltsystems führen, wie wirkungsvoll und tatsächlich nachhaltig einzelne Schritte sind, ist aber schwer zu prognostizieren.

Ganz wesentlich für SD ist die Gleichzeitigkeit der Beachtung von ökonomischen, ökologischen und sozialen Elementen in der Planung von Projekten wirtschaftlicher, privater und öffentlicher Natur, z.B. bei der Durchführung von Entwicklungskonzepten, beim Bau von öffentlichen Gebäuden, etwaiger Genehmigungen für den Bau von Industrieanlagen etc.

⁵ eine nähere Diskussion zu diesem Thema siehe z.B. Pfabigan, Alfred (2006): Nimm 3, zahl 2 – Wie geil ist Geiz?, Wien: Sonderzahl Verlagsgesellschaft m.b.H.

Als sehr wichtig hat sich in der Praxis auch die Berücksichtigung von möglicherweise entstehenden „Rebound-Effekten“ herausgestellt. Diese treten laut Friedrich Schmidt-Bleek dann ein, wenn technische Effizienzverbesserungen durch einen steigenden Gesamtverbrauch überkompensiert werden. (vgl. Schmidt-Bleek 2006, S. 403) Ein Beispiel hierfür findet sich in der Automobilindustrie, wo Bestrebungen, sauberere und bessere PKW-Motoren einzusetzen, um Treibstoff zu sparen, dadurch zunichte gemacht werden, dass immer mehr und vor allem größere und schnellere Autos gekauft werden. Hierin wird deutlich, dass gerade für Verhaltensänderungen von wirtschaftlichen Unternehmen das Kaufverhalten der Konsumenten eine große Rolle spielt, denn es birgt wenig Nutzen, wenn Automobilhersteller vermehrt Treibstoff sparende Kleinwagen produzieren, die beim Konsumenten aber keinen Anklang finden und deshalb nicht gekauft werden.

SD ist auf jeden Fall ein Entwicklungsweg, welcher sehr stark der Forcierung durch politische Instanzen bedarf. Hierzu ein Zitat von Thomas Prugh und Erik Assadourian vom Worldwatch Institute:

„...sustainable development and sustainability itself are about collective values and related choices and therefore a political issue, almost certainly the supreme global issue of the century. Because values, politics, and our understanding of the Earth and its systems will evolve, notions of what is sustainable will never be static....”

(Prugh/Assadourian 2003, S. 11)

Die beiden Autoren machen mit dieser Aussage sehr klar, dass SD und Nachhaltigkeit an sich keine statischen Termini sind, sondern sich in dem Maße ständig verändern, indem sich auch verschiedene Gesellschaften verändern und mit ihnen ihre Werte und Weltanschauungen. Verändern sich Gesellschaften, so verändert sich auch die Politik und passt sich an neue Gegebenheiten und Bedürfnisse der Menschen bzw. Wähler an. Umweltschutz wurde in den vergangenen Jahrzehnten meist als eigener Politikbereich mit zumeist eigenem Ministerium etc. geführt, diente oft, wie auch Umweltschutzbestrebungen von Unternehmen, eher der Image-Politik und entsprang nicht der Besorgnis der Politiker. Umweltpolitik abgekapselt von anderen politischen Ressorts zu betreiben, ist deshalb nicht effektiv, weil Umweltfragen in sämtliche andere politische Bereiche mit einfließen und Umweltschutzmaßnahmen deshalb besser als ein in alle politischen Planungs- und Entscheidungsprozesse integrierter Bestandteil betrieben werden sollten. Umweltschutz fällt genauso in den Bereich des Wirtschafts-,

Unterrichts- und Landwirtschaftsministeriums, als auch in den Bereich des Verkehrsministeriums. Keines dieser Ressorts kommt ohne Überlegungen zum Schutze der Umwelt aus und mehr noch, um ihre Politik nachhaltig gestalten zu können, müssen sie auch untereinander über gute Netzwerke verfügen, um die jeweiligen politischen Maßnahmen im Umweltbereich aufeinander abzustimmen, damit es nicht, wie oben bereits beschrieben, zu unangenehmen Rebound-Effekten kommt. (vgl. Schmidt-Bleek 2006, S. 378)

3.2 Umweltschutz und Sustainable Development in China

Weltweit gesehen wurde ab den 1970er Jahren, ausgelöst durch die rapide Industrialisierung, ein stetiges Anwachsen der Weltbevölkerung und den Druck der sich formierenden Umweltbewegung, mehr und mehr politisches Augenmerk auf Umweltschutz und die Etablierung eines Umweltschutzrechts gelegt. Umweltschutz wurde sozusagen zur „Schicksalsaufgabe des Staates“. Dem Staat fiel ab diesem Zeitpunkt die schwierige Aufgabe zu, eine mögliche ökologische Existenzkrise durch einen vernünftigen Ausgleich zwischen ökologischen und ökonomischen Zielen abzuwenden. (vgl. Heuser/ de Graaf 2001, S. 18) Auch in der chinesischen Verfassung von 1982 findet sich in Artikel 26 ein Bekenntnis zum Schutze der Umwelt, dort heißt es:

„The state protects and improves the living environment and the ecological environment, and prevents and controls pollution and other public hazards. The state organizes and encourages afforestation and the protection of forests.”

(Chinese Constitution, 1982: Art. 26, S. 5; chinesische Quelle: zhonghua renmin gongheguo xuanfa)

Die Wurzeln der Umweltpolitik der VR China liegen allerdings in der Teilnahme an der UN-Umweltkonferenz 1972 in Stockholm. Laut Robert Heuser und Jan de Graaf argumentierten die chinesischen Vertreter damals noch sehr stark ideologisch und traten vor allem als Interessensvertreter der Dritten Welt auf. Sie brachten klar zum Ausdruck, dass die

entstandenen Umweltschäden hauptsächlich das Ergebnis der Entwicklung von Kapitalismus und Imperialismus seien und verliehen der damals unter den Entwicklungsländern gängigen Meinung Ausdruck, dass der Umweltschutz nur ein weiteres Mittel der Diskriminierung der Dritten Welt darstelle, um diese in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zu behindern. (vgl. Heuser/ de Graaf 2001, S. 22/23)

Bereits 1973 fand die erste Pekinger Landeskonferenz über Umweltschutz statt und es kam zur Etablierung von zentralen und lokalen Behörden, die sich diesem Fachgebiet widmen sollten. Die erste legislatorische Ausformulierung eines Umweltschutzbasisgesetzes (USBG) erfolgte 1979. Dieses wurde allerdings vorerst nur probeweise erlassen, während weiterhin dem wirtschaftlichen Aufbau des Landes Priorität zugemessen wurde, weshalb Umweltschutzmaßnahmen nur in dem Maße durchgeführt werden sollten, als sie das Wirtschaftswachstum nicht behinderten. (vgl. Heuser/ de Graaf 2001, S. 24) So war das damalige Umweltschutzbasisgesetz, auch aufgrund der fehlenden administrativen Kapazitäten, eher symbolischer Natur.

Andreas Oberheitmann nennt in seinem Artikel „Approaches towards Sustainable Development in China“ drei weitere Meilensteine auf dem Weg der VR China hin zu nachhaltiger Entwicklung.

Oberheitmann sieht den ersten Meilenstein in der Erarbeitung einer auf die landesspezifischen Gegebenheiten Chinas fokussierten Agenda 21 (vgl. Oberheitmann 2005, S.46). Die eigentliche Agenda 21 entstand, wie oben bereits ausgeführt, auf der UN-Umweltkonferenz von Rio 1992 als ein globaler Leitfaden für SD. In Folge waren alle an der Konferenz teilnehmenden Staaten aufgerufen, eine eigene, landesspezifische Agenda 21 zu erstellen. China widmete sich als eines der ersten Länder dieser Aufgabe und begann noch im selben Jahr mit den Arbeiten daran. 1994 war es dann soweit und Chinas Agenda 21 mit dem Untertitel „White Paper on China’s Population, Environment, and Development in the 21st Century“ (zhongguo 21 shiji yicheng – yi zhongguo 21 shiji renkou, huanjing yu fazhan bai pi shu de tongzhi) wurde von offizieller Seite verkündet. Darin enthalten sind eine Auflistung der bereits ergriffenen Maßnahmen, aber auch allgemeine Informationen über mögliche Strategien und Konzepte, wie politische Maßnahmen, die China den Weg in eine nachhaltige Zukunft sichern sollen. (vgl. Oberheitmann 2005, S.46) Unter den eher allgemein gehaltenen Aussagen finden sich unter anderem Hinweise auf die ungleiche Verteilung von ökonomischer und technologischer Entwicklung, wohl ein Aufruf in Richtung der entwickelten Länder, ihr Know-how mit Entwicklungsländern zu teilen und finanzielle

Unterstützung zu gewähren. Es wird aber ebenfalls zum Ausdruck gebracht, dass sich China, sowohl der chinesische Staat als auch die Bevölkerung, seiner Verantwortung gegenüber der globalen Umwelt aufgrund der Größe des Landes und seiner Bevölkerung sehr wohl bewusst ist und alle internationalen Anstrengungen unterstützen wird. (China's Agenda 21, 1994, Art. 2.23/2.24)

2002 gründete die Chinesische Regierung eine „Leading Group for Promoting the Sustainable Development Strategy in China“, welche ein „Aktionsprogramm für nachhaltige Entwicklung in China im frühen 21. Jahrhundert“ erstellte. 2004 erschien das Aktionsprogramm, welches sich mit den Errungenschaften und Problemen von SD beschäftigt und auch Richtlinien und Prinzipien sowie Prioritäten und Maßnahmen zur Sicherung der Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie Chinas enthält. (vgl. Oberheitmann 2005, S. 46/47)

Im Jahr 2005 wurden von der Chinesischen Führung zwei weitere Strategien verlautbart, nämlich zum einen das „Neue wissenschaftliche Entwicklungskonzept“ (xin de kexue fazhan guan) und zum anderen das Konzept der Bildung einer „Harmonischen Gesellschaft“ (hexie shehui). Die erste Strategie bringt zum Ausdruck, dass die Chinesische Regierung in Zukunft sehr viel mehr in Forschung und Bildung investieren will, um sich wissenschaftliche Erkenntnisse zu sichern. (vgl. Oberheitmann 2005, S. 47) Das Konzept der „harmonischen Gesellschaft“ hingegen ist wohl genauso schwer zu fassen wie das Konzept von nachhaltiger Entwicklung an sich, und beschäftigt deshalb in ganz besonderem Maße die chinesischen und ausländischen Medien. Auch hier stellt sich die Frage, was unter einer „harmonischen Gesellschaft“ überhaupt zu verstehen ist und wie man zu dieser gelangen will. Im Kommuniqué des sechsten Plenums des 16. Zentralkomitees der KPCh vom 11. Oktober 2006 wird das Konzept zur Bildung einer „harmonischen Gesellschaft“ folgendermaßen beschrieben:

„...The plenum stressed that the harmonious socialist society we are going to build is a harmonious society built and shared by all Chinese people along the road of socialism with Chinese characteristics and under the leadership of the CPC. We must adhere to the guidance of Marxism-Leninism [makesi lening zhuyi], Mao Zedong Thought [mao zedong sixiang], Deng Xiaoping Theory [deng xiaoping lilun] and the important thought of "Three Represents" [san ge daibiao], adhere to the Party's basic line, basic program and basic experience, adhere to the guidance of scientific concept of development in overall economic and social development, follow the overall requirement of building a democratic society under the rule

of law, a society based on equity and justice, an honest and caring society, a society full of vigor and a stable and orderly society in which humans live in harmony with nature, strive to develop social services, promote social equity and justice, foster a culture of harmony, improve public administration, enhance creativity of the society, pursue the road of common prosperity, and push forward coordinated development of social construction, economic construction, political construction and cultural construction with the emphasis on solving issues people care about most and issues that concern their most immediate and most realistic interests....”

(Communique of the Sixth Plenum of the 16th CPC Central Committee, 11.10.2006)

In der internationalen Literatur zum Thema SD, besonders in Bezug auf China, wird das von der Chinesischen Führung kreierte Schlagwort der „harmonischen Gesellschaft“ oft gleichgestellt mit dem von der UN erarbeiteten Konzept von SD. Es ist tatsächlich sehr schwer und ohne genauere Betrachtung wohl unmöglich, hier etwas ganz anderes als SD zu vermuten. Die Frage, ob das Konzept der „harmonischen Gesellschaft“ nur eine weitere bzw. chinesische Definition von SD ist, kann und soll hier nicht vollständig beantwortet werden. Allerdings soll doch noch auf einige Interpretationen von chinesischen Autoren eingegangen werden, um dem Leser dieser Arbeit zumindest die Umrisse der Diskussion dieses Begriffes näher zu bringen.

Folgt man Dr. Li Peilin, dem stellvertretenden Direktor des Instituts für Soziologie der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften, in seinen Ausführungen über das Konzept einer „harmonischen Gesellschaft“ im Interview mit China.org.cn, dann stellt diese neue chinesische Entwicklungsstrategie die unvermeidliche Folge der sozialen Entwicklung in China dar. Li sieht die größten zu überwindenden Probleme Chinas in den wachsenden Einkommensunterschieden, dem ländlichen und urbanen Entwicklungsungleichgewicht, der Arbeitslosigkeit, der alternden Bevölkerung und der noch immer stark zunehmenden Umweltverschmutzung. Während viele Regierungsangehörige, vor allem jene in den so genannten Entwicklungsländern, noch bis vor einigen Jahren der Überzeugung waren, dass wirtschaftliches Wachstum ein Allheilmittel für sämtliche soziale und ökologische Probleme sei, so mussten diese Regierungen, wie auch die chinesische, mit zunehmendem Wachstum die bittere Erfahrung machen, dass sich diese Probleme nicht von selbst gelöst, sondern nur noch mehr verschlimmert hatten.

Aus soziologischer Sicht ist das, was China in den letzten eineinhalb Jahrzehnten erlebt hat, ein Paradebeispiel für eine Übergangsperiode. Internationale Erfahrungen auf diesem Gebiet zeigen ganz deutlich, dass solche Übergangsperioden zu äußerst raschen Änderungen der industriellen Struktur, aber auch dramatischen Veränderungen in der sozialen Struktur und dem sozialen Interesse der Bevölkerung führen, welche die politischen Institutionen des betroffenen Staates unweigerlich vor eine große Herausforderung stellen. (vgl. Li Peilin, 2005)

Weiter oben wurde die Frage gestellt, ob SD und das Konzept der Bildung einer „harmonischen Gesellschaft“ dasselbe meinen, oder ob es sich um zwei verschiedene Entwicklungsstrategien handelt. Eine Antwort, die sich dafür ausspricht, dass SD und die „harmonische Gesellschaft“ zumindest ähnliche Ziele verfolgen, findet sich in einem Artikel von Dr. Francis C.W. Fung, dem Gründer der „World Harmony Organization“ (WHO), einer Non-Profit-Organisation, welche mehr Bildung, Forschung und eine größere Anerkennung von Harmonie-Theorien und deren Anwendung in der Praxis, z.B. in nationalen politischen Programmen und den internationalen Beziehungen, verfolgt. (vgl. Homepage der WHO)

Fung sieht in der nationalen chinesischen Kampagne zur Errichtung einer „harmonischen Gesellschaft“ nach 150 Jahren der Einmischung ausländischer Mächte, vor allem den USA, in die interne Politik Chinas wieder eine Chance für China, sich gegen den Westen durchzusetzen und der Welt eine Alternative zur „American-style Democracy“ anzubieten. (vgl. Fung Francis C.W., 2006) Diese Aussage Fungs weist nicht gerade darauf hin, dass SD und die „harmonische Gesellschaft“ ähnliche Konzepte sind, denn der Autor spricht hier von einer „Chance für China, sich gegen den Westen durchzusetzen“. Allerdings spricht er einige Absätze davor davon, dass die Entwicklung einer harmonischen chinesischen Gesellschaft eine ganz neue Periode der Vitalität und eines gemeinsamen nationalen Geistes einläuten wird, während China den Weg einer *nachhaltigen Entwicklung* einschlägt. (vgl. Fung Francis C.W., 2006)

Hieraus wird sichtbar, dass das Konzept der Bildung einer „harmonischen Gesellschaft“ Autoren, die sich damit beschäftigen, fast zwangsläufig in einen Zwiespalt drängt. Der Zwiespalt und die Unsicherheit darüber, was das Konzept nun zu bedeuten hat, resultieren vermutlich daraus, dass es aufgrund der Vielzahl der Definitionen nach SD klingt, aber trotzdem einen anderen Namen trägt. Wäre darunter dasselbe wie unter SD zu verstehen, dann müsste es keine andere Bezeichnung tragen.

Folgt man den Ausführungen von Heberer und Schubert in ihrem ersten Band über „Politische Partizipation und Regimelegitimität in der VR China“, so geht es beim Konzept der „harmonischen Gesellschaft“ im Prinzip darum, wie gesellschaftliche Widersprüche gelöst, die Ursachen dieser Widersprüche aufgehoben und gesellschaftliche Stabilität erreicht werden können. (vgl. Heberer/Schubert, 2008: S. 201) Die Grundlagen dazu bilden die Schaffung einer soliden ökonomischen Grundlage, einer neuen Moral, die Herstellung sozialer und ökonomischer Gerechtigkeit, die Einrichtung eines funktionierenden Rechtssystems und eine kontinuierliche Anhebung des Bildungsstandards. Es soll also ein „gesellschaftliches Ideal“ geschaffen werden, innerhalb dessen es jedem Menschen gut geht, gesellschaftliche Widersprüche zwar immer noch existieren, diese jedoch auf friedlichem Wege gelöst werden. Zum Aufbau einer solchen Gesellschaft ohne soziale Ungerechtigkeit und Unsicherheit braucht es neben einer aktiven Partizipation der Bevölkerung auch einen hohen Lebensstandard, ein angenehmes Lebensumfeld (also auch eine gesunde Umwelt), ein blühendes Vereinsleben und Bürger- oder Gemeinsinn in Form von ehrenamtlicher Arbeit etc. (vgl. Heberer/Schubert, 2008: S.201/202)

Das „Chinesische“ des Konzepts der „harmonischen Gesellschaft“ ergibt sich aus dem Harmonieverständnis zweier großer Persönlichkeiten, welche vor ungefähr 2500 Jahren die bis heute gültigen Grundsteine der chinesischen Philosophie und Kultur gelegt haben, Laozi und Konfuzius. Während Laozi seine Philosophie auf die Harmonie zwischen menschlicher Aktivität und Natur stützte, so bildeten soziale Beziehungen zwischen den Menschen, Mensch und Gesellschaft sowie Mensch und Regierung den Mittelpunkt des Harmonieverständnisses von Konfuzius. (vgl. Fung Francis C.W., 2006)

Sieht man sich die Inhalte der gerade erörterten Diskussionsbeiträge zur „harmonischen Gesellschaft“ näher an, so fällt meiner Meinung nach auf, dass zwischen den Zeilen ein Ruf nach gesellschaftlicher Stabilität laut wird. Angesichts des enormen wirtschaftlichen Wachstums und den damit einhergehenden Veränderungen der gesellschaftlichen Strukturen und sozialen Interessen der Bevölkerung sowie der aufkeimenden Diskussion über die Legitimität der chinesischen Führung (dieser Punkt wird weiter unten noch ausführlicher behandelt), erscheint es für die politische Führung im Sinne des Erhalts gesellschaftlicher Stabilität zunehmend wichtig, politische Ziele wie soziale Gerechtigkeit, Umweltschutz und die Herrschaft durch Gesetze („rule of law“) zu propagieren. Alle diese Ziele greift auch das obige Zitat aus dem Kommuniqué des sechsten Plenums des 16. Zentralkomitees der KPCh zur Bildung einer „harmonischen Gesellschaft“ auf. Umweltschutz und SD selbst werden nur

als einzelne, wenn auch wichtige Bausteine in der Erlangung von gesellschaftlicher Harmonie, oder anders ausgedrückt gesellschaftlicher Stabilität, herangezogen. Es handelt sich bei der „harmonischen Gesellschaft“ also nicht primär um einen Weg hin zu einer nachhaltigen Entwicklung des Landes, sondern eher um ein Konzept, welches die Stabilität innerhalb der chinesischen Gesellschaft zum Ziel hat und somit zur Legitimation des bestehenden politischen Regimes beiträgt.

3.3 Partizipation

„Was ist Partizipation?“ ist die Frage, welche in diesem Abschnitt geklärt werden soll.

Es geht darum, diesen Begriff und seine verschiedenen Seiten näher zu beleuchten, um dieses Wissen dann in die Analyse der verschiedenen Texte zu Partizipation am Umweltschutz in China einfließen lassen zu können. Es soll ein Eindruck gegeben werden, wie verschiedene westliche und chinesische Autoren den Begriff bestimmen, wobei es natürlich nicht möglich ist, das ganze Spektrum an Begriffsbestimmungen hier wiederzugeben. Die in Folge dargelegten Definitionen sind als Anhaltspunkte für die Textanalyse gedacht und sollen dabei helfen, Unterschiede und Übereinstimmungen zwischen den beiden Diskursebenen (int. Organisationen und chinesische Akademiker), aber auch zwischen den Ansichten verschiedener Autoren derselben Diskursebene zu erkennen und zu beschreiben.

Das folgende Zitat erläutert sehr gut, warum Partizipation notwendig ist, um einen nachhaltigen Entwicklungsweg überhaupt gehen zu können:

„The challenge of a development pattern striving to harmonize economics with social and environmental needs requires active citizen participation in public issues. Public participation in decisions about development is fundamental to achieving lasting and possible solutions.“

(FARN - Fundación Ambiente y Recursos Naturales)

Im zweiten Satz des Zitats, wo es heißt, dass nur durch Einbeziehung der Öffentlichkeit in Entscheidungen über Entwicklung mögliche und bleibende Lösungen gefunden werden

können, kommt zu Tage, warum Partizipation für den Umweltschutz und somit auch für diese Arbeit ein so wichtiges Konzept darstellt. Es geht darum, langfristige und wirklich durchführbare Lösungen für aktuelle Probleme zu finden. Dazu muss ein möglichst breiter gesellschaftlicher Konsens geschaffen, d.h. es müssen so viele gesellschaftliche Gruppen wie möglich in den Entscheidungsprozess einbezogen werden. (vgl. Tòth Nagy/Bowman, 1994: o.S.; McKinney/Harmon, o.J.: S. 10) Die Stärken verschiedener gesellschaftlicher Gruppen, Individuen etc. sollen bei der Entscheidungsfindung genutzt werden, denn jeder Teilnehmer bringt wertvolle Informationen, Ideen und Ansichten mit, welche mit Hilfe des Wissens von Experten und offiziellen Entscheidungsträgern integriert werden müssen, damit schlussendlich das bestmögliche Resultat erzielt werden kann. Ein solcher integrierender Entscheidungsfindungsprozess bietet die besten Chancen dafür, in der Öffentlichkeit, wie McKinney und Harmon es nennen, „a shared sense of direction“ zu erzeugen und ermöglicht eine besser koordinierte und ergänzende Handlungsweise sämtlicher Akteure. Für die beiden Autoren stellt eine unempfindliche, teilnahmslose Regierung eine Brutstätte für Frustration und Entmutigung der Bevölkerung dar, worunter das öffentliche Engagement ihrer Meinung nach sehr leide. (McKinney/Harmon, o.J.: S. 9/10)

McKinney und Harmon nennen diesen gerade beschriebenen Ansatz zu mehr Teilnahme an politischen Entscheidungsprozessen „Collaborative Governance“ (also eine Regierungsform, welche Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Gruppen nicht scheut). Sie bringen aber klar zum Ausdruck, dass die gesetzliche Autorität öffentliche Entscheidungen zu treffen und zu implementieren auch weiterhin Sache der Regierung bzw. der Regierungsbehörden bleibt, jedoch die Verantwortung und Macht, öffentliche Probleme zu lösen, mit anderen gesellschaftlichen Sektoren geteilt wird. (vgl. McKinney/Harmon, o.J.: S. 11)

Mit diesem Punkt, dass nämlich die Autorität, Entscheidungen zu fällen, weiterhin beim Staat bleibt, treffen die Autoren, obwohl sie natürlich von einem demokratischen Herrschaftsmodell ausgehen, einen Aspekt, der sicherlich auch für die chinesische Regierung von großer Bedeutung ist, insofern sie sich durch gesellschaftliche Aktivitäten oft in ihrer Autorität bedroht sieht.

In einer Publikation der Weltbank zur Rolle zivilen Engagements und sozialer Verantwortlichkeit im Rahmen eines Herrschaftsausgleichs wird darauf hingewiesen, dass die Existenz einer gesunden und aktiven Zivilgesellschaft den Bestand eines starken Staates nicht ausschließt und umgekehrt. Eine dynamische Beziehung zwischen Staat und Zivilgesellschaft, welche auf den ersten Blick vielleicht als widersprüchlich erscheint, kann zu einer

symbiotischen Beziehung werden und bildet die Grundlage für die Erreichung von „Good Governance“ und nachhaltiger Entwicklung. (Reuben, 2003: o.S.)

Öffentliche Partizipation kann also durchaus einen stabilisierenden Effekt auf ein Land ausüben, indem sie z.B. die Akzeptanz politischer Entscheidungen in der Bevölkerung erhöht sowie zu mehr Transparenz politischer Prozesse beiträgt und somit der Entstehung von politischen Bewegungen, die sich gegen den Staat richten, entgegenwirkt.

Ein chinesischer Autor beschreibt die Lage, in der sich die chinesische Regierung zurzeit befindet, folgendermaßen:

„Great power brings great responsibility. If the government is all-powerfull, it is also deemed responsible for all.“

(Tang, 2008)

Was Tang damit meint, ist, dass es notwendig ist, die Öffentlichkeit in die sie betreffenden politischen Entscheidungen einzubeziehen und ihr damit einen Teil der Verantwortung für Entscheidungen zu übertragen. (vgl. Tang, 2008)

Es geht im Wesentlichen darum, eine aktive Partizipation von Seiten der Öffentlichkeit nicht ausschließlich als für die Regierung „gefährliche“ oppositionelle Kraft zu sehen, sondern als Chance für die Regierung, politische Entscheidungen auf einen breiteren Wissenshintergrund zu stellen, also verschiedene Meinungen und Expertisen anzunehmen und auszudiskutieren.

In einem anderen chinesischen Artikel über Partizipation wird davon ausgegangen, dass in China lange Zeit „der Weg der Massen“ (zou qunzhong luxian) gegangen wurde, wobei allerdings die Richtung stets von der politischen Führung (die für sich immer die Vertretung der Massen beanspruchte und auch heute noch beansprucht) vorgegeben und zur Pflicht der Massen wurde. Nun aber, so heißt es, hätte man den Weg der „Partizipation der Öffentlichkeit“ (gongzhong canyu) eingeschlagen, welcher sich nicht mehr ausschließlich auf die Pflicht der Massen stützt, sondern die Rechte der Massen beschützen soll.

Diese Entwicklung wird als die Weiterentwicklung der KPCh von einer Revolutionspartei (geming dang) zu einer Regierungspartei (zhizheng dang), welche auf der Basis von Gesetzen regiert, beschrieben.⁶ Damit soll ausgedrückt werden, dass die Massen bzw. die Öffentlichkeit

⁶ diese Erklärung habe ich auch auf mehreren offiziellen Regierungsseiten im Internet gefunden z.B. unter http://zj.nanning.gov.cn/3069/2005_6_13/3069_64413_1118657151214.html

heute das Recht besitzen, zu öffentlichen Angelegenheiten Stellung zu nehmen, Fragen zu stellen und Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen, da öffentliche Angelegenheiten nun einmal die Öffentlichkeit betreffen. (vgl. Umweltschutz und Partizipation, 01. 06. 2004)

Der Weg der Massen (auch als Massenlinie bezeichnet), der oben soeben genannt wurde, geht zurück auf einen von Mao Zedong verfassten Artikel mit dem Titel „Einige Fragen der Führungsmethoden“, welcher in Band III der Ausgewählten Werke Mao Zedongs zu finden ist. Mao schreibt darin:

„Es gibt zwei Methoden, die wir Kommunisten bei jeder Arbeit, die wir in Angriff nehmen, anwenden müssen: erstens die Verbindung des Allgemeinen mit dem Einzelnen und zweitens die Verbindung der Führung mit den Massen.“

(Mao, 1969: S. 135).

Was er damit ausdrücken wollte, ist, dass bei der Lösung allgemeiner Aufgaben immer die spezielle Situation, in der man sich befindet, Beachtung finden muss. Niemand in einer Führungsposition, so schreibt er, sei kompetent genug, um allgemeine Weisungen an all seine untergeordneten Einheiten etc. abgeben zu können, sondern jeder bedürfe der Erfahrungsberichte von unten. Dazu sei es notwendig, dass in jeder Einheit Führungsgruppen gebildet werden, welche sich gut mit den Massen vernetzen, denn jede Anstrengung bliebe erfolglos, bis sie mit den Aktivitäten der Massen verschmilzt. Andererseits, meint Mao weiter, wären aber auch alle Anstrengungen der Massen zum Scheitern verurteilt, blieben sie ohne die Organisation durch Führungsgruppen. (vgl. Mao, 1969: S. 135f.)

Die Massen selbst beschreibt Mao als dreigeteilt. Es gäbe aktive Mitglieder, die mittleren (welche sich nicht besonders aktiv, aber auch nicht völlig passiv verhalten) und relativ rückständige Mitglieder. Die Aufgabe der Führungsgruppen sei es nun, die kleine Zahl an aktiven Elementen um sich zu vereinigen und sich bei der Gewinnung der eher passiven Elemente der Massen auf sie zu verlassen. Dazu sei aber ein „Kampf der Massen“ (mass struggle) vonnöten, wobei sich besonders engagierende Aktivisten ständig befördert werden

es scheint sich also um eine offizielle Stellungnahme zur Wichtigkeit von Partizipation in öffentlichen Angelegenheiten handeln.

müssen, um weniger engagierte Mitglieder der Führungsgruppen nach und nach zu ersetzen. (vgl. Mao, 1969: S. 136)

Es muss also in der ganzen praktischen Arbeit der Partei dem Konzept „aus den Massen schöpfen und in die Massen hineintragen“ Rechnung getragen werden. Das bedeutet, es müssen die unsystematischen Ideen der Massen aufgegriffen und konzentriert werden, um sie in der Folge wieder unter den Massen zu propagieren. Allerdings sei dies nicht als einmaliger Schritt anzusehen, sondern es müsse dieser Kreislauf des Aufgreifens von Ideen, der Konzentration dieser und der neuerlichen Verbreitung der Ideen unter den Massen ständig fortgeführt werden. Nur so können Mao zufolge die Ideen der Massen bereichert, vitalisiert und berichtigt werden. (vgl. Mao, 1969: S. 137f.)

Stuart Schram schreibt in seinem Artikel in „Mao Tse-Tung in the Scales of History“, Maos Idee der Massenlinie sei ein großer Bruch mit den zentralen Themen des traditionellen chinesischen Gedankenguts gewesen, da plötzlich „einfache“ Leute als Quelle der Politiksetzung herangezogen wurden. Hinzugefügt sollte hier aber werden, dass Mao keinen Zweifel daran ließ, dass die KP die Massen ideologisch anleiten müsse. Die Massen, obwohl von der Führungsspitze zum Zwecke einer revolutionären Bewegung ins Vertrauen gezogen, mussten dazu gebracht werden, Ideen willkommen zu heißen, welche sie selbst nicht in systematischer Form ausführen hätten können. (vgl. Schram, 1977: S. 45)

Vergleicht man Maos Massenlinie als „aus den Massen schöpfen und in die Massen hineintragen“ mit den Vorstellungen der heutigen politischen Führung, welche die Rolle der Partei als Moderatorin eines Aushandlungsprozesses der Interessen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen neu zu definieren versucht, so ergeben sich hier meines Erachtens einige Parallelen. Auch die heutige KPCh versucht vehement das Auftreten von Interessensgruppen außerhalb ihres Einflussbereiches zu verhindern. Da es aber zunehmend unmöglich wird, die Interessen der Bevölkerung nicht in politische Entscheidungen einzubeziehen, muss sie sich an die Spitze der Diskussionen stellen, um ihr Entscheidungs- bzw. Machtmonopol weiterhin aufrechterhalten zu können. (vgl. Weigelin-Schwiedrzik, 2007: S. 9)

Ist von Partizipation die Rede, so ist meist auch der Begriff „Zivilgesellschaft“ zur Stelle und angesichts der zahlreichen Definitionsansätze, die sich seit seiner Entstehung in der griechischen Antike herausgebildet haben, ist auch dieser nur schwer zu erfassen.

Das Konzept der Zivilgesellschaft kommt in Bezug auf das Thema Partizipation immer dann zum Vorschein, wenn es um die Frage geht, wer überhaupt partizipieren soll oder darf.

Die einfachste und im Westen oft als selbstverständlich angesehene Antwort auf diese Frage ist die Zivilgesellschaft, was aber gleich zur nächsten Frage führt, nämlich danach, wer oder was Zivilgesellschaft eigentlich ist.

Ganz allgemein kann Zivilgesellschaft z.B. folgendermaßen definiert werden: „Die Mitglieder eines Gemeinwesens treten zusammen, um für das Gemeinwesen – direkt oder indirekt – einen Beitrag zu leisten.“ (Schmidt, 2007: S. 13) Folgt man Jürgen Schmidts Ausführung, tritt in diesem Zitat eine Tradition des Zivilgesellschaftskonzepts zu Tage, in welcher die Auffassung herrscht, dass die Bürger sich selbstbestimmt und frei organisieren, um über öffentliche Belange zu befinden. Schon Platon und Aristoteles waren der Meinung, dass die Bürger ihre Erfüllung nur in der Partizipation am Gemeinwesen finden können, wobei es sich dabei nicht nur um ein Partizipationsrecht, sondern vor allem auch um eine Pflicht gegenüber dem Gemeinwesen handelt. (vgl. Schmidt, 2007: S. 13) Daneben kamen im Laufe der historischen Entwicklung noch andere Merkmale zivilgesellschaftlichen Handelns hinzu, wie z.B. die Einhaltung der Menschen- und Bürgerrechte, die Anerkennung des anderen und die damit verbundene Existenz von Differenz sowie Freiwilligkeit der zivilgesellschaftlichen Partizipation. Aus all diesen Merkmalen ergibt sich, dass zivilgesellschaftliche Akteure nicht unbedingt nach einer konfliktfreien Gesamtgesellschaft, sondern lediglich nach einem gewaltfreien, im Dialog angesiedelten Aushandlungsprozess, in dessen Folge ein Kompromiss erreicht werden soll, streben. (vgl. Schmidt, 2007: S. 15)

Weitere Definitionsmöglichkeiten ergeben sich aus der Zuordnung der Zivilgesellschaft zu einem bestimmten Bereich innerhalb des gesellschaftlichen Gesamtgefüges, so wird sie meist als jenseits des Staates, der Wirtschaft und der Privatsphäre verortet. Autonomes, selbstbestimmtes Handeln bleibt, wie die Organisation der Zivilgesellschaft, in Form von Vereinen, Assoziationen, sozialen Bewegungen etc., auch bei dieser Definition erhalten. (vgl. Schmidt, 2007: S.17) Als problematisch erweist sich lediglich die in dieser Definitionsmöglichkeit inhärente, starre Grenzziehung zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen. Die unterschiedlichen Domänen bedingen sich insofern gegenseitig, als z.B. innerhalb der Privatsphäre (z.B. in der Familie) zivilgesellschaftliche Verhaltensweisen eingeübt werden können und der Staat oft wichtige Rahmenbedingungen, wie ein Vereins- und Stiftungsrechts, schafft.

Die gerade genannten Definitionsversuche von Zivilgesellschaft, wie auch eine ganze Reihe anderer meist ähnlicher Versuche, sind allesamt Produkte der geschichtlichen Entwicklung des Westens und so wird die Entstehung einer Zivilgesellschaft, wie wir sie im Westen kennen, allgemein meist als Zeichen einer zunehmenden Demokratisierung einer Gesellschaft gewertet. In diesem Sinne wurden auch die Studenten-Demonstrationen 1989 in China wahrgenommen. Der Autor Tony Saich ist aber der Meinung, dass die Studenten-Demonstrationen vor allem deshalb nicht den gewünschten Erfolg hatten, weil eine breite zivilgesellschaftliche Basis in China eben gerade fehlte. (vgl. Saich, 2004: S. 227) Oft wird die Wichtigkeit der Bildung von sozialen Gruppen und Organisationen betont, die unabhängig von staatlichen Strukturen agieren können, was im Falle von China wiederum problematisch ist, da dieses Verständnis von Zivilgesellschaft unweigerlich dazu führt, Zivilgesellschaft als gegen den Staat gerichtete, oppositionelle Kraft zu verstehen. (vgl. Saich, 2004: S. 227)

Tatsächlich wird der Prozess der Aushandlung von partikularen Interessen der Gesellschaft in China von der Partei herbeigeführt, und zwar in einer Art Top-Down-Manier und nicht, wie wir es in Europa meist als selbstverständlich ansehen, von der Bevölkerung her. (vgl. Weigelin-Schwiedrzik⁷; Metzger, o.J.) Thomas A. Metzger sieht diesen Top-Down-Ansatz der chinesischen Führung verwurzelt in der Geschichte Chinas, in der die Führung des Landes immer einer besonders elitären Schicht, welche im Kaiserreich z.B. durch die Beamtenprüfung rekrutiert wurde, vorbehalten war. Für Metzger ist das westliche Konzept der Zivilgesellschaft in China deshalb als bisher gescheitert zu betrachten, weil chinesische Intellektuelle sich bis heute einem Bottom-Up-Zugang verweigert haben. (Metzger, o.J.)

Gibt es in China nun also keine Zivilgesellschaft? In den von mir untersuchten Texten zum Thema Zivilgesellschaft in China gehen die chinesischen Autoren meist davon aus, dass, wenn es auch keine Zivilgesellschaft, wie wir sie im Westen gewohnt sind, gibt, zumindest Entwicklungstendenzen in Richtung einer Zivilgesellschaft mit chinesischen Merkmalen vorhanden sind. Chen nennt hier in seinem Artikel unter anderem die zunehmende Vielfalt an unterschiedlichen Lebensentwürfen, mehr gesellschaftliche Autonomie, ein Aufblühen kultureller Aktivitäten etc., welche er alle als Folgen der marktwirtschaftlichen Orientierung des chinesischen Staates wahrnimmt. (vgl. Chen Chuang-sheng, o.J.) Weiters stellen einige Autoren fest, dass die Entwicklung einer Zivilgesellschaft nicht zwangsläufig überall gleich aussehen muss, sondern es je nach historischem, kulturellen und politischem Hintergrund

⁷ Mein Dank geht hier an o.Univ.-Prof. Dr. Susanne Weigelin-Schwiedrzik, welche so freundlich war, mir Vorlesungsmaterial zur Verfügung zu stellen.

verschiedene Formen geben kann, welche nicht unbedingt völlig unabhängig vom Staat entstehen und agieren müssen. (vgl. Chen Chuang-sheng, o.J.; Bao Jing-hua, 2004; He Ping/Yang Ren-zhong, 2007) Chen sieht das, was an zivilgesellschaftlicher Tätigkeit momentan in China stattfindet, als eine Form von staatlich gelenkter Kooperation mit der Gesellschaft zum Zwecke des Ausgleichs sozialer Interessen an. (vgl. Chen Chuang-sheng, o.J.) Diese Sichtweise von „staatlich gelenkter“ Zivilgesellschaft schließt, betrachtet man westliche Quellen zum Thema, wohl am ehesten an Thomas Hobbes' Zivilgesellschaftsbegriff an, welcher einen starken Staat als Voraussetzung für eine funktionierende Zivilgesellschaft als unabdingbar ansieht. Zivilgesellschaftliches Handeln müsse sich laut Hobbes vollständig dem Staat unterordnen, ansonsten würden die Menschen, als Folge ihres Egoismus, Gefahr laufen, in einen Zustand des Krieges aller gegen alle zurückzufallen. (vgl. Schmidt, 2007: S. 60)

Chen weist auch auf die zunehmende Bedeutung der Entstehung eines stärkeren „Gemeinsinns“ innerhalb der chinesischen Gesellschaft hin, welcher der Durchsetzung von kollektiven Interessen Vorrang vor den individuellen Interessen einräumt. Dadurch soll einem übermäßigen Individualisierungsgrad der Gesellschaft vorgebeugt und der Entstehung einer harmonischen Gesellschaft Auftrieb gegeben werden. (vgl. Chen Chuang-sheng, o.J.)

Nachdem nun den Fragen nachgegangen wurde, was Partizipation bedeutet und wer partizipiert, stellt sich die Frage, wie Partizipation aussehen kann bzw. was die gesellschaftlichen und staatlichen Grundlagen dafür sind.

In westlichen Demokratien sind Partizipationsverfahren wie Wahlen, öffentliche Anhörungen, Volksbefragungen oder Mitbestimmung in der Verteilung öffentlicher Budgets etc. weit verbreitet und gehören neben mehr informellen Arten der Teilnahme, wie z.B. Protesten, Demonstrationen und anderen, mehr oder weniger zum politischen Alltag. Daneben existieren umfassende gesetzliche Regelungen, wie eine solche Teilnahme vonstatten gehen soll, und Informationsplattformen staatlichen und nicht-staatlichen Hintergrunds bieten der Öffentlichkeit Gelegenheit, sich umfassend zu informieren und verschiedene Meinungen einzuholen.

In China und anderen Entwicklungsländern befinden sich die gesellschaftlichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen für Partizipation aber erst in den Kinderschuhen. So fehlt es weiten Teilen der chinesischen Bevölkerung nicht nur an Umweltbildung und -bewusstsein, sondern es mangelt ihr auch an dem zur Teilnahme an der Entscheidung über öffentliche Angelegenheiten notwendigen rechtlichen Hintergrundwissen. So zeigt sich ein chinesischer

Autor enttäuscht über die oft recht minimale Wirkung von Strategiepapieren wie der Agenda 21 und neuen Gesetzen, etwa dem UVP-Gesetz (UVP = Umweltverträglichkeitsprüfung, Näheres dazu siehe weiter unten). Seiner Meinung nach muss Bewusstsein in der Bevölkerung geschaffen werden für die Rechte, die sie besitzt, und wie sie diese anwenden kann. Dazu braucht es wiederum eine verstärkte Informationspolitik von Seiten der Regierung, die mit dem Erlass der „Regulations of the People’s Republic of China on Open Government Information“ (vgl. Regulations of the People’s Republic of China on Open Government Information) schon einen ersten Schritt gesetzt hat, dem nun aber auch Taten folgen müssen. Die Menschen müssen die Möglichkeit haben, Entwicklungen mitzuverfolgen, ihr Wissen über bestimmte, sie betreffende, Angelegenheit zu erweitern, um an politischen Entscheidungsprozessen in angemessenem Maße teilhaben bzw. gegebenenfalls sogar Druck auf Politik und Wirtschaft ausüben zu können. (vgl. Umweltschutz und Partizipation, 01.06.2004; Dang De-xin, 2004)

Was Information und Wissen betrifft, so spielt darüber hinaus das Schul- bzw. Bildungssystem eines Landes eine wesentliche Rolle. Auch hier gibt es in China großen Nachholbedarf. Es ist nicht nur wichtig, Umweltschutz in den Schulunterricht zu integrieren, es müssen auch Erwachsene erreicht werden können, z.B. durch die Nutzung sämtlicher Medien als Verbreitungskanäle für Wissen über Umweltschutz und Partizipation. NGOs und andere zivilgesellschaftliche Gruppierungen können ebenfalls dazu beitragen, Bewusstsein zu schaffen und Wissen zu verbreiten. Aber auch hierzu muss ein entsprechender rechtlicher Rahmen geschaffen werden, der es ihnen ermöglicht, ihre Tätigkeiten voll zu entfalten. (vgl. Dang De-xin, 2004)

Eine in China und international viel diskutierte Möglichkeit der Partizipation sind die seit Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre wieder eingeführten Dorfwahlen. Einige Dörfer in der Provinz Guangxi entschieden sich zu diesem Zeitpunkt, ihre Dorfführung, das so genannten Dorfbewohner-Komitee (villagers’ committee; cunmin weiyuanhui), selbst zu wählen. Dies geschah zunächst ohne das Wissen der lokalen Autoritäten. (vgl. O’Brien/Li Lianjiang, 2000: S. 465) Als die Nachricht allerdings Peking erreichte, wurde sie von Peng Zhen⁸, dem damaligen Vize-Vorsitzenden des Ständigen Komitees des Nationalen Volkskongresses, sofort als das perfekte Mittel zur Etablierung von mehr Demokratie auf lokaler Ebene auserkoren. Peng sah die Dorfwahlen als „demokratisches Training“ für die

⁸彭真 (Peng Zhen): geb. 1902, 1951-66 Bürgermeister von Peking, 1983 Vize-Vorsitzenden des Ständigen Komitees des Nationalen Volkskongresses, gest. 1997;

ländliche Bevölkerung, darüber hinaus würden sie die Unterstützung der Massen für die Partei stärken, also auch zur Konsolidierung des bestehenden Systems beitragen. (vgl. O'Brien/Li Lianjiang, 2000: S. 469/489; ähnliche Ausführungen siehe auch: Saich, 2004: S. 195; Heberer/Schubert, 2008: S. 124)

1982 wurden die Dorfbewohner-Komitees in die Verfassung aufgenommen und sollten die alten Produktionsbrigaden ersetzen. Nach der Auflösung des Kommunensystems war in den Dörfern sozusagen ein administratives Machtvakuum entstanden und dies sollte nun durch die neuen Dorfkomitees gefüllt werden. Der Zuständigkeitsbereich der Dorfkomitees erstreckte sich fortan von der Steuererhebung über öffentliche Dienstleistungen und die soziale Wohlfahrt bis hin zur Schlichtung von Disputen der Dorfbewohner. (vgl. Saich, 2004: S. 195 - 197)

Die Einführung der Dorfwahlen ging aber keinesfalls ohne innerparteiliche Kontroversen vor sich. Stimmen wurden laut, die befürchteten, dass Dorfwahlen die Politikimplementierung untergraben und somit die öffentliche Ordnung aufs Spiel setzen würden. Peng sowie andere Befürworter sahen in der Durchführung von Wahlen auf Dorfebene eine Notwendigkeit, um die ländliche Bevölkerung sich selbst regieren zu lassen, denn ansonsten, so meinten sie, könnte diese früher oder später rebellieren. (vgl. O'Brien/Li Lianjiang, 2000: S. 474/475)

Das 1987 zur probeweisen Durchführung beschlossene Gesetz (shixingfa) spiegelte diese Uneinigkeiten genau wieder und enthielt dementsprechend vage Formulierungen zur praktischen Durchführung der Wahlen. (vgl. O'Brien/Li Lianjiang, 2000: S. 487) Erst im November 1998 kam es zur Verabschiedung eines revidierten Gesetzes über Dorfbewohner-Komitees in der VR China⁹ (Organic law on village committees in the PRC; Zhonghua Renmin Gongheguo cunmin weiyuanhui zuzhifa) und der Versuchsstatus der Dorfwahlen fand sein Ende. Der Wahlprozess wurde genauer ausgearbeitet. Demnach müssen die Kandidaten von den Dorfbewohnern direkt nominiert werden, es müssen mehr Kandidaten als zu belegende Posten vorhanden sein und jeder Wähler muss die Möglichkeit erhalten, seine Stimme geheim abzugeben etc. (vgl. O'Brien/Li Lianjiang, 2000: S. 487)

Seit nun bereits 20 Jahren sind ca. 930.000 chinesische Dörfer aufgerufen, alle drei Jahre Wahlen durchzuführen. Von einer erfolgreichen Implementierung des Gesetzes kann aber noch immer nicht die Rede sein. (vgl. Pastor/Qingshan Tan, 2000: S. 490)

⁹ chin. Version des Gesetzes unter: <http://www.chinarural.org/newsinfo.asp?newsid=16573> (21.05.2008)

Pastor und Qingshan sehen in ihrem Artikel mit dem Titel „The Meaning of China’s Village Elections“ die größten Probleme darin, dass die zur Wahl stehenden Kandidaten mancherorts noch immer vom lokalen Parteibüro ernannt werden, die Wähler ihre Stimme nicht geheim abgeben können, keine Wahlkampagnen durchgeführt werden und eine Person oft für bis zu drei andere Personen stellvertretend die Stimme abgeben kann. (vgl. Pastor/Qingshan Tan, 2000: S. 490 – 493)

In den letzten Jahren zeigt sich die politische Führung bemüht, Wahlen auch auf urbaner Ebene in den so genannten Nachbarschaftsvierteln (shequ) einzuführen. Dies gestaltet sich laut den Ausführungen Heberers und Schuberts in ihrem Buch „Politische Partizipation und Regimelegitimität in der VR China – Band I: Der urbane Raum“ aber wesentlich schwieriger. Heberer und Schubert sehen die Schwierigkeiten vor allem darin, dass der Anstoß zu den Dorfwahlen von unten kam, also nicht von der Führung selbst, und die Arbeit der Dorfkomitees viel unmittelbarere Folgen für das Leben der Dorfbewohner hat (z.B. Aufteilung des kollektiven Bodens, Organisation dorfeigener Betriebe etc.) als im Falle der städtischen Nachbarschaftsvierteln. Darüber hinaus, so meinen die beiden Autoren, sind die Interessen der Dorfbewohner, was ihr wirtschaftliche Lage etc. betrifft, homogener als die Interessen der Bewohner eines Shequs, in dem Angehörige der verschiedensten gesellschaftlichen Schichten vereint sind. (vgl. Heberer und Schubert, 2008: S. 126)

Bei all den bestehenden Problemen darf aber nicht übersehen werden, dass regelmäßig durchgeführte Wahlen einen Lernprozess für die Bevölkerung im Umgang mit politischer Partizipation bedeuten. Sie steigern in ihrem Verlauf das politische Wissen der Bürger und damit verbunden auch das Bedürfnis nach politischer Betätigung. Die Bevölkerung lernt Meinungen und Vorschläge zu unterbreiten, sich also selbst einzubringen, was wiederum eine wichtige Voraussetzung für Partizipation im Allgemeinen darstellt. (vgl. Heberer/Schubert, 2008: S. 148/149)

Für die politische Führung Chinas wesentlich wichtiger erscheint aber die Möglichkeit, durch Wahlen ein Gefühl der Legitimität und des Vertrauens gegenüber der Regierung in der Bevölkerung zu verankern. Gleichzeitig tragen Wahlen auch zur besseren Kontrolle von Funktionsträgern auf den unteren Ebenen und somit zur Verbesserung der lokalen Verwaltung bei, wodurch die Zufriedenheit der Bevölkerung gesteigert und allgemein gesehen die soziale Stabilität Chinas gefördert wird. (vgl. Heberer/Schubert, 2008: S. 152/153; Pastor/Qingshan Tan, 2000: S. 511)

Für eine Ausweitung von direkten Wahlen auf höhere Ebenen der Lokalverwaltung, wie Städte, Kreise, Provinzen, scheint die Zeit in den Augen der politischen Führung Chinas noch nicht reif zu sein, wenn es dazu auch bereits Überlegungen und Experimente gibt. (vgl. Pastor/Qingshan Tan, 2000: S. 511/512; Horsley, 2001: o.S.)

Reif scheint die Zeit allerdings für ein vermehrtes zivilgesellschaftliches Engagement von Seiten der NGOs (Non Government Organisation, fei zhengfu zuzhi) und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen zu sein, wohl auch deshalb, weil es dem Staat langsam aber sicher nicht mehr möglich ist, den durch die rapiden sozio-ökonomischen Transformationsprozesse entstandenen, neuen sozialen Bedürfnissen (wie z.B. Umweltschutz, medizinische Versorgung, Bildung etc.) der Gesellschaft selbst nachzukommen. (vgl. Zheng Yongnian/Fook Lye Liang, 2005: S. 206) NGOs sowie andere zivilgesellschaftliche Organisationen sind nicht nur eine Möglichkeit der Vermittlung von Bedürfnissen der Bevölkerung „von unten nach oben“, sondern ermöglichen politische Korrekturen und eine verbesserte Umsetzung der Gesetze und tragen somit auch zur Umsetzung des Konzeptes der „harmonischen Gesellschaft“ bei. (vgl. Le rack, 2007: S. 16)

Die Position der chinesischen Regierung gegenüber NGOs ist von einer Dualität geprägt, d.h. die Regierung ist sich zwar der Bedeutung der Leistungen von NGOs bei der Befriedigung sozialer Bedürfnisse der Bevölkerung bewusst, behält aber weiterhin restriktive Regelungen bei der Registrierung und Finanzierung von solchen Organisationen bei. Dies vor allem deshalb, weil die Regierung versucht, den NGO-Sektor unter Kontrolle zu halten und das Aufkeimen von Organisationen und Gruppen mit politischer Mission erst gar nicht möglich zu machen. (vgl. Economy, 2004: S. 132 f) NGOs in China sind aus diesem Grund meist apolitisch und scheuen vor allzu radikalen Arbeitsweisen und Themen zurück. Sie passen sich sozusagen den speziellen Gegebenheiten in China an und haben dazu eine Mixtur von verschiedenen Strategien und Betätigungsfeldern entwickelt. ENGOs (Environmental NGOs, fei zhengfu huanbao zuzhi) engagieren sich vor allem in der Förderung von Umweltbewusstsein, SD und Partizipation, vermeiden dabei aber Methoden, welche sie in Konfrontation mit dem Regime bringen könnten. Sie bedienen sich Praktiken wie öffentlicher Vorträge, Workshops, Konferenzen, Newsletters, Online-Diskussionen etc., um die Menschen auf ihre Aktivitäten aufmerksam zu machen und sie zur Partizipation anzuhalten. (vgl. Yang Guobin, 2005: S. 52/55; Ho Peter/Edmonds, 2007: S. 36) Zunehmend bewegen sich NGOs aber auch in politischen Grauzonen, um ihre Forderungen durchzusetzen und bedienen sich, wie schon während der Kulturrevolution üblich, der regimeeigenen Worte als Ausdruck des

Protests. Vor allem ENGOs nützen die schützende Hand, der vom Staat als eines der politischen Kernziele auserkorenen Politik der nachhaltigen Entwicklung, um einen Umweltdiskurs gespickt mit demokratischen Werten und dem Ruf nach Partizipation zu etablieren. (vgl. Yang Guobin, 2005: S. 52/55; Yang Guobin/Calhoun, 2007: S. 213 - 216)

Eine spezielle Rolle neben den NGOs spielen in China die so genannten GONGOs (Government Organized Non-Government Organizations; you zhengfu zuzhi de fei zhengfu zuzhi¹⁰). GONGOs sind Organisationen, die vom Staat gegründet werden und erfüllen in Ländern mit gut entwickelter Zivilgesellschaft, z.B. den USA, meist öffentliche Dienstleistungen, welche aus verschiedenen Gründen nicht von zivilgesellschaftlichen Organisationen selbst wahrgenommen werden. Sie sind in der Ausübung ihrer Aufgaben unabhängig, wenn sie auch zum Großteil vom Staat finanziert werden. (vgl. Deng Guosheng, 2004) In China sind sie im Zuge des durch die Reform- und Öffnungspolitik ausgelösten, zunehmenden Rückzugs des Staates aus dem öffentlichen Raum entstanden. (vgl. Deng Gosheng, 2004; Wu Fengshi, o.J.: S. 46) Die Existenz von GONGOs in China wird oft skeptisch betrachtet, indem davon ausgegangen wird, dass die chinesische Regierung mit ihrer Hilfe versucht, den sich stetig ausweitenden Sektor gesellschaftlicher Organisationen und Gruppierungen unter Kontrolle zu halten. Wu sieht das in ihrem Artikel „New Partners or Old Brothers? GONGOs in Transnational Environmental Advocacy in China“ differenzierter und beschreibt GONGOs als „Brückenbildner“ zwischen der chinesischen Regierung und dem NGO-Sektor, da sich die Abhängigkeit verschiedener GONGOs zum Staat sehr unterschiedlich gestalten kann. Die Gründungsinitiative erfolgt zwar von Seiten des Staates, GONGOs sind aber keine staatlichen Durchführungsorgane, sondern fungieren als Forschungs- und Beratungszentren für Ministerien und andere staatliche Institutionen. (vgl. Wu Fengshi, o.J.: S. 46) Die Entwicklung der GONGOs in China ist in den letzten Jahren, speziell seit der großen administrativen Reform von 1998, von einer immer größer werdenden Autonomie geprägt, so befinden sich manche von ihnen bereits im Übergang zu NGOs. (vgl. Economy, 2004: S. 135; Wu Fengshi, o.J.: S. 55) Elementar für die Erlangung von mehr Autonomie sind einerseits die Unterstützung und Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen und andererseits der staatliche Druck auf GONGOs, sich in Zukunft mehr und mehr selbst finanzieren zu müssen. Diese Faktoren wirken sich positiv auf die Motivation der

¹⁰ chin. Ausdruck für GONGO siehe Nick Young:
<http://www.chinadevelopmentbrief.org.cn/ngother/ngother.jsp?id=9> (24.05.2008)

GONGOs aus, ihre Kapazitäten und Wirkungsbereiche auszuweiten, um in einem sich stark diversifizierenden Umfeld wettbewerbsfähig zu bleiben. (vgl. Wu Fengshi, o.J.: S. 53f)

Die Ziele, die staatlicherseits mit der Gründung von GONGOs in China verfolgt werden, sehen Elizabeth C. Economy und Wu Fengshi vor allem darin, Zugang zu internationalen finanziellen Ressourcen und Expertisen zu erlangen. Vor allem in Sachen Finanzierung bevorzugen viele internationale Geber heute den Weg über zivilgesellschaftliche Organisationen, da sie mit der Transparenz staatlicher Mittelempfänger in der Vergangenheit oft schlechte Erfahrungen gemacht haben. (vgl. Economy, 2004: S. 135, Wu Fengshi, o.J.: S. 50) Eine Frage, die hier allerdings nur in den Raum gestellt werden soll, ist die Frage nach dem Wissensstand der ausländischen Geber über die Stellung von GONGOs in China. Erfreuen sich viele GONGOs heute auch zunehmender Autonomie, so kann man sie dennoch nicht gleichstellen mit NGOs. Allerdings muss hier hinzugefügt werden, dass viele GONGOs mit chinesischen NGOs kooperieren und deshalb von ausländischen Regierungen und internationalen Organisationen auch als Möglichkeit wahrgenommen werden, die sich formierende Zivilgesellschaft und ihre Organisationen zu unterstützen. (vgl. Economy, 2004: S. 135)

Folgt man den Ausführungen der beiden Autoren, dann dienen GONGOs des Weiteren als Auffangbecken für ehemalige Beamte, welche bei Versuchen, den Staatsapparat zu verkleinern ihre Arbeitsplätze verloren haben. (vgl. Economy, 2004: S. 134f; Wu Fengshi, o.J.: S. 51) Die Belegschaft von GONGOs setzt sich aber nicht ausschließlich aus ehemaligen Beamten zusammen, sondern umfasst ebenfalls Wissenschaftler, Universitätsprofessoren und internationale Experten. (vgl. Wu Fengshi, o.J.: S. 48) Darüber hinaus nehmen GONGOs in Fragen der Politiksetzung und des Umgangs mit der steigenden Internationalisierung des Umweltschutzes eine Art Beraterstellung ein und tragen zu Umweltbewusstsein und –bildung in der Bevölkerung bei. Obwohl GONGOs primär staatliche Initiativen waren und sind, so reichen ihre Aktivitäten heute weit über das vom Staat ursprünglich intendierte Ausmaß hinaus und sie unterstützen sowohl Staat als auch Zivilgesellschaft. (vgl. Wu Fengshi, o.J.: S. 50)

Wie mit den kurzen Ausführungen über Dorfwahlen und NGOs gezeigt werden sollte, ist Partizipation in China durchaus möglich, nur bedient sie sich anderer, bzw. anders ausgedrückt, milderer Aktionsformen, als dies in westlichen demokratischen Gesellschaften der Fall ist. Peter Ho schreibt dazu:

„...the idea of democracy as multitudes of citizens take to the streets may be attractive but simultaneously misleading as it disregards the nature and course of political change that is taking place in China today: a gradual shift towards a polity adapted to an increasingly complex and pluralist society....”

(Ho Peter, 2007: S. 188)

Ho bezeichnet die sich in China formierende „Umweltbewegung“ als „embedded activism“ oder „embedded environmentalism“ in Abgrenzung zu den Bewegungen, welche sich in Zentral- und Osteuropa in den 1970er und 1980er Jahren herausbildeten. (vgl. Ho Peter, 2007: S. 187/189; Ho Peter/Edmonds, 2007: s. 333) Im Falle der politischen Umbrüche in Osteuropa wird der Umweltbewegung in der Literatur oft eine zentrale Stellung bei der Entwicklung einer „gesunden“ Zivilgesellschaft und der Demokratisierung eingeräumt. Was man in China an Umweltaktivismus vorfindet, ist allerdings nicht vergleichbar mit der Situation in Osteuropa vor gut 20 Jahren. Während dort Massen von Demonstranten auf die Straße gingen, um gegen die Umweltpolitik ihrer Führungen zu protestieren, vermeiden die chinesischen Umweltaktivisten eine offene Konfrontation mit dem Regime. Von einer chinesischen Umweltbewegung im Sinne des offenen Protests einer großen Anzahl von Menschen kann also eigentlich nicht gesprochen werden, vielmehr ist das, was an Umweltaktivismus in China vorhanden ist, mit den Adjektiven klein, fragmentarisch und lokal zu beschreiben. (vgl. Ho Peter, 2007: S. 193)

Ho und Edmonds bezeichnen den Umweltaktivismus in China deshalb als „eingebettet“ (embedded), da er sich sehr gut in das semiautoritäre politische Umfeld einfügt und versucht, die vorhandenen Möglichkeiten (den kulturellen, sozialpolitischen und historischen Kontext) optimal für sich zu nützen. Im Unterschied zu einem autoritären Regime lässt die semiautoritäre Führung Chinas der sich bildenden Zivilgesellschaft einen gewissen Raum für ihre Aktivitäten, wenn dieser auch limitiert ist. (vgl. Ho Peter/Edmonds, 2007: S. 333) Wie in vielen anderen Bereichen findet sich auch der Umweltaktivismus in China eingebettet in ein Netz aus persönlichen Beziehungen (guanxi) und informellen Regeln zwischen politischen und sozialen Akteuren, welche NGOs und anderen Organisationen einen beträchtlichen politischen Spielraum für ihre Aktivitäten verleihen. Ho beschreibt dieses Beziehungsgeflecht als „Symbiose“ zwischen Führungskräften von NGOs und Politikern. Während NGOs zur Erlangung von politischem Einfluss auf Politiker angewiesen sind, bedarf die Politik der NGOs, um einen besseren Kontakt zur Gesellschaft herzustellen. (vgl. Ho Peter,

2007: S. 198) Es handelt sich im Falle des „embedded environmentalism“ also um einen kontinuierlichen Aushandlungsprozess zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und dem Staat, welcher angepasst an die politischen Verhältnisse in Chinas doch die Möglichkeit besitzt, Einfluss auf die Politik selbst ausüben zu können. (Ho Peter, 2007: S. 200)

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Partizipation die Beteiligung einer möglichst großen Vielfalt an Akteuren an politischen Entscheidungs- aber auch Durchführungs- und Überwachungsprozessen meint. Geht es um die Akteure, so erscheint mir dieser Begriff, aller Problematik einer fixen Definition der Zivilgesellschaft zum Trotz, auch für China einigermaßen passend und nicht nur als widersprüchlich im Zusammenhang mit dem politischen System des Landes, sofern er möglichst weit gefasst ist, wie z.B. der folgende:

„Civil Society refers to the arena of uncoerced collective action around shared interests, purposes and values. In theory, its institutional forms are distinct from those of the state, family and market, though in practice, the boundaries between state, civil society, family and market are often complex, blurred and negotiated. Civil society commonly embraces a diversity of spaces, actors and institutional forms, varying in their degree of formality, autonomy and power. Civil societies are often populated by organisations such as registered charities, development non-governmental organisations, community groups, women's organisations, faith-based organisations, professional associations, trade unions, self-help groups, social movements, business associations, coalitions and advocacy groups.“

(Civil Society, 01.03.2004)

Dabei muss im Falle Chinas immer mitgedacht werden, dass es sich nicht um ein demokratisches politisches System handelt und der „Bottom-Up“-Ansatz nicht dermaßen ausgeprägt ist, wie wir das aus dem Westen gewohnt sind. Weiters muss berücksichtigt werden, dass die KPCh versuchen wird, ihr politisches Machtmonopol aufrechtzuerhalten, was wiederum nur möglich ist, wenn sie Interessensgruppen mit anderen Wirkungsabsichten erfolgreich unter Kontrolle hält bzw. unterdrückt. Trotzdem soll aber ein Interessenausgleich stattfinden, wobei die Partei allerdings versucht, sich an die Spitze des Aushandlungsprozesses zwischen „Zivilgesellschaft“ und Staat zu setzen, um sozusagen als Moderatorin wirksam zu werden. (vgl. Weigelin-Schwiedrzik, 2007: S. 9) Die gesetzlichen Grundsteine für Partizipation, zumindest im Umweltbereich, sind bzw. werden bereits gelegt,

wenn auch diese noch weiteren Verbesserungen bedürfen. Nun ist es eine Frage der Umsetzung, bei der eine Reihe von Faktoren wie Bewusstsein, Bildung etc. eine große Rolle spielen. Ebenfalls eine Rolle spielt die politische Führung Chinas und die Frage danach, wie viel Freiraum sie dem eigenen Volk in Zukunft wirklich zugestehen und wo sie wieder Grenzen ziehen wird.

3.4 Partizipationsansätze in der „Agenda 21“

Wie bereits zuvor erwähnt, bildet die 1992 auf der UN-Konferenz in Rio ausgearbeitete Agenda 21 eines der wichtigsten internationalen Dokumente zum Thema nachhaltiger Entwicklung. Zum Zwecke der Einführung in das Thema Partizipation werden nun die wichtigsten in der Agenda 21 enthaltenen Punkte dazu erläutert.

Innerhalb der Agenda 21 befindet sich im Abschnitt „Implementing Agenda 21“ ein Kapitel zu Bildung, öffentlichem Bewusstsein (Public Awareness) und Training, auf welches in der Folge näher eingegangen wird.

Bildung wird ganz klar als eine der essentiellsten Maßnahmen zur Erreichung von SD gesehen. Und obwohl es dazu ein eigenes Kapitel gibt, wird sehr deutlich darauf hingewiesen, dass jeder einzelne in der Agenda 21 angesprochene Bereich Bildungsmaßnahmen auf verschiedenen Ebenen bedarf, um erfolgreich umgesetzt werden zu können. (vgl. Sitarz 1993, S. 293)

Wird hier über Bildung gesprochen, so ist zunächst einmal grundlegende Schulbildung gemeint, um einem möglichst großen Teil der Weltbevölkerung den Zugang zu Wissen überhaupt erst zu ermöglichen und das Interesse für SD sowie seine sämtlichen Facetten zu erwecken.

Bildung ist darüber hinaus auch eine Grundbedingung für die Partizipation an Aktivitäten aller Art, egal, ob es sich dabei um politische Meinungsbildung, Umweltschutzaktionen etc. handelt. Durch ausreichend Bildung, sei es Grundschulbildung, Weiterbildungsmaßnahmen für Erwachsene (z.B. Alphabetisierungsprogramme für Erwachsene in Entwicklungsländern) und andere, soll das Bewusstsein sämtlicher gesellschaftlicher Schichten für die Geschehnisse um sie herum erweckt und gestärkt werden, denn ohne Bewusstsein für eine bestimmte Sachlage wird es kaum zur Teilnahme an Aktionen zu deren Verbesserung kommen. (vgl. Sitarz 1993, S. 293 – 296)

Die Vorschläge zur Erreichung einer grundlegenden Bildung für eine große Anzahl an Menschen weltweit reichen von nationalen Bildungsoffensiven zur Schaffung eines möglichst gleichberechtigten Zugangs zu Grundschulbildung sämtlicher gesellschaftlicher Schichten

und ohne Geschlechterbarrieren, bis hin zur Bildung öffentlicher Foren zur Diskussion von Umweltschutzbefangen, sozialer Probleme etc. Weitere Vorschläge beziehen sich auf die Schaffung von Universitätsinstituten, die ökologisches und entwicklungstechnisches Wissen vermitteln, um eine größere Zahl an Experten in diesen Wissenschaftsfeldern auszubilden. Das ist notwendig, um vor allem in Entwicklungsländern und auch bezüglich nicht-formaler Bildungsaktivitäten auf globaler, nationaler und lokaler Ebene eine möglichst breite Masse an Menschen zu erreichen. Neben der Betonung der Einbeziehung von Frauen in sämtliche dieser Bildungsmaßnahmen wird auch stets darauf hingewiesen, indigene Bevölkerungsteile und deren Erfahrung im Umgang mit lokalen ökologischen Gegebenheiten nicht zu vernachlässigen, sondern aktiv mit einzubeziehen.

Massenmedien sind ebenfalls ein besonders zu fokussierendes Mittel zur Verbreitung von Wissen, da z.B. Fernsehen und Radio für Analphabeten die einzige Möglichkeit der Wissenskommunikation darstellen. (vgl. Sitarz 1993, S. 293 – 296)

Ein weiterer wichtiger Punkt in der Agenda 21 ist die Schaffung von öffentlichem Bewusstsein (Public Awareness). Wie bereits oben erwähnt, ist das Schaffen von Bewusstsein in der Zivilgesellschaft eine Vorbedingung für deren Partizipation an Aktivitäten zur Erreichung nachhaltiger Entwicklung.

Es wird hier sehr deutlich darauf hingewiesen, dass immer noch gravierende Bewusstseinslücken bezüglich des Beziehungsgeflechts zwischen menschlicher Aktivität und deren Auswirkungen auf die Umwelt bestehen. Deshalb ist es nötig, die Sensibilität der Bevölkerung aller Länder, auch der in den so genannten entwickelten Teilen der Welt, für Umwelt- und Entwicklungsprobleme zu stärken und „to cultivate a sense of personal environmental responsibility“. (Sitarz 1993, S. 297).

Wichtig hierzu ist eine gute Koordination zwischen staatlichen und privaten nationalen und internationalen Organisationen sowie den unterschiedlichen Medien. Die Aufgaben all dieser Akteure beinhalten z.B. die Einrichtung von Informations- und Servicestellen, die Überarbeitung von Bildungsmaterial, die Erstellung von Aktionsprogrammen für Kinder und Jugendliche, die Durchführung von Programmen zur allgemeinen Stärkung des Umweltbewusstseins etc. Dabei sollte der Tatsache Beachtung geschenkt werden, dass es verschiedener Vorgangsweisen bedarf, um unterschiedliche Teile der Bevölkerung zu erreichen. Dies spielt vor allem in Entwicklungsländern mit sehr niedrigem Alphabetisierungsgrad eine Rolle. Bevölkerungsteile, die des Lesens nicht mächtig sind, können nicht über Printmedien erreicht werden und man sollte sich eher audio-visuellem

Materials oder sogar mobiler Einrichtungen bedienen, die den Menschen vor Ort praktische Tipps, möglicherweise sogar im Sinne von „Learning by Doing“, geben.

Weiters wird auch auf die Notwendigkeit hingewiesen, dass die Bewusstseinsbildung für die Umwelt und ihre komplexen Wirkungszusammenhänge bereits im Kindesalter forciert werden sollte, denn so lässt sich am besten ein umweltfreundliches Verhalten im Alltag festigen und ohne großem Aufwand zu einem selbstverständlichen Handlungsmuster ausbauen.

Bewusstseinsbildung in der Öffentlichkeit alleine, ohne klare Handlungsanleitungen für die Praxis, ist jedoch definitiv nicht genug. Deshalb müssen des Weiteren umfassende Programme zur praktischen Umsetzung von Umweltschutz im Alltag erstellt und durchgeführt werden.

Dafür bedarf es eines universellen Zugangs zu Ausbildungs- und Trainingsmöglichkeiten für die breite Bevölkerung, ohne etwaige Zugangsbarrieren aufgrund von sozialem Status, Alter, Geschlecht, Rasse oder Religion.

Darüber hinaus werden wirtschaftliche Unternehmen aufgerufen, soziale und ökologische Aspekte in alle Unternehmensbereiche sowie sämtliche Entscheidungen einfließen zu lassen. Hierzu ist es nötig, das gesamte Personal ausreichend zu schulen, was wiederum der Ausbildung entsprechender Lehrkräfte bedarf. (vgl. Sitarz 1993, S. 296 - 300)

Der Ruf nach Fachkräften bzw. Experten auf dem Umweltschutzgebiet ist deshalb so stark, weil es derzeit noch große Lücken in der Verfügbarkeit von verlässlichen Daten zur Erstellung und auch zur Umsetzung von Programmen zur Bekämpfung bzw. Prävention von Umweltverschmutzung gibt. Dazu ist es nötig, entsprechende Bildungseinrichtungen, seien sie staatlicher oder privater Natur, zu fördern, denn nur so können die Forschungen auf diesem Gebiet vorangetrieben und die sich daraus ergebenden Informationen in Handlungsvorschläge umgewandelt werden. (vgl. Sitarz 1993, S. 294f)

Das Thema Information, vor allem der Zugang und die Verfügbarkeit von relevanten Informationen, ist ebenfalls ein Problemfeld, für welches rasch Lösungen gefunden werden müssen. In der Agenda 21 wird darauf hingewiesen, dass hauptsächlich Entwicklungsländer unter gravierenden Zugangsbarrieren zu Information und Wissen leiden. Zum einen ist die nötige Infrastruktur, wie Strom- und Funknetze etc, meist unterentwickelt, zum anderen verwehren aber auch geringe Bildung, Braindrain und hohe Kosten der Bevölkerung den Zugang zu Telekommunikations- und Informationstechnologien. (vgl. Sitarz 1993, S. 301ff)

In der von der Bonner Stiftung für Frieden und Entwicklung herausgegebenen Artikelsammlung mit dem Titel „Globale Trends 2007 – Frieden Entwicklung Umwelt“ nimmt sich die Autorin Veronika Wittmann dem Thema „Digital Divide“ an. Sie weist darauf hin, dass der global sehr ungleiche Zugang zu Wissen bzw. zu digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien stark mit der Herausbildung gesellschaftlich dominanter und marginalisierter Gruppen verknüpft ist. Da der Zugang zu Wissen für sämtliche Lebensbereiche immer relevanter wird, entscheidet dieser darüber, wer an der Gestaltung von Politik, Wirtschaft und Kultur teilhat und wer nicht. Die digitale Kluft (Digital Divide) wird in Zukunft mit ein Grund für die Entstehung von extrem verschärften Entwicklungsgefällen und sozialen Gegensätzen auf globaler Ebene, aber auch innerhalb von Gesellschaften, sein. (vgl. Wittmann 2006, S. 209)

Wittman skizziert die immer größer werdende Kluft innerhalb von Ländern sehr anschaulich, indem sie die Mitglieder der gesellschaftlich dominanten Gruppen, welche über guten Zugang zu Wissen und Information verfügen, wie folgt beschreibt: sie sind „Bewohner von urbanen Gebieten, gebildet, wohlhabend, jung und männlich“ (Wittmann 2006, S. 214/215).

Eine weitere Frage, welche die Autorin in ihrem Artikel aufwirft, ist die, ob nicht manche Regierungen absichtlich moderne Formen von Massenkommunikationsmitteln in ihrer Entwicklung und Zugänglichkeit zurückhalten, weil sie einen möglichen politischen Kontrollverlust fürchten. Moderne Kommunikations- und Informationstechnologien spielen eine immer wichtigere Rolle für die Handlungsstrategien von gesellschaftlich marginalisierten Gruppierungen und können somit einen nicht unerheblichen Beitrag zur Demokratisierung leisten, der nicht allen Regierungen und politischen Führungsgruppen dieser Welt in ihren Bestrebungen entgegenkommt. (vgl. Wittmann 2006, S. 216)

Seit dem Jahr 2000 kam es allerdings vermehrt zur Bildung von Initiativen, um allen Menschen dieser Welt Chancengleichheit im Zugang zu Wissen zu sichern.

So verabschiedeten die G8-Staaten eben in diesem Jahr die „Okinawa Charter on Global Information Society“, in der das Prinzip der „Inklusion“, also der Abschaffung von Zugangsbarrieren und der daraus folgenden Chancengleichheit aller bei der Teilhabe an der globalen Informationsgesellschaft, hervorgehoben wurde. Weiters gründeten die G8-Staaten die so genannte „Digital Opportunity Task Force (DOT Force)“, die Weltbank finanziert seit 1995 Projekte zur Nutzung moderner Telekommunikationsmitteln, die UNESCO lancierte ein Programm mit dem Titel „Women on the Net (WoN) und in den Jahren 2003 und 2005 beschäftigten sich auch zwei UN-Weltgipfel in Genf und Tunis mit dem Thema, um hier nur einige globale Initiativen zu nennen. (vgl. Wittmann 2006, S. 219)

Wie kann nun das Problem des Digital Divide aber gelöst werden? Wittmann schreibt hierzu, dass sich der Cyberspace als sich selbst regulierender und somit herrschaftsfreier Raum als pure Illusion entpuppt hat. Vielmehr ist das Internet „ein sozialer und virtueller Raum, dessen In- und Exklusionsmechanismen entlang alter soziokultureller und sozioökonomischer Kategorien, wie Geschlecht, ethnische Zugehörigkeit und soziale Stellung verlaufen“ (Wittmann 2006, S. 221).

Wissen ist ein essentieller Bestandteil der Bekämpfung von Armut und deshalb sollte der Zugang zu Information als öffentliches Gut betrachtet werden und nicht nur einigen wenigen privilegierten Teilen der Weltbevölkerung vorbehalten bleiben. (vgl. Wittmann 2006, S. 222f) Zur Erreichung des Ziels einer globalen sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltigen Entwicklung müssen so viele Menschen wie möglich Zugang zu allen relevanten Informationen haben. Das Internet ist dabei sicherlich eines der wichtigsten Medien, mit dessen Hilfe eine wirklich breite Masse an Personen angesprochen werden kann. Dies kann jedoch nur der Fall sein, wenn zukünftig mehr Investitionen in entsprechende Infrastrukturprojekte getätigt und auch politische und sonstige Barrieren überwunden werden.

Ein weiterer Punkt, auf den im Rahmen der Implementierung der Agenda 21 großer Wert gelegt wird, ist die Bildung von Kapazitäten. So ist es nötig, auf globaler, regionaler, nationaler und auch lokaler Ebene institutionelle und personelle Kapazitäten zu schaffen, die mit der Implementierung von Nachhaltigkeitsstrategien betraut werden können. Dies erfordert schon bei der Bildung dieser zusätzlichen Kapazitäten eine gute Koordination und Zusammenarbeit der internationalen Gemeinschaft, einzelner Länder, Gemeinden, privater Organisationen, Universitäten, Forschungseinrichtungen und wirtschaftlicher Unternehmen.

Jedes Land wird deshalb auch aufgerufen, seine eigene nationale Agenda 21 zu erstellen, um einerseits den Status Quo der nationalen Nachhaltigkeitsprobleme zu erfassen, Prioritäten zu identifizieren und entsprechende Aktionspläne zu erstellen. Diese nationalen Agenden sollen im weiteren Laufe auch zur Erleichterung der Koordinierung auf globaler Ebene beitragen.

Der Ausbau von institutionellen und personellen Kapazitäten bedarf natürlich der Aufbringung entsprechender finanzieller und technischer Unterstützung, welche vor allem durch die Mobilisierungsarbeit des United Nations Development Programme innerhalb der internationalen Gemeinschaft lukriert werden sollen. Außer der UN selbst sind im Bereich Finanzierung, Koordination, technischer Unterstützung etc. auch Organisationen, wie z.B. die Weltbank, lokale Entwicklungsbanken und –organisationen etc., gefragt, ihre Kompetenzen nach Möglichkeit zur Verfügung zu stellen. (vgl. Sitarz 1993, S. 305ff)

3.5 Chinas Agenda 21

Chinas Agenda 21 wurde in Zusammenarbeit chinesischer Ministerien, inländischer und ausländischer Experten sowie des UNDP (United Nations Development Programme) erstellt. Es wurde darauf geachtet, dass sie in Übereinstimmung mit der von der UN ausgearbeiteten Version steht, aber insbesondere die spezifisch chinesische Situation reflektiert.

Die chinesische Agenda 21 setzt sich aus rund 20 Kapiteln zusammen, welche wiederum in vier große Sektoren gegliedert werden können. Der erste große Bereich beschäftigt sich mit themenübergreifenden, eher allgemeinen Strategien der nachhaltigen Entwicklung, während sich die anderen drei Bereiche mit SD in Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt befassen. (vgl. China's Agenda 21, Abs. 1.6) Genehmigt wurde die chinesische Agenda 21 am 25. März 1994 auf der Generalversammlung des Staatsrates der VR China. (vgl. China's Agenda 21, Abs. 1.4)

In der Präambel der Agenda wird darauf hingewiesen, dass es für China zwar notwendig ist, den Pfad einer nachhaltigen Entwicklung einzuschlagen, jedoch muss dem Wachstum der chinesischen Wirtschaft auch weiterhin die höchste Priorität zugewiesen werden, um eine Steigerung der Lebensqualität und der nationalen Stärke zu gewährleisten. (vgl. China's Agenda 21, Abs. 1.2) Wirtschaftswachstum wird als die Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung gesehen, wobei aber die ökonomischen Strukturen und Bedingungen ständiger Verbesserung bedürfen.

Weiters findet sich ein Hinweis darauf, dass China seinen eigenen Weg des Umweltschutzes, unter Beachtung der chinesischen Charakteristika, gehen muss. (vgl. China's Agenda 21, Abs. 1.8)

Die Finanzierung geschieht durch mehrere Kanäle, zum einen aus Geldern des chinesischen Staatshaushaltes und zum anderen aus Ressourcen internationaler Organisationen. (vgl. China's Agenda 21, Abs. 1.9)

In Bezug auf die soziale Komponente von SD wird davon gesprochen, Aktivitäten in der Erziehung, aber auch jene kultureller Art, zu forcieren. Spezielles Augenmerk wird ebenfalls auf berufliche Aus- und Weiterbildung sowie die Verbesserung des Angebots an sozialen Dienstleistungen und medizinischer Hilfe gelegt. Mit Hilfe all dieser Maßnahmen und unterstützt durch breit angelegte, öffentliche Erziehungskampagnen sollen große Teile der

Bevölkerung zur aktiven Teilnahme an Aktivitäten mobilisiert bzw. motiviert werden, wozu es nötig ist, auch Beamte aller Ebenen hinreichend zu schulen. (vgl. China's Agend 21, Abs. 2.2)

Hervorgehoben wird weiters die Schaffung genügender Kapazitäten aller Art, wie z.B. die Etablierung politischer Rahmenbedingungen zur Entwicklung sozialer und ökonomischer Normen für SD und die Ausarbeitung von spezifischen Gesetzen und Regelungen. Darüber hinaus müssen ein allumfassendes Überwachungs- und Managementsystem für natürliche Ressourcen sowie Planungs-, Statistik- und Informationsunterstützungssysteme entwickelt werden. (vgl. China's Agenda 21, Abs. 2.4 b) Geht es um die Akkumulierung von Information bzw. Wissen, wird von der UN, aber auch von Seiten Chinas, immer wieder auf die Wichtigkeit des Austausches der neuesten Information auf sämtlichen Gebieten hingewiesen, wobei dies vor allem für Entwicklungsländer mit eher geringen Forschungsressourcen gilt.

Als wichtige Punkte innerhalb der chinesischen Agenda 21, welche der Lösung bedürfen, werden folgende genannt:

- Vertiefung der Reformen und Entwicklung einer sozialistischen Marktwirtschaft
- Familienplanung, Kontrolle des Bevölkerungswachstums und Verbesserung der Struktur der Bevölkerung
- Verbreitung nachhaltiger landwirtschaftlicher Methoden
- saubere Technologien zur Kohleverbrennung sowie Entwicklung von erneuerbaren und saubereren Energieressourcen
- Anpassung der Struktur und Verteilung der Industrie und rationellerer Gebrauch von Ressourcen
- Verbreitung von „Cleaner Production- Technologies“, Vorantreibung von Recycling, Energieeinsparung und Steigerung der Produktionseffizienz
- Verbesserung der Lebensbedingungen in den Städten und ländlichen Gebieten
- Anwendungen von Kontrollmechanismen und –techniken zur Überwachung der Umweltverschmutzung

- Schutz sämtlicher natürlicher Ressourcen

(vgl. China's Agenda 21, Abs. 2.4)

Obwohl sich ein ganzes Kapitel der chinesischen Agenda 21 mit dem Thema Partizipation beschäftigt (Kapitel 20), finden sich keine näheren Angaben darüber, wie Partizipation im Rahmen von SD in der Praxis genau aussehen soll. Hingewiesen wird auf die Wichtigkeit der Einbeziehung von Frauen, Kindern und Jugendlichen, Minderheiten, Arbeitern und der Wissenschaft in den Prozess der Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung, praktische Anleitungen gibt es aber kaum. Neben der Verbesserung des Schulsystems und der Unterrichtsinhalte werden noch die Bedeutung der Gründung von Organisationen zum Thema SD, internationale Kooperation und ein besserer Kontakt zwischen politischen Entscheidungsträgern, der Wissenschaft und der Öffentlichkeit als wichtige Meilensteine in der Erreichung von SD angeführt. (vgl. China's Agenda 21, Kapitel 20)

3.6 *Der zehnte nationale Fünfjahresplan für den Umweltschutz*

Der vorläufig letzte Fünfjahresplan zum Thema Umweltschutz wurde am 26. Dezember 2001 erlassen und ruft sämtliche lokale Regierungen und Verwaltungsinstanzen Chinas auf, Umweltschutzbemühungen im Rahmen der wirtschaftlichen Umstrukturierung zu stärken. Ganz klar wird den lokalen Regierungen nicht nur die Hauptverantwortung für den Umweltschutz übertragen, sie müssen auch die Überwachung etwaiger Projekte gewährleisten und jährlich einen Fortschrittsbericht abliefern.

Eine übergeordnete, zusätzliche Kontrollinstanz bildet die SEPA (State Environmental Protection Administration), zu deren Aufgaben die Formulierung und Implementierung von politischen Richtlinien, Gesetzen und Regelungen, die Formulierung von nationalen Umweltstandards, die Organisation von Forschung und Entwicklung, die Kooperation mit internationalen Organisationen etc. gehören. (vgl. SEPA)

Die allgemeine Situation der chinesischen Umwelt wird als sehr ernst eingestuft und es wird darauf hingewiesen, dass viele Gebiete die ökologische Zerstörung nicht unter Kontrolle

haben, was nicht nur die öffentliche Gesundheit gefährdet, sondern auch die ökonomische Entwicklung und soziale Stabilität beeinträchtigt. Prävention wird als Schlüsselement der Umweltpolitik angeführt, dazu bedarf es sorgfältiger Planung und der Abstimmung von Maßnahmen auf lokale Gegebenheiten. Staatliche Regulierungen und Marktmechanismen sollen einander ergänzen und auch die Zivilgesellschaft soll stärker miteinbezogen werden. (vgl. „The Tenth National Five-Year Plan for Environmental Protection“) Einem schnellen wirtschaftlichen Wachstum wird aber keine generelle Absage erteilt, vielmehr soll es ein schnelles Wachstum mit hoher Qualität und Effizienz sein.

Wie sich im Jahre 2006 herausstellen sollte, so wurden viele der Ziele des zehnten nationalen Fünfjahresplans zum Umweltschutz nicht erreicht. In einem Artikel auf GOV.cn meint Zou Shoumin, Deputy Head of the Chinese Academy for Environmental Planning (CAEP), dass acht der 20 umweltbezogenen Ziele des zehnten Fünfjahresplans verfehlt wurden.

Dazu gehören unter anderem die Reduktion von Schwefeldioxid und Kohlendioxid, die Eindämmung von Industrieabfällen und die Erhöhung der Kapazitäten in der Abwasserbehandlung. Ganz im Gegenteil ist die Energieerzeugung durch Kohlekraftwerke, die maßgebliche Quelle des Ausstoßes von Schwefeldioxid, sogar noch stark angewachsen. Hat die CAEP für 2005 einen Kohleverbrauch von 1,5 Mrd. Tonnen angenommen, stieg dieser im selben Jahr auf 2,2 Mrd. Tonnen, weshalb die Energiegewinnung aus Kohle auch hauptverantwortlich für die Verfehlung der Ziele gemacht wird. Als weitere Gründe für die schlechte Umweltbilanz werden außerdem der bisherige Entwicklungszugang, welcher ökonomisches Wachstum vor die Behandlung von Verschmutzung stellt, und falsche Entscheidungen über die Verwendung von Ressourcen angegeben. (vgl. GOV.cn - Artikel 1)

Der elfte Fünfjahresplan befindet sich zurzeit noch in Arbeit, jedoch gibt es bereits Entwürfe, die zumindest Aufschluss über die wichtigsten Themenbereiche geben.

Umweltschutz und Ressourcen-Effizienz spielen erneut eine wichtige Rolle und so ist hier die Rede von der Bildung eines zirkulären („circular economy“) und nachhaltigen nationalen Wirtschaftssystems, welches Ressourcen optimal nützt bzw. Abfälle wiederverwertet. Außerdem soll eine umweltfreundliche Gesellschaft geschaffen werden, weshalb es nötig ist, Bildung und Wissenschaft in besonderem Maße voranzutreiben und damit gleichzeitig China als technologisch fortschrittliches und innovatives Land zu positionieren. Hierzu sollen die Bildungsausgaben bis 2010 auf vier Prozent des GDP erhöht werden. Änderungen in der staatlichen Administration stehen ebenfalls auf dem Plan, wobei vor allem Wert auf einen

wissenschaftlichen Entscheidungsfindungsprozess, ein verbessertes System von Verantwortlichkeiten und eine effektivere Überwachung gelegt wird. (vgl. Abstract of the Eleventh Five-Year Plan outline, S. 2)

Das Konzept der Bildung einer „harmonischen sozialistischen Gesellschaft“, welche auf der „Herrschaft des Gesetzes, Gleichheit und Gerechtigkeit, Ehrlichkeit und Freundlichkeit, Vitalität, Ordnung und harmonischer Koexistenz“ (Abstract of the Eleventh Five-Year Plan outline, S. 2) aufbaut, wird ebenfalls wieder aufgenommen.

Als Maßnahmen zur Erreichung dieser „harmonischen Gesellschaft“ werden z.B. eine aktive Beschäftigungspolitik und die Verbesserung der öffentlichen medizinischen Versorgung genannt.

Die Allokation von Ressourcen zur Realisierung all dieser Punkte wird dem Entwurf des elften Fünfjahresplanes nach dem Markt überlassen, als Voraussetzung gilt jedoch die Formung einer sozialistischen Marktwirtschaft. In der Zwischenzeit muss der Staat als regulierende Instanz agieren und die zur Verfügung stehenden Mittel angemessen verteilen. (vgl. Abstract of the Eleventh Five-Year Plan outline, S. 3)

Wie eine Untersuchung der Chinesischen Akademie der Wissenschaften zeigt, gehört China aber auch weiterhin zu den weltweit massivsten Verschwendern natürlicher Ressourcen. China brachte es in der Untersuchung nur auf Platz 54 von insgesamt 59 Ländern. Der Untersuchungsbericht kommt dadurch zu dem Schluss, dass die chinesische Regierung noch immer nicht von einem ökonomischen Wachstumsmodell, welches auf einem intensiven Verbrauch von natürlichen Ressourcen und Energie aufbaut, abweichen will. (vgl. GOV.cn - Artikel 2)

Was das Thema Partizipation betrifft, so gibt der zehnte Fünfjahresplan nur wenig Aufschluss darüber, wie diese in der Praxis umgesetzt werden soll. Auch hier finden sich ähnlich wie schon in der chinesischen Agenda 21 lediglich Hinweise auf die Notwendigkeit der Verbesserung des chinesischen Bildungssystems auf sämtlichen Ebenen, des Fortschritts in der Wissenschaft und in der Schaffung eines umfassenden Rechtssystems. (vgl. Zehnter nationaler Fünf-Jahresplan, Kap. 5, Abs. 7)

3.7 Die gesetzliche Umsetzung von SD in China

Die Umsetzung eines auf Nachhaltigkeit abzielenden Entwicklungsweges braucht als Grundlage ein umfassendes Umweltschutzrecht. Im Rahmen dieser Arbeit soll nur kurz eine Einführung in die Entstehungsgeschichte und die Eigenarten des chinesischen Umweltschutzrechts gegeben und anhand des Gesetzes zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP; huanjing yingxiang pingjia)¹¹ gezeigt werden, dass auch der Gedanke der Partizipation der Zivilgesellschaft zumindest auf dem Papier Einzug in das chinesische Rechtssystem gehalten hat.

In der Literatur zum chinesischen Umweltrecht wird immer wieder darauf hingewiesen, dass der gesetzliche Rahmen für den Umweltschutz durchaus gut ausgebildet ist. So schreiben Ferris Jr. und Zhang in ihrem Artikel „Environmental Law in the People’s Republic of China“: „...China’s policy makers are developing one of the region’s most dynamic environmental law frameworks.“ (Ferris Jr./Zhang Hongjun 2005: S. 75) Probleme werden meist ausschließlich in der Implementierung durch lokale Regierungen und Behörden konstatiert.

3.7.1 Geschichte des chinesischen Umweltschutzrechts

Generell spielt die Umweltfrage seit gut 30 Jahren durch die zunehmende Industrialisierung und das enorme Bevölkerungswachstum auch in den nationalen Rechtssystemen eine immer wichtigere Rolle. Robert Heuser und Jan de Graaf gehen sogar so weit, das Umweltrecht als „Schicksalsaufgabe des Staates“ zu bezeichnen. Demnach hat der Staat die Aufgabe, durch einen Ausgleich zwischen ökologischen und ökonomischen Belangen, eine ökologische Existenzkrise zu verhindern. (vgl. Heuser/de Graaf 2001: S. 18)

So heißt es in Artikel 26 der chinesischen Verfassung von 1982:

¹¹wird in der englischsprachigen Literatur als EIA (Environmental Impact Assessment) abgekürzt

„The state protects and improves the living environment and the ecological environment, and prevents and controls pollution and other public hazards. The state organizes and encourages afforestation and the protection of forests.”

(Chinese Constitution, 1982: Art. 26, S. 5; chinesische Quelle: zhonghua renmin gongheguo xuanfa)

Nach der oben bereits beschriebenen Teilnahme an der UN-Umweltkonferenz von 1972 in Stockholm kam es 1973 zur ersten Pekinger Landeskonferenz über Umweltschutz, in deren Folge erste zentrale und lokale Fachbehörden geschaffen sowie erste Formulierungen von Umweltstandards getätigt wurden. (vgl. Heuser/de Graaf, 2001: S. 24)

1978 wurde mit der Einleitung der Reform- und Öffnungspolitik die Durchführung einer Umweltpolitik auch verfassungsrechtlich festgelegt. (vgl. Heuser/de Graaf, 2001: S. 24)

Im Jahr danach fand der Umweltschutzgedanke Niederschlag in der Formulierung eines ersten Umweltschutzbasisgesetzes, welches vorerst aber nur zur probeweisen Durchführung erlassen wurde. (vgl. Heuser/de Graaf, 2001: S. 24) Allerdings wurde damals dem Wirtschaftsaufbau noch klarer Vorrang vor dem Schutze der Umwelt eingeräumt. Der Primat der Ökonomie ist heute noch nicht eindeutig ausgeräumt, weshalb in vielen politischen Dokumenten immer die Rede von der Wichtigkeit des Wirtschaftswachstums für ein Entwicklungsland wie China ist. (vgl. Heuser/de Graaf, 2001: S. 24)

Erst 1989, also über zehn Jahre nach dem Erlass des probeweisen Umweltgesetzes, trat das erste Umweltschutzbasisgesetz (USBG) der Volksrepublik China voll in Kraft. Schon damals war laut Artikel 4 des Gesetzes klar, dass Umweltschutz nicht allein als abgeschottetes politisches Ressort betrieben werden kann, sondern in die nationalen wirtschaftlichen und sozialen Pläne einbezogen werden muss. Artikel 5 beschäftigt sich mit der Ausweitung der wissenschaftlichen Ressourcen für den Umweltschutz, um einerseits neue Technologien zu entwickeln und andererseits Umweltschutzwissen in der Bevölkerung zu verbreiten. Die Pflicht jedes Einzelnen, die Umwelt zu schützen und das Recht, Verstöße gegen das Umweltschutzgesetz zu melden bzw. anzuzeigen, wurden in Artikel 6 festgelegt. (vgl. Environmental Protection Law of the People's Republic of China, 1989; zhonghua renmin gongheguo huanjing baohu fa)

3.7.2 Quellen des chinesischen Umweltrechts

Das chinesische Umweltrecht besteht nicht nur aus einer Vielzahl von staatlichen Instanzen erlassenen Rechtsnormen, sondern beinhaltet auch internationalrechtliche Normen aus dem Umweltvölkerrecht.

Der Umweltschutzgedanke wird in den Verfassungen der Staaten meist als ein objektivrechtliches Staatsziel umgesetzt, d.h. obwohl der Bürger kein subjektives Recht besitzt, hat der Staat aber die Pflicht, im Sinne des Umweltschutzes tätig zu werden, weshalb er auch dazu angehalten ist, entsprechende Gesetze und Behördenkapazitäten zu dessen Durchführung zu schaffen. (vgl. Heuser/de Graaf 2001: S. 26)

Theoretisch könnte der Verfassungsgeber laut Heuser und de Graaf den Umweltschutzgedanken auch als Grundrecht auf z.B. eine saubere Umwelt umsetzen, dies würde aber zur Folge haben, dass jeder einzelne Bürger einen vor Gericht durchsetzbaren Anspruch auf eine saubere Umwelt hätte. Ferner würde der Staat dem einzelnen Bürger verantwortlich sein. Da dies in der Praxis nicht zu verwirklichen wäre, wird der Umweltschutz allgemein nicht als Grundrecht in der Verfassung verankert. (vgl. Heuser/de Graaf 2001: S. 26/27)

Das Schwergewicht der Umweltgesetzgebung liegt beim chinesischen Zentralstaat, wobei lokale Gebietskörperschaften, z.B. um etwaige Gesetzeslücken zu füllen oder bestehende Gesetze zu spezifizieren, lokale Standards festlegen können. Dies gilt auch für den Fall, dass Provinzregierungen bereits bestehende Umweltqualitätsstandards als nicht ausreichend befinden. (vgl. Environmental Protection Law of the PRC, 1989: Art. 10; chinesische Quelle: zhonghua renmin gongheguo huanjing baohu fa)

Neben dem innerstaatlich gesetzten Recht sind Normen des Umweltvölkerrechts ebenfalls Bestandteil der chinesischen Verfassung. Hier gilt der Grundsatz – Völkerrecht geht vor staatlichem Recht. Solche Bestimmungen internationaler Verträge entfalten sofort nach ihrer Ratifizierung durch den Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongress ihre Verbindlichkeit. Beispiele hierfür sind das Übereinkommen zum Schutz des Kultur- u. Naturerbes der Welt (Convention for the Protection of the World Cultural and Natural Heritage) von 1985 und das Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten

Arten frei lebender Tiere und Pflanzen (Convention on International Trade in Endangered Species of wild Fauna and Flora)¹² von 1981. (vgl. Heuser/de Graaf, 2001: S. 29 – 31)

3.7.3 Ziele und Prinzipien des Umweltschutzrechts in China

In Artikel 1 des Umweltschutzbasisgesetzes (USBG) von 1989 werden folgende Ziele des Umweltschutzes festgelegt:

- 1) Protecting and improving people's environment and the ecological environment
- 2) Preventing and controlling pollution and other public hazards
- 3) Safeguarding human health and facilitating the development of socialist modernization.

(Environmental Protection Law of the PRC, 1989: Art.; chinesische Quelle: zhonghua renmin gongheguo huanjing baohu fa)

Zur Umsetzung dieser Ziele folgt das USBG vier Prinzipien. Das erste Prinzip, Präventions- oder Vorsorgeprinzip (yufang wei zhu de yuanze) genannt, zielt auf einen vorbeugenden Schutz der Umwelt ab. Hierzu müssen mögliche Umweltschäden schon vor ihrer Entstehung erkannt werden können, wofür eine umfassende Umweltplanung (yufang wei zhu, fang-zhi jiehe) notwendig ist.

Beim zweiten Prinzip handelt es sich um das Verursacherprinzip (wuranzhe fudan yuanze). Dieses bestimmt, wer als Verursacher von Umweltschäden verantwortlich ist und für deren Beseitigung oder Verminderung herangezogen wird.

Das dritte Prinzip ist das Kooperationsprinzip (gongzhong canyu de yuanze), welches festlegt, dass der Staat möglichst umfassend mit allen von Umweltverschmutzung betroffenen und interessierten Teilen der Gesellschaft zusammenarbeiten soll. Es stellt sozusagen ein politisches Verfahrensprinzip dar, indem es den Staat aufruft, die Öffentlichkeit in bestimmte Planungs- und Genehmigungsverfahren einzubeziehen. Ein Beispiel hierfür ist das Gesetz zur Umweltfolgenabschätzung, auf welches später noch genauer eingegangen wird.

¹² auch als Washingtoner Artenschutzübereinkommen CITES bekannt.

Beim vierten Prinzip handelt es sich um das Harmonieprinzip (hexie yuanze), welches die gleichzeitige Verfolgung von Umweltschutz und Wirtschaftsentwicklung fordert. (vgl. Heuser/de Graaf, 2001: S. 32 – 35)

Der Gedanke der Partizipation hat also mit dem Kooperationsprinzip bereits Einzug in die chinesische Umweltgesetzgebung gefunden, wenn die Regelungen, wie man die Bevölkerung nun in der Praxis tatsächlich einbeziehen will, auch noch an genauen Ausführungen mangeln.

3.7.4 Umweltbehörden

Der Erfolg einer staatlichen Umweltpolitik hängt natürlich in großem Maße von der Organisation der zuständigen Verwaltungsbehörden und den nötigen finanziellen Ressourcen ab.

Die höchste Ebene der Umweltfachverwaltung wird durch das staatliche Umweltamt (guojia huanjing baohu zongju) gebildet, dessen frühere englische Bezeichnung NEPA (National Environmental Protection Agency) 1998 von der, den quasiministeriellen Status des Umweltamtes hervorhebenden, Bezeichnung SEPA (State Environmental Protection Administration; guojia huanjing baohu zongju) abgelöst wurde. Die SEPA verfügt über einige hundert Beamte, die in Abteilungen mit verschiedenen Aufgabengebieten bzw. diesen Abteilungen untergeordneten Referaten ihren Dienst tun. (vgl. Heuser/de Graaf, 2001: S. 36)

Zu den Aufgaben der SEPA zählen neben der Festlegung nationaler Umweltqualitätsstandards auch der Entwurf von Gesetzesvorlagen, die Erstellung von Leitlinien und politischen Richtlinien zum Umweltschutz, die Organisation regionaler Umweltbewertungen und Umweltverträglichkeitsstudien für Bauprojekte, die Durchführung von Umwelterziehung und Umweltaufklärung und die Überwachung und Kontrolle, um nur einige ihrer Tätigkeiten zu nennen. Diese Aufgaben sind in den Artikeln 9 bis 12 des Umweltbasisgesetzes der Volksrepublik China gesetzlich festgeschrieben. (vgl. Environmental Protection Law of the PRC, 1989: Art. 9 – 12; zhonghua renmin gongheguo huanjing baohu fa)

Unterstützt wird die SEPA von einer Vielzahl anderer Institute, wie z.B. der Chinesischen Forschungsakademie für Umweltwissenschaft (Zhongguo huanjing kexue yanjiuyuan). Wegen der sich zunehmend intensivierenden Aktivitäten der Gesetzgebung wurde 1993 im Nationalen Volkskongress ein eigener Ausschuss für Umwelt und Ressourcen (huanjing he ziyuan baohu weiyuanhui) geschaffen, welcher für Entwurf und Vorlage von

Gesetzesentwürfen an den ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses verantwortlich ist. (vgl. Heuser/de Graaf, 2001: S. 37f)

Unter der Zentralebene gibt es noch vier weitere Verwaltungsebenen der Umweltbürokratie. Hierzu zählen Provinz (sheng), Stadt (shi), Kreis (xian) und Landgemeinde (xiang), wobei die Umweltschutzbehörden der Lokalregierungen von der Kreisebene aufwärts jeweils die Überwachung der Umweltschutztätigkeiten in ihrem Verwaltungsgebiet übernehmen.

Die Aufgaben der Umweltschutzämter (huanjing baohu ju) auf Provinzebene bestehen z.B. darin, die politischen Richtlinien, Gesetze und sonstige Rechtsvorschriften umzusetzen, Umweltschutzpläne für die eigene Provinz auszuarbeiten, Umweltschutzstatistiken zu erstellen etc. (vgl. Heuser/de Graaf, 2001: S. 38f)

Probleme dieser Aufteilung der Umweltverwaltung werden von den Autoren Heuser und de Graaf im Allgemeinen darin gesehen, dass die lokalen Umweltbehörden an die Weisungen der übergeordneten Behörde gebunden (also Umweltbehörden auf Provinzebene an die Weisungen der SEPA), aber gleichzeitig auch Teil der lokalen Regierung sind, von der sie wiederum finanziell abhängig sind. Deshalb stehen Umweltschutzbemühungen oft den wirtschaftlichen Interessen der lokalen Regierungen nach. (vgl. Heuser/de Graaf, 2001: S. 35 – 41, ähnliche Ausführungen siehe auch: Heberer, 2007: S. 14; Mertha/Zeng, 2005: S. 327f.; Schucher, 2007: S. 45ff.; Wang, 2005: S. 114/137)

Das Gesetz zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP, huanjing yingxiang pingjia) bei Bauprojekten trat am 1. September 2003 in Kraft. Zum einen soll mit dem UVP-Gesetz gewährleistet werden, dass mögliche Umweltfolgen bereits im Vorfeld der Durchführung von Bauprojekten abgeschätzt werden, zum anderen soll auch die Bevölkerung die Möglichkeit haben, ihre Bedenken äußern zu können. Oft spielen aber die eigenen wirtschaftlichen Interessen der Lokalregierungen, die natürlich Unternehmen anziehen bzw. halten wollen, eine größere Rolle als mögliche Umweltbeeinträchtigungen. So kommt es vor, dass die UVP erst dann durchgeführt wird, wenn der Bau bereits fast abgeschlossen ist bzw. ein Punkt, der für diese Arbeit ganz besonders interessant ist, nämlich die Partizipation der Öffentlichkeit am Prozess der Erstellung der UVP regelmäßig vernachlässigt wird. (Turner/Lü Zhi, 2006: S. 265)

Das Gesetz zur Durchführung der UVP sieht die Erstellung eines je nach Größe und Risiko von Umweltfolgen mehr oder weniger umfangreichen Berichts vor, welcher eine Analyse der

möglichen Umweltbeeinträchtigungen, Maßnahmen zu deren Vermeidung bzw. Verminderung und einen Schlusskommentar zu den gesammelten Informationen enthält. Dieser Umweltverträglichkeitsbericht muss laut Gesetz der Öffentlichkeit, also betroffenen Privatpersonen, Experten etc., in einer Versammlung, Anhörung oder in sonstiger Form vorgelegt werden, damit diese Personen ihre Meinung kund tun können. Die dabei eingeholten Meinungen der Öffentlichkeit müssen bei der Prüfung des Umweltverträglichkeitsberichtes berücksichtigt und es muss anhand der sich daraus ergebenden Sachlage eine Entscheidung getroffen werden. (vgl. Law of the People's Republic of China on the EIA, 2003: Art. 11; zhonghua renmin gongheguo huanjing baohu fa)

Da es immer wieder dazu kommt, dass Anhörungen, Versammlungen etc. für die Öffentlichkeit nicht durchgeführt werden, wurde am 22. Februar 2006 eine zusätzliche, vorerst aber nur provisorische Regelung zur Teilnahme der Öffentlichkeit am Prozess der UVP (huanjing yingxiang pingjia gongzhong canyu yu zanxing banfa) erlassen. Laut China Watch stellt diese neue Regelung die erste dar, die eine breite öffentliche Teilnahme an Aktivitäten zum Umweltschutz ermutigt. (vgl. Liu Yingling, 2006) Die Regelung besagt, dass jeder Umweltverträglichkeitsbericht ohne öffentliche Teilnahme von der zuständigen Umweltverwaltungsbehörde für nicht zulässig zu erklären ist. (vgl. Provisional Regulation for Public Participation in the EIA, 2006: Art. 6; huanjing yingxiang pingjia gongzhong canyu zanxing banfa)

In einem auf dem Internetportal der SEPA veröffentlichten Artikel anlässlich des Erlasses der neuen Regelung spricht der stellvertretende Minister der SEPA, Pan Yue¹³, deren Bedeutung im Rahmen der Erfüllung eines auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhenden Entwicklungsweges und von mehr Demokratie an.

Pan Yue meint weiters, dass durch die Einbeziehung des Volkes in Aufgaben wie die Durchführung von UVPs eine zusätzliche Instanz der Überwachung der Arbeit der Behörden gegeben ist. Er weist außerdem auf die ausführlichere Festlegung der Rahmenbedingungen für die Teilnahme der Öffentlichkeit hin, welche im ursprünglichen Gesetz nicht in dem Maße vorhanden war, und hofft, damit die Bevölkerung zur Partizipation am Umweltschutz ermutigen zu können. Folgt man Pans Ausführungen, dann liegt der Schwachpunkt der chinesischen Umweltschutzbemühungen, was die Partizipation betrifft, vorwiegend im Fehlen

¹³ 潘岳: geb. 1960 in der Provinz Jiangsu; seit 2003 stellvertretender Minister der SEPA, davor ab 2000 stellvertretender Minister im Büro für wirtschaftliche Restrukturierung des Staatsrates. mehr Information siehe: http://www.chinavivae.com/biography/Pan_Yue/career (02.07.2008)

eines umfassenden Informationssystems, welches alle Akteure rund um die Uhr mit den neuesten Nachrichten zum Thema Umwelt versorgt und somit eine gute Grundlage für deren Entscheidungen bildet.

Pan spricht sich auch für die verstärkte Publikation von Daten, wie z.B. über die Trinkwasserqualität, Lärmbelastung, Luftverschmutzung etc. in Städten, und eine umfangreichere Berichterstattung über Umweltkatastrophen aus, welche die Aufmerksamkeit der Gesellschaft für Umweltbelange steigern soll. Dies könnte ebenfalls vermehrt freiwillige Initiativen seitens Unternehmen und lokaler Regierungen bewirken sowie deren Verantwortungsbewusstsein steigern. (vgl. Pan Yue, 2006)

Fasst man die gerade erörterten politischen und rechtlichen Dokumente zusammen, so ist Partizipation prinzipiell auf politischer wie auch juristischer Ebene erwünscht. Jedoch ist sie nur in dem Maße erwünscht, wie sie für die politische Führung des Landes keine Bedrohung darstellt, d.h. nur in dem Maße, wie Partizipation keine politischen Ansprüche stellt, welche das bestehende Regime in Frage stellen. Im Kapitel zu Partizipation in China wurde bereits ausgeführt, dass NGOs und andere Umweltgruppen zumeist eine apolitische Strategie in der Umsetzung ihrer Ziele verfolgen und in keiner Weise versuchen, die politische Führung anzugreifen, weshalb die Umweltbewegung in China auch meist als keine unmittelbare Gefahr für das Regime, z.B. im Sinne einer Demokratiebewegung, gewertet wird.

Wird Partizipation im Umweltschutzbereich auch von der politischen Führung als notwendig empfunden, so wurde bisher, wie in den Ausführungen zur UVP gezeigt, verabsäumt, genaue Richtlinien für die praktische Umsetzung der Teilnahme der Bevölkerung zu erlassen. Ein weiteres Hindernis stellt das geringe rechtliche Bewusstsein der Bevölkerung dar, die aufgrund einer fehlenden Informationspolitik nicht Bescheid weiß, wie sie ihre Rechte, sofern sie sich derer überhaupt bewusst ist, geltend machen kann. Es bedarf also noch einiger Bemühungen von Seiten des Staates, um selbst das Maß an Partizipation zu erreichen, welches von der politischen Führung als notwendig erachtet wird.

4 Diskursanalyse

4.1 Diskursanalyse – Ebene 1: Internationale Organisationen

Der Hauptteil dieser Arbeit beschäftigt sich mit der Analyse von Berichten über verschiedene Arten der Partizipation der chinesischen Zivilgesellschaft am Umweltschutz. Hierzu werden zunächst Publikationen von China Watch und China Development Brief herangezogen. Ziel ist es, einen Einblick zu gewinnen, wie Organisationen, die sich speziell mit China beschäftigen, das Thema erfassen und welche Punkte in den Publikationen besonders herausgestellt werden.

Es soll sich dabei aber nicht um eine bloße Aufzählung von Themengebieten handeln, sondern es soll versucht werden, die Argumente der verschiedenen Autoren noch einmal verkürzt wiederzugeben. Hierzu habe ich die Argumente in die drei Hauptthemen Zivilgesellschaft, Staat und Wirtschaft gegliedert und diesen, zur besseren Nachvollziehbarkeit der verschiedenen Argumente, noch Unterthemen beigefügt.

China Watch ist, wie schon oben erwähnt, eine gemeinsame Initiative des Worldwatch Institutes und dem in Peking ansässigen Global Environmental Institute (GEI)¹⁴, welche regelmäßig Berichte und Artikel zu den Themen Energie, Landwirtschaft, Bevölkerung, Umwelt, Zivilgesellschaft etc. in China veröffentlichen. Die publizierten Artikel sind, eingeteilt nach Themen auf der Homepage des World Watch Institutes¹⁵ zugänglich, wobei für mich vor allem das Thema „Civil Society and Governance“ von Relevanz war und ich dort Artikel ausgewählt habe, die sich sowohl mit dem Thema Partizipation als auch mit dem Thema Umwelt beschäftigen.¹⁶ Bei den Autoren der Artikel handelt es sich um Journalisten und Akademiker, wie z.B. Liu Jianqiang¹⁷, einem Journalisten von China Southern Weekend und Gastprofessor an der Peking University, und Lila Buckley, Assistant Executive Director des Global Environmental Institutes, welche auch als freie Journalistin für New Dimension Radio in Kalifornien sowie als internationale Korrespondentin für China Watch tätig ist.

¹⁴ <http://www.geichina.org/>; bei GEI handelt es sich um eine Umwelt-NGO

¹⁵ <http://www.worldwatch.org/taxonomy/term/53> (link führt direkt zu China Watch und der Artikelsammlung)

¹⁶ die Artikel wurden von mir im Oktober 2007 ausgewählt

¹⁷ 刘鉴强

China Development Brief ist ein unabhängiges Publikationsportal, welches 1996 gegründet wurde und über soziale Entwicklungen und Zivilgesellschaft in China berichtet.¹⁸ Auf der Homepage von China Development Brief finden sich ebenfalls Artikelsammlungen zu verschiedenen Themenbereichen und auch hier habe ich die Sammlung zum Thema Zivilgesellschaft herangezogen, um Artikel zu Partizipation und Umwelt zu finden. Der Zeitraum der Suche beschränkt sich bei beiden Organisationen auf den Monat Oktober des Jahres 2007, d.h. ich habe alle Artikel, die bis zu diesem Zeitpunkt in den Artikelsammlungen vorhanden waren, nach für mein Thema relevanten Artikeln durchsucht.

Viele der von mir herangezogenen Artikel von China Development Brief stammen vom Gründer der Organisation Nick Young, der auch als freier Journalist für The Guardian, The Financial Times etc. und als Berater für verschiedene andere Organisationen, wie Care International und die Ford Foundation, tätig ist. Daneben veröffentlichen viele Journalisten und Akademiker ihre Artikel auf der Homepage der Organisation.

Die Bibliographie der Texte von China Development Brief, China Watch sowie den Texten aus CAJ, welche im nächsten Teil der Arbeit verwendet wurden, findet sich gesammelt am Ende des Literaturverzeichnisses (6.2.1, 6.2.2 und 6.2.3).

4.1.1 Zivilgesellschaft

Kooperation

Ein China Watch- Artikel mit der Überschrift „China Cancels Dam Project Following NGO Resistance“ zeigt, dass zivilgesellschaftliche Partizipation zur Bewahrung einer intakten Natur nur dann von Erfolg gekrönt wird, wenn die verschiedenen Akteure miteinander kooperieren und ihre Arbeit koordinieren. (vgl. China Watch, 2007c; China Development Brief, 2007d/2007f)

Das Damm-Projekt sollte in der Provinz Sichuan am Mugecuo See, welcher sich in einem Gebiet befindet, das hauptsächlich von tibetischen Gemeinschaften bewohnt wird, verwirklicht werden. Da die tibetischen Gemeinschaften eine Zerstörung des spirituellen

¹⁸ Homepage von China Development Brief: <http://www.chinadevelopmentbrief.com/>

Wesens des Sees befürchteten, schrieben sie im Mai 2003 einen Protestbrief an den chinesischen Premier Wen Jiabao. Zur selben Zeit kollaborierten NGOs in Peking mit einigen Wissenschaftlern, welche die Biodiversität des Mugecuo Sees untersuchten und zu dem Schluss kamen, dass der Damm das lokale Ökosystem zerstören würde. Die Forscher konstatierten außerdem, dass das Projekt gegen bestehende Gesetze verstoßen und der Entscheidungsfindungsprozess sowie die Umweltverträglichkeitsprüfung an Transparenz mangeln würden, weshalb sie gemeinsam mit einigen NGOs einen zweiten Protestbrief an den Premier verfassten. Das Projekt wurde tatsächlich im November 2003 aus umweltbedingten Gründen eingestellt. Yun Feng¹⁹, der Autor des Artikels, beschreibt die Einstellung des Mugecuo-Dammprojekts als den ersten, durch gemeinsamen Druck von NGOs, Wissenschaftlern und anderen Gruppen der Zivilbevölkerung auf die Regierung erzielten, Erfolg auf dem Gebiet des Umweltschutzes. Ähnliche Erfolge wurden auch bei anderen Projekten, wie dem Nu River Dam Project²⁰ und dem Yuanmingyuan Lake Bed Project²¹, erzielt. (vgl. China Watch, 2007c)

GONGOs

Während NGOs weltweit existieren, gibt es in China ein Phänomen, welches von Außenstehenden meist sehr skeptisch betrachtet wird, die so genannten GONGOs. GONGO steht für Government Organized Non Government Organization und bildet eigentlich schon einen Widerspruch in sich selbst. Es handelt sich also um von der Regierung organisierte Nichtregierungsorganisationen, die oftmals als Mittler zwischen Regierung und Zivilgesellschaft beschrieben werden.

Die Aufgabe von GONGOs hat sich im Laufe der Zeit verändert. Vor der Reform und Öffnung Ende der siebziger Jahre dienten sie als Massenorganisationen (z.B. der Frauenverband und die Chinese People's Association for Friendship with Foreign Countries), danach wandelten sie sich in den achtziger und neunziger Jahren immer mehr zu Organisationen, die mit der Verteilung von Geldern an öffentliche Wohlfahrtsprogramme bzw. heute NGOs etc. betraut wurden. Daneben erfüllen sie manchmal eine wichtige Aufgabe in

¹⁹ freier Journalist in Peking

²⁰ Nu River Dam Project: ein Wasserkraftwerksprojekt dessen UVP sowie Auswirkungen auf die Bewohner umstritten ist – ca. 50.000 Menschen müssten umgesiedelt werden; mehr Infos siehe: <http://www.worldwatch.org/node/141> (15.09.2008)

²¹ Yuanmingyuan Lake Bed Project: ein im pekinger Yuanmingyuan-Park gelegener See wurde mit Plastikplanen ausgelegt um seine Vertrocknung zu verhindern – diese Vorgehensweise ist bei Umweltspezialisten auf großen Widerstand gestoßen, da sie ihrer Meinung nach das Ökosystem nachhaltig schädigen könnte. Mehr Infos siehe: <http://www.china.org.cn/english/2005/Apr/125831.htm> (15.09.2008)

der Vermittlung neuer politischer Richtlinien und arbeiten heute immer mehr mit Wissenschaftlern und NGOs zusammen. (vgl. China Development Brief, 2007e)

Der Autor eines Artikels zum Thema GONGOs äußert zudem den Verdacht, dass die politische Führung Chinas wegen der immer stärkeren Partizipation von NGOs und sonstigen Gruppen an internationalen Konferenzen etc. befürchtet, ihr Repräsentationsmonopol auf der internationalen Bühne langsam aber sicher zu verlieren und deshalb GONGOs ins Rennen schickt, um nicht ganz aus dem Geschehen verdrängt zu werden. Andere Beobachter gehen davon aus, dass durch das Bestehen von GONGOs unabhängige Initiativen der Zivilbevölkerung unterdrückt bzw. kooptiert werden. (vgl. China Development Brief, 2007e)

Funding, Transparenz und Verantwortlichkeit

Ein weiteres Problem für NGOs (in Unterscheidung zu GONGOs) und andere Gruppen stellt der äußerst lange und finanziell aufwändige, rechtliche Genehmigungsprozess dar. Ohne offizielle Registrierung ist es den Organisationen nicht erlaubt, Fundraising zu betreiben, was 2005 zur Verhaftung des Gründers von Green Watch, Tan Kai ²², geführt hat. Fundraising stellt sich aber auch nach Genehmigung durch die Regierung nicht unbedingt einfacher dar, da sämtliche Anreize, wie z.B. Steuererleichterungen etc., in China noch nicht Einzug gehalten haben. (vgl. China Watch, 2005c)

War gerade die Rede davon, dass sich die Finanzierung zivilgesellschaftlicher Organisationen meist eher schwierig darstellt, so gibt es aber ebenfalls zahlreiche Probleme im internen Management von Organisationen. Problembereiche sind vor allem ein Mangel an Transparenz, unattraktive Projekte und ein unprofessionelles Management. (vgl. China Development Brief, 2007b/2007c)

Während also das chinesische Ministerium für zivile Angelegenheiten sich nun an NGOs und andere wohltätige Organisationen wendet und diese auffordert, ihre Arbeit transparenter und effizienter zu gestalten, um das Vertrauen der Spender zu stärken, versuchen multinationale Kooperationen und Managementberater, den Organisationen eine mehr unternehmerische

²² 谭凯 (Tan Kai) ist eigentlich Computer-Techniker und gründete 2005, in Folge der Proteste gegen Verschmutzungen verursacht von einer chemischen Fabrik in Huaxi, die informelle Umweltgruppe Green Watch (lüse guan cha, 绿色观察); er wurde am 19. Oktober 2005 verhaftet, nachdem er ein Bankkonto zu Verwaltung von Einnahmen für die Arbeit von Green Watch eröffnet hatte; als nicht-registrierte Gruppe war es Green Watch nach chinesischem Gesetz nicht erlaubt Fundraising zu betreiben. (vgl. Ho, 2007: S. 197)

Arbeitsweise beizubringen. Dies ist der Meinung zweier Autoren nach nötig, da eine immer größere Zahl an sozialen Dienstleistungen nicht mehr vom chinesischen Staat, sondern von Non-Profit-Organizations (NPOs; fei yingli zuzhi) wahrgenommen und sich dieser Trend in Zukunft noch verstärken wird. Außerdem sind die gut verdienenden, in urbanen Zentren lebenden Schichten der Bevölkerung immer mehr daran interessiert, durch Spenden ihre ärmeren Mitmenschen zu unterstützen. Sie sind aber auf Grund von Veruntreuungsfällen etc. verunsichert und wissen nicht, welchen Organisationen sie vertrauen können. Um das Vertrauen der Spender wiederzugewinnen und das volle Potential des chinesischen Non-Profit-Sektors zu nutzen, bedarf es einer besseren Strukturierung und Organisation in den Bereichen Fundraising, Verbreitung von Information, professionellerem Standard und Verantwortlichkeit. (vgl. China Development Brief, 2007c/2007d)

Das Ministerium für zivile Angelegenheiten (MoCA) gründete im Februar dieses Jahres das China Charity and Donation Information Centre (zhongmin cishan juanzhu xinxi zhongxin), eine NPO, die sich der Sammlung finanzieller und sonstiger Informationen über NGOs widmet. Das Centre verfügt über ein Webportal und einen Newsletter, welche helfen sollen, die gesammelten Informationen leicht zugänglich zu machen und somit für Transparenz sorgen sollen.²³ Weiters hat das MoCA eine Kampagne mit dem Slogan „Everyone can do charity“ (ren ren ke cishan) ins Leben gerufen, welche die Öffentlichkeit zur Partizipation ermutigen soll. (vgl. China Development Brief, 2007c)

Partizipation der chinesischen Bürger

Ein Artikel von China Watch mit dem Titel „China’s Environmental Crisis Catalyzes New Democracy Movement“ beschreibt die zunehmende Teilnahme der Bevölkerung an Aktivitäten und Protesten zum Umweltschutz als Bewegung, welche gleichzeitig auch die Demokratie in China vorantreibt. Der Autor Liu Jianqiang meint in seinem Artikel, dass den einzelnen Bürgern, wenn es um Umweltschutz geht, mehr politischer Freiraum gewährt wird als sonst, da die Regierung Umweltschutz zu einem politischen Kernbereich erklärt hat. Dennoch darf hier nicht automatisch angenommen werden, dass die vermehrten Protestaktionen etc. ein Indikator für eine sich formierende Demokratiebewegung sind. (vgl. China Development Brief, 2007f; China Watch, 2007d)

²³ Webportal des China Charity and Donation Information Centre: www.juanzhu.gov.cn

Eines der Hauptprobleme der Umweltzerstörung in China, so argumentiert einer der Autoren, ist die wirtschaftliche Abhängigkeit der lokalen Regierungen von Unternehmen.

So dominieren wirtschaftliche Aspekte oft den Entscheidungsprozess über die Genehmigung neuer Bauprojekte von Unternehmen und eventuelle Umweltbeeinträchtigungen werden von den zuständigen Behörden einfach ignoriert. (vgl. China Watch, 2007d) Immer öfter aber nehmen Teile der Zivilgesellschaft eine solche Vorgehensweise nicht mehr hin und leisten Widerstand, wie im Falle des oben bereits genannten Mugecuo-Damms. Dazu bedienen sich die durch Bauprojekte Betroffenen vermehrt sämtlicher Medien, insbesondere des Internets, um Druck auf die zuständigen Behörden auszuüben. Nur selten kommt es tatsächlich zu Protestmärschen etc. Für den Autor ist dies ein Zeichen dafür, dass der Öffentlichkeit langsam mehr Freiraum zur Artikulation ihrer Anliegen eingeräumt wird, denn noch in den achtziger Jahren, zum Zeitpunkt der Entscheidung für den Bau des Drei-Schluchten-Staudamms, wären vergleichbare Aktionen von Seiten der Zivilgesellschaft unmöglich gewesen. (vgl. China Development Brief, 2007f; China Watch, 2006a/2007b/2007c/2007d)

Im Artikel wird der Bereich des Umweltschutzes als Übungsfeld für freie Meinungsäußerung und zivilgesellschaftliche Partizipation beschrieben, dies vor allem deshalb, weil er laut Autor politisch nicht so viel Sensibilität besitzt und die politische Führung des Landes den enormen Handlungsbedarf nur schwer bestreiten kann. (vgl. China Development Brief, 2007f; China Watch, 2005a/2007d)

Der Handlungsspielraum für zivilgesellschaftliche Aktivitäten im Umweltschutz hat sich in den letzten Jahren zwar ausgeweitet, jedoch mussten viele Organisationen erst lernen, sich geschickt durch die politische Arena zu manövrieren. Eine der wichtigsten Umweltschutzorganisationen Chinas, Friends of Nature (ziran zhi you), hat sich zu Beginn ihrer Tätigkeit zunächst auf politisch neutrale Aktivitäten wie Umweltbildung und Artenschutz konzentriert. Mittlerweile organisieren Friends of Nature auch Proteste und ziehen Unternehmen für Umweltschutzverstöße zur Verantwortung.

Viele Umweltschutzorganisationen verfolgen zunehmend einen mehr holistischen Ansatzpunkt für ihre Arbeit und versuchen, Umweltschutzaktivitäten in andere Bereiche, wie Minderheiten-, Gender- und Armutsbekämpfungsprogramme, zu integrieren. (vgl. China Watch, 2006a) In der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) ist die Integration von bestimmten Bereichen bei der Durchführung von Entwicklungsprojekten seit Jahren ein wichtiges Thema, so gehören Punkte wie Gender, Nachhaltigkeit und Umweltschutz stets zu den Standardüberlegungen bei der Projektplanung.

Einig sind sich die meisten Autoren über die Wichtigkeit, die Bevölkerung auf bestehende Umweltprobleme aufmerksam zu machen, und wie schon Erfahrungen in der EZA gezeigt haben, trägt die aktive Einbeziehung der Bevölkerung in Aktionen, Projekte etc. am meisten dazu bei. Viele der oben bereits genannten Protestaktionen sind Initiativen, welche unter die Kategorie „bottom-up development“ fallen, indem die Politik von unten, also von der Bevölkerung her, zum Handeln gedrängt wurde.

Die Zivilbevölkerung und ihre Organisationen und Gruppierungen sind aber nicht nur dazu da, den Anstoß für umweltpolitische Maßnahmen zu geben, sondern müssen diese in weiterer Folge auch aktiv umsetzen und den Staat unterstützen, die Umweltpolitik ständig zu verbessern und auszuweiten. Der Staat sollte sich deshalb um eine enge Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, als Sprachrohr der Gesellschaft, bemüht zeigen. Dazu gehört aber auch eine bessere Informationspolitik von Seiten des Staates, z.B. über neue Gesetze etc., denn obwohl große Bauprojekte zwar jetzt im Vorhinein eine Prüfung zum Ausmaß der durch sie entstehenden Umweltbeeinträchtigung (eine UVP) durchlaufen müssen, sind sich viele betroffene Anwohner nicht über ihr Partizipationsrecht und dessen Ausübung im Klaren. (vgl. China Watch, 2005b/2006a/2007e) Wang Jin²⁴, Professor am Environmental and Resource Law Institute der Peking University, zeigt sich allerdings besorgt darüber, dass der SEPA die Mittel fehlen, um genügend Aufklärung im Falle der UVPs (Umweltverträglichkeitsprüfungen) zu leisten. (vgl. China Watch, 2006b)

In einem Interview mit China Watch sieht Wen Bo²⁵, Beijing Representative for the Pacific Environment, das Hauptproblem darin, dass die chinesischen Bürger viel zu wenig auf ihre Umweltrechte pochen und diese notfalls gerichtlich durchsetzen. Wen sieht darin auch den Grund, warum die Regierung weiterhin auf eine möglichst hohe Wachstumsrate der Wirtschaft beharrt. Würde sich die Bevölkerung mehr gegen die von Unternehmen verursachten Umweltschäden und ihre Auswirkungen auf die Gesundheit wehren, dann müsste der Staat handeln und seine wirtschaftliche Entwicklungsstrategie ändern.

²⁴汪劲 (Wang Jin): Professor am Environmental and Resource Law Institute der Peking University und Vorsitzender des All-China Lawyers' Association Environment and Natural Resources Committee; siehe: http://www.pkulaws.com/news/kecheng/teacher_wj.asp (06.06.2008)

²⁵温波 (Wen Bo): Vizedirektor des Chinaprogramms der in Kalifornien ansässigen Pacific Environment Group in Peking, graduierte von der China School of Journalism in Peking und der KDI School of International Policy and Management in Seoul; Gründungsmitglied von China Green Student Forum und früherer Journalist der China Environment News; 2000 Aufbau eines Greenpeace-Büros in Peking, siehe: <http://www.pacificenvironment.org/article.php?id=104> (06.06.2008)

Dieser Meinung ist auch Hu Kanping²⁶, ein Herausgeber der China Green Times, der noch hinzufügt, dass die Regierung sich in der Umweltproblematik zu sehr auf einen reaktiven Ansatz stützt, anstatt zu versuchen, mögliche Umweltschäden bereits im Vorhinein auszuschalten. (vgl. China Watch, 2005a/2007e)

Eine relativ einfache Möglichkeit für die Bevölkerung, sich im täglichen Leben für mehr ökologische Nachhaltigkeit einzusetzen, ist der Kauf von Nahrungsmitteln aus biologischem Anbau. Der Konsum von biologischen Nahrungsmitteln hat ein äußerst großes Wachstumspotential in China, wären da nicht einige Probleme, die es zu überwinden gilt. Zunächst bestehen große Schwierigkeiten bei der Zertifizierung von „Bio-Produkten“.

Das OFCD (Organic Food Development Centre, you ji shipin fazhan zhongxin) ist die einzige Zertifizierungsstelle des Landes. Sie wurde 1994 gegründet und ist von der IFOAM (International Federation of Organic Agriculture Movements) anerkannt. (vgl. Website der OFCD)

Trotz der Bemühungen des OFCD um ausreichend Kontrolle und Vereinheitlichung von Standards sind viele Produkte im Umlauf, die einfach mit einem beliebigen Hinweis auf ihre biologische Herkunft gekennzeichnet wurden, obwohl es sich um ganz normal hergestellte landwirtschaftliche Produkte handelt. Gerne werden auch bestehende Zertifizierungssymbole gefälscht.

Durch Medienberichte über die oben genannten Vorfälle fälschlicher Zertifizierung, heißt es in einem der analysierten Texte, wurde das Misstrauen der Verbraucher geweckt und dadurch kam es wiederum zu einer Schmälerung der eigentlich recht positiven Entwicklungstendenzen, wie ein Anstieg von Einkommen besonders in Großstädten und zunehmendes Interesse an einer gesundheitsbewussten Ernährungsweise.

Ein anderer wichtiger Antriebsfaktor für die Produktion von biologischen Nahrungsmitteln darf aber nicht vergessen werden, nämlich der Weltmarkt für Agrarprodukte, auf dem biologisch hergestellte Produkte sich zunehmender Beliebtheit erfreuen und chinesische Hersteller von Bohnen, Sonnenblumen- und Kürbiskernen etc. bereits jetzt das Potential biologischer Produktion erkannt haben. Da China, so ein Autor, über die wohl

²⁶胡勘平 (Hu Kanping): Herausgeber der China Green Times (中国绿色时报; zhongguo lüse shibao) und Mitglied von Friends of Nature (自然之友; ziran zhi you) einer der wichtigsten ENGOs Chinas;

meistverschmutzten Agrarflächen der Welt verfügt, stellt es leider eine große Herausforderung dar, wahrhaft biologische Produkte herzustellen, andererseits, je früher Schritte in Richtung der Entgiftung dieser Agrarflächen und damit in Richtung biologischer Produktion gesetzt werden, desto besser ist es. (vgl. China Watch, 2007f)

Zivilgesellschaftliche Partizipation am Umweltschutz sieht sich in China einer Vielzahl an Problemfeldern gegenübergestellt. Eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg von Umweltprotesten scheint die gute Vernetzung und Koordination von Umweltschutzorganisationen, Wissenschaft und Medien zu sein, mit deren Hilfe es z.B. im Falle des Mugecuo-Staudamms gelang, die politische Führung zum Einlenken zu bewegen.

Ein Phänomen, welches die Autoren ebenfalls sehr beschäftigt, stellen die GONGOs dar, wobei es sich hier anders als in den von mir in diesem Kapitel vorgestellten Artikeln beschrieben nicht um ein rein chinesisches Konstrukt handelt (siehe Kapitel über Partizipation). Die Befürchtungen, GONGOs könnten unabhängige Initiativen zu sehr einschränken, sind nach den im Kapitel Partizipation vorgestellten Meinungen einiger Autoren angesichts der Tatsache, dass GONGOs in Zukunft ihre finanziellen Mittel zunehmend selbst generieren müssen und viele von ihnen sich im Umwandlungsprozess zu NGOs befinden, ebenfalls unbegründet. Ein weiteres wichtiges Thema für zivilgesellschaftliche Organisationen in China ist die Erlangung eines legalen Status. Die Registrierungsbedingungen sind, wie bereits beschrieben, sehr rigoros, weshalb viele Organisationen illegal agieren bzw. Umwege über die Gründung von Firmen etc. beschreiten, um ihren Tätigkeiten nachzugehen. Hier liegt es maßgeblich am Staat, bessere Bedingungen für die Organisationen zu schaffen, zumal es auch nicht im Sinne der politischen Führung Chinas sein kann, dass sich zunehmend „illegale“ Gruppen formieren, die sich der staatlichen Kontrolle somit ganz entziehen.

Umweltschutz, darüber sind sich die meisten Autoren einig, bildet zunehmend ein „Übungsfeld“ für Partizipation, wenn auch nicht erwartet werden darf, dass dieses vermehrte zivilgesellschaftliche Engagement unweigerlich zu einer zunehmenden Demokratisierung des Landes führt. Die politische Führung Chinas hat zwar erkannt, dass sie auf die Mithilfe der Bevölkerung in Sachen Umweltschutz nicht verzichten kann, dennoch versucht sie, den Umweltschutzsektor so gut wie möglich unter Kontrolle zu halten.

4.1.2 Regierung

In vielen der von mir analysierten Artikel findet sich, wenn auch oft nicht ausdrücklich, ein relativ hohes Maß an Kritik an der chinesischen Regierung. Häufige Kritikpunkte stellen zum einen schlechte staatliche Rahmenbedingungen und zum anderen ein oft auftretender Widerspruch zwischen Ansichten und Handlungsweisen der Zentralregierung und den Lokalregierungen dar. Daneben wird, wie nachfolgend ersichtlich, von Seiten einiger Autoren aber auf positive, wenn auch möglicherweise noch nicht ganz befriedigende, staatliche Maßnahmen hingewiesen.

Schlechte staatliche Rahmenbedingungen

Oftmals wird der chinesischen Regierung von den Autoren vorgehalten, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Umweltschutz schlicht und einfach schlecht sind.

Meist findet sich diese Kritik in Bezug auf die gesetzlichen Zulassungsbestimmungen für NGOs. Der Zulassungsprozess wird als zu lange und zu kostspielig empfunden, was viele Gruppen schon frühzeitig zum Aufgeben bewegt, da diese, solange sie über keine offizielle Zulassung verfügen, auch kein Fundraising betreiben dürfen. (vgl. China Watch, 2005c/2007g) Dies führt uns augenblicklich zu einem anderen Argument, welches die schlechten staatlichen Rahmenbedingungen für NGOs und weitere zivilgesellschaftliche Organisationen betont, nämlich, dass es keinerlei steuerliche Anreize für Spenden an solche Organisationen gibt.

Die Autorin Lila Buckley sieht darin einen Grund dafür, warum der Großteil der Organisationen auch weiterhin von den Zuwendungen ausländischer Geldgeber abhängig sein wird, wobei das Problem besteht, dass diese Kooperationen mit internationalen Gebern limitiert sind und äußerst viel Know-How von Seiten der NGOs brauchen, um überhaupt zustande zu kommen. (vgl. China Watch, 2005c/2007g)

Neben den sehr komplizierten Gesetzen für die Zulassung und Registrierung von NGOs, behindert auch die strenge staatliche Überwachung der Aktivitäten von NGOs deren Arbeit. Lila Buckley meint in ihrem China Watch Artikel über die Verhaftung des Umweltaktivisten Tan Kai in Hangzhou, dass vor allem der Widerspruch zwischen der Zentralregierung, welche allgemein die Aktivität von NGOs ermutigt, und den Lokalregierungen, welche den Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen eher skeptisch gegenüberstehen, die

Entwicklung von NGOs einschränkt. (vgl. China Watch, 2005c; ähnliche Ausführung siehe auch China Watch, 2007e)

Ein weiterer Punkt, der das Argument schlechter staatlicher Rahmenbedingungen für den Umweltschutz zu untermauern versucht, ist, dass die Durchsetzung von Gesetzen und deren Überwachung noch immer sehr schwach ausgeprägt sind. (vgl. China Watch, 2005b/2006b/2007b/2007c/2007h)

Dieses Argument wird meist in Artikeln zum Thema UVP (Umweltverträglichkeitsprüfung) angeführt. So wird die öffentliche Beteiligung im Rahmen von Bürgerbefragungen, öffentlichen Diskussionen, Expertenkonsultierungen etc. oft nicht im vom Gesetz vorgesehenen Maße durchgeführt. (vgl. China Watch, 2006b) Ein anderer Autor führt an, dass der Zugang zu Informationen über die jeweiligen Bauprojekte für die Öffentlichkeit oft sehr schwer ist bzw. sogar blockiert wird sowie die öffentliche Partizipation nur sehr limitiert und nicht repräsentativ ist. (vgl. China Watch, 2005b) Dies kommt vor allem daher, so wird argumentiert, dass viele Bürger über ihr Teilnahmerecht an den UVPs nicht Bescheid wissen und diejenigen, die sich ihres Teilnahmerechts bewusst sind, nicht wissen, wie sie es ausüben können. (vgl. China Watch, 2006b/2007e)

Zugang zu Information

In einem anlässlich des Erlasses einer neuen Regelung zur Freigabe von Informationen (auch oft als „Open Government“ bezeichnet) von Seiten der Regierung (zhengfu xinxi gongkai tiaolie) erschienenen Artikel wird argumentiert, dass es der chinesischen Bevölkerung oftmals an Informationen zu gesellschaftlich wichtigen Themenbereichen fehlt. So garantiert die chinesische Verfassung dem Volk kein Recht auf Information²⁷, sondern legt übermäßigen Wert auf den Schutz von Staatsgeheimnissen. (vgl. China Development Brief, 2007a)

Die neue Regelung zur Freigabe von Informationen sieht vor, dass sämtliche Regierungsebenen Informationen freigeben, die in direktem Zusammenhang mit dem Interesse von Staatsbürgern, zivilgesellschaftlichen Organisationen etc. stehen. Außerdem sind die Zentralregierung sowie die lokale Regierungen aufgerufen, die Öffentlichkeit

²⁷ Kapitel 2 der Chinesischen Verfassung von 1982 enthält die grundlegenden Rechte und Pflichten der chinesischen Staatsbürger, unter anderem das Recht auf freie Meinungsäußerung und Pressefreiheit (Artikel 35), es findet sich jedoch kein Artikel zu einer etwaigen Informationspflicht von Seiten des chinesischen Staates.

angemessen über Änderungen in Bereichen wie der Familienplanung, öffentlichen Dienstleistungen, Umsiedlungen und deren Kompensation, Verwendung von Land etc. zu informieren. (vgl. Regulations of the People's Republic of China on Open Government Information: Art. 10, S. 3)

Allgemein werden diese neuen Regelungen zur Informationsfreigabe als Meilenstein auf dem Weg zu einem transparenteren Staat gesehen, denn damit ist die Regierung gesetzlich verpflichtet, Informationen, welche die Allgemeinheit betreffen, frei zu geben und falls notwendig, kann diese Verpflichtung vor Gericht eingefordert werden. (vgl. Regulations of the People's Republic of China on Open Government Information: Art. 33, S. 8)

Ein weiterer für diese Arbeit interessanter Punkt ist der, dass mit Hilfe der neuen Regelung die Bevölkerung die Möglichkeit hat, den Staat und seine sämtlichen Organe sowie deren Arbeit von außen zu überwachen und somit korrupte Machenschaften von Beamten wesentlich schwieriger gemacht werden. (vgl. China Development Brief, 2007a)

Wie der Autor des Artikels anmerkt, sind viele chinesische Lokalitäten in punkto Transparenz der Zentralregierung um einige Schritte voraus. Zu den fortschrittlichsten Lokalregierungen auf dem Gebiet des Informationsflusses zwischen Regierung und Bevölkerung gehört die Stadt Shanghai, denn dort wurden seit 2003 bereits eine eigene unabhängige Website und ein Komitee mit dieser Aufgabe betraut.

Allerdings stellt sich die Frage, inwiefern sensible Informationen nicht auch in Zukunft von den Regierungsbehörden zurückgehalten werden. Viele Journalisten sehen sich laut Artikel in ihrem Zugang zu Informationen nun aber rechtlich gestärkt. (vgl. China Development Brief, 2007a)

Angeichts des Mangels an genauen Richtlinien für Informationen, die tatsächlich der Geheimhaltung durch den Staat bedürfen, erscheinen viele geäußerte Befürchtungen als gerechtfertigt. Letztendlich liegt die Entscheidung darüber, welche Inhalte veröffentlicht bzw. nicht veröffentlicht werden, doch wieder bei der zuständigen Regierungsbehörde.

Eine wichtige Rolle bei der Durchsetzung der Regelung zur Freigabe von Informationen durch die Regierung wird auf jeden Fall der Zivilgesellschaft selbst zukommen.

Indem Rechtsanwälte, Forscher, Medien und die Bevölkerung auf ihr Recht pochen und sich trauen, dieses gerichtlich durchzusetzen, wird auch die Regierung gezwungen, transparenter zu werden. Dazu bedarf es aber der aktiven Teilnahme der Menschen an entsprechenden Aktivitäten. (vgl. China Development Brief, 2007a)

Umweltschutzaktivitäten können nur dann erfolgreich sein, wenn sich möglichst breite Schichten der Zivilgesellschaft daran beteiligen, dazu muss aber sichergestellt werden, dass Menschen, egal welchen Bildungsstand sie haben, genügend Informationen zur Hand bzw. die Möglichkeit und den Willen haben, sich nötiges Wissen anzueignen.

Die Bevölkerung muss auf die herrschenden Umweltprobleme aufmerksam gemacht werden, wobei die Geheimhaltung von Umweltkatastrophen etc. durch die Regierung sicherlich nicht dazu beitragen. Dies ist genau der Punkt, weshalb die Freigabe von Information auch für das Thema der Partizipation der Zivilgesellschaft am Umweltschutz so wichtig ist.

Wenige Wochen nach Erlass der Regelung zur Freigabe von Informationen seitens der Regierung hat auch die SEPA ihre eigenen Richtlinien dazu bekannt gegeben (huanjing xinxi gongkai banfa, shixing)²⁸. Diese richten sich nicht nur an Regierungen, sondern fordern auch Unternehmen, die Abfallstoffe produzieren, auf, umweltrelevante Informationen zu veröffentlichen. (vgl. China Development Brief, 2007a)

Ein weiterer Kritikpunkt stellt der Mangel an unabhängigen Medien dar. So würden auch Artikel über Umweltkatastrophen, die den Verursacher (meist eben Unternehmen) namentlich erwähnen, die Menschen aufmerksam machen und vielleicht, z.B. durch Boykott des Kaufes von Produkten der verantwortlichen Firma etc., zur Implementierung umweltfreundlicherer Produktionstechnologien oder zu anderem führen. (vgl. China Development Brief, 2007a; China Watch, 2007b)

Informationen zur alltäglichen Praxis von Umweltschutz

Ein Artikel von China Watch widmet sich der Vorstellung eines neuen Energiespar-Ratgebers, der vom chinesischen Ministerium für Wissenschaft und Technologie (MOST = Ministry of Science and Technology) zusammengestellt wurde.

Die Idee dahinter ist eine sehr einfache. Der Ratgeber soll der Bevölkerung Möglichkeiten vor Augen führen, wie man im täglichen Leben Energie einsparen kann. Es geht hier nicht darum, großartige Änderungen im Alltagsleben der Chinesen zu verfolgen, sondern die Menschen

²⁸ Regelung zur Freigabe von Informationen der SEPA siehe:
http://www.mep.gov.cn/info/gw/juling/200704/t20070420_102967.htm (02.07.2008)

darauf hinzuweisen, dass man schon durch kleine Verhaltensänderungen, wie z.B. dem Kauf von energieeffizienteren Glühlampen bzw. der Benutzung öffentlicher Transportmittel, einen Beitrag zum Umweltschutz und zur Verbesserung des eigenen Lebensumfeldes leisten kann. Hingewiesen wird außerdem auf den Multiplikationseffekt, den solche kleinen Änderungen im eigenen Verbraucherverhalten angesichts der Größe der chinesischen Bevölkerung haben können. (vgl. China Watch, 2007a)

Der Ratgeber ist Teil einer von Chinas nationaler Kommission für Entwicklung und Reform sowie 16 anderen Regierungsabteilungen ins Leben gerufener, nationalen Energiespar-Kampagne. (vgl. China Watch, 2007a)

Finanzierung

Zur Finanzierung und Durchführung all dieser Aktionen der chinesischen Regierung braucht diese aber genügend Ressourcen auch von ausländischen Organisationen. Wie ein Artikel von China Development Brief zeigt, hat die EU erst kürzlich ca. EUR 8 Mio. dem United Nations Development Program in China zur Durchführung eines „Governance for Equitable Development“-Programmes zur Verfügung gestellt. 40 % davon sollen Projekten des Ministeriums für zivile Angelegenheiten (MoCA) zur Unterstützung der Zivilgesellschaft zukommen. Ziel einiger dieser Projekte wird es sein, landesweit lokale Beamte, die für die Einführung neuer gesetzlicher Regelungen zu Registrierung und Management von sozialen Organisationen zuständig sind, ausreichend zu schulen. Laut Ministerium sollen auch Foren zur Diskussion aktueller Themen zwischen Regierung und zivilgesellschaftlichen Organisationen geschaffen werden, um die Verständigung zwischen Staat und Zivilgesellschaft zu fördern.

Die anderen 60 % der von der EU zur Verfügung gestellten Summe sollen der Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen dienen und gehen demnach an das Komitee für legislative Angelegenheiten des NPC (National People's Congress) und den Obersten Gerichtshof. Die Mittel für das Komitee für legislative Angelegenheiten des NPC werden vorwiegend für die Verbesserung der Einbeziehung der Öffentlichkeit in den Prozess von Gesetzesentwürfen verwendet. Der Oberste Gerichtshof wird den verbleibenden Teil der Mittel zur Verbesserung des Systems der Entschädigungszahlungen für Opfer von Umweltstraftaten zur Verfügung stellen. (vgl. China Development Brief, 2007d)

4.1.3 Wirtschaft

CSR

Private Unternehmen spielen nicht nur, indem sie selbst auf saubere Produktion etc. achten, eine wichtige Rolle im Umweltschutz, sie sind auch wichtige Geldgeber und Unterstützer zivilgesellschaftlicher Organisationen, die sich dem Umweltschutz widmen.

Viele internationale Unternehmen verfügen heute über ein CSR-System (CSR = Corporate Social Responsibility), welches sich wie folgt beschreiben lässt:

CSR ist „...die ökonomisch nachhaltige und sozialverantwortliche Ausrichtung eines Unternehmens – und zwar mit dem Ziel, die Zerstörung der Umwelt zu verhindern, nützliche und gesunde Produkte zu produzieren, mit Mitarbeitern und Gemeinden einen fairen Umgang zu pflegen und das mächtige unternehmerische Einflusspotential nicht nur zur Förderung des eigenen finanziellen Gewinns, sondern auch des gesellschaftlichen Wohls zu nutzen.“

(Assadourian, 2006: S. 287)

Hier muss allerdings angemerkt werden, dass nicht alle Unternehmen, die offiziell über ein CSR-System verfügen, auch sämtliche in der Definition genannten Punkte wirklich verfolgen. Oftmals dient CSR den Unternehmen lediglich als Imagepolitik nach außen, tatsächlich beschränken sich die Taten aber auf ein Minimum.

Die 2005 erschienene, vierjährige Internationale Millenium-Ökosystemstudie (Millenium Ecosystem Assessment) stellte klar, dass Mensch und Industrie unseren Planeten dermaßen belasten, dass unsere Ökosysteme wohl nicht mehr in der Lage sein werden, auch zukünftige Generationen zu unterhalten. Deshalb muss privaten Unternehmen klar werden, dass die aus der Zerstörung der Umwelt hervorgehenden Risiken und Kosten auch sie treffen werden und eine unternehmerische Strategie der reinen Gewinnmaximierung eindeutig zu kurz greift.

Eine relativ traurige Bilanz zeigt allerdings, dass die CSR-Bemühungen vieler transnationaler Unternehmen eher von halbherziger Natur sind und vorwiegend auf die Verbesserung des eigenen Images abzielen. (vgl. Assadourian, 2006: S. 286/287)

Neben der Verbesserung des eigenen Rufes werden von den Verfechtern der CSR unternehmerische Vorteile wie der Aufbau neuer Geschäftsmöglichkeiten, die Abwehr regulativer Risiken, die Verringerung von Klagerisiken und der Aufbau von Wettbewerbsvorteilen genannt. CSR beinhaltet also nicht nur rein wohltäterische Motive, sondern ist auch aus geschäftlicher Sicht als sinnvoll zu bewerten. (vgl. Milke, S. 14)

In China, so schreibt ein Autor, sind CSR-Strategien in den Unternehmen zwar nicht derartig verbreitet wie im Westen, jedoch gibt es Versuche, dies in Zukunft zu ändern. Da es in China keine öffentliche Stelle gibt, an die sich zivilgesellschaftliche Organisationen wie NGOs zur Finanzierung von Projekten wenden können, und das chinesische Steuersystem keinerlei Anreize für Spenden vorsieht, sind diese Organisationen auf andere Quellen angewiesen. Geldgeber müssen dadurch oftmals im Ausland gesucht werden, z.B. ausländische Regierungen und Organisationen, wozu kleineren chinesischen Organisationen jedoch meist das nötige Know-how fehlt. Leichter wäre es für kleinere zivilgesellschaftliche Organisationen, an nationale private Unternehmen herantreten zu können, um die Finanzierung von Projekten zu gewährleisten, aber auch dabei tun sich meist Barrieren auf. Im Artikel der China Watch wird vor allem die Unterschiedlichkeit der CSR-Strategien verschiedener Unternehmen hervor gestrichen und so fällt es NGOs oft schwer, den richtigen Ansprechpartner ausfindig zu machen bzw. die richtige Strategie der Herangehensweise an ein spezifisches Unternehmen auszumachen. (vgl. China Watch, 2007g)

Hat es eine Organisation tatsächlich geschafft, ein Unternehmen als Geldgeber zu gewinnen, tauchen Probleme ganz anderer Art auf. Unflexible, begrenzte Zeitrahmen seitens der Firmen machen es den Organisationen schwer, die Finanzierung von langfristigen Projekten zu sichern. Oft treten Unternehmen nicht als direkte Geldgeber auf, sondern unterstützen zivilgesellschaftliche Organisationen durch die Bereitstellung von Waren und/oder Dienstleistungen. Hierbei musste von einigen betroffenen NGOs festgestellt werden, dass die angebotenen Dienstleistungen bzw. Waren nicht der Qualität entsprachen, wie sie zahlende Kunden erwarten können.

Angesichts dieser Probleme tun zivilgesellschaftliche Organisationen laut Artikel gut daran, drei Dinge bei der Suche nach Geldgebern zu beachten: zunächst sollte man die spezifischen Stärken eines Unternehmens analysieren, lokale Partner sind zu bevorzugen und es sollten Unternehmen mit langfristigen CSR-Strategien sein. (vgl. China Watch, 2007g)

4.1.4 Partizipation und Zivilgesellschaft

Obwohl der Begriff Zivilgesellschaft (civil society) in den Artikeln oft vorkommt, werden von den Autoren keinerlei Versuche unternommen, diesen zu definieren. Es bleibt also unklar, ob sie dem Begriff eine im Westen gängige Definition zugrunde legen oder ihn in einer auf die spezifischen Konditionen Chinas angepassten Form verwenden.

Hinweise finden sich nur darauf, dass der Begriff Zivilgesellschaft in Zusammenhang mit der Schaffung einer harmonischen Gesellschaft in China steht, aber auch dazu gibt es keine näheren Ausführungen. (vgl. China Watch, 2005c)

Die Wichtigkeit der Stärkung einer Zivilgesellschaft in China bleibt von den Autoren unbestritten, auch deshalb, weil einige von ihnen der Ansicht sind, dass soziale Spannungen im Umweltschutzbereich nur so gelindert werden können. (vgl. China Watch, 2005b/2005c/2007e)

Einige der Autoren stimmen in der Ansicht überein, dass der Umweltschutz ein Politikbereich ist, in welchem mehr demokratischer Freiraum herrscht, als dies sonst in China üblich ist. (vgl. China Watch, 2007d; China Development Brief, 2007f) Die Öffentlichkeit kann im Rahmen des Umweltschutzes mehr politisches Engagement, wie das Verfassen von Artikeln zum Thema, die Gründung von Foren, Grassroots-Gruppen etc, zeigen, als in anderen Bereichen möglich ist. So wird Umweltschutz in China, nach Meinung eines der Autoren, immer mehr auch zu einem politischen Experiment. (vgl. China Watch, 2007d)

Welche Ausmaße ein solches „politisches Experiment“ annehmen kann, mag hier dahingestellt bleiben. Phillip Stalley and Dongning Yang meinen in ihrem Artikel auf China Development Brief dazu, es gäbe keine Evidenz dafür, dass die Umweltschutzaktivisten das bestehende politische System unterminieren wollen. Obwohl es innerhalb der Aktivistenszene zwar einige Individuen gibt, die ein solches Ziel vielleicht anstreben, so schreiben die beiden Autoren, sehe ein Großteil der Bewegung ihre Rolle eher in der Bildung und Erziehung einer großen, ignoranten Öffentlichkeit, in der Hoffnung, diese zu einem umweltfreundlicherem Lebensstil bewegen zu können. (vgl. China Development Brief, 2007f) Dieser Zugang zum Umweltschutz wäre dann aber mit den staatlichen Umweltschutzzielen auf einer Linie. Die Umweltbewegung setzt sich laut Stalley und Yang nicht nur aus NGOs zusammen, sondern zunehmend auch aus Leuten innerhalb der Regierung, Medien, Forschungseinrichtungen und

der Wirtschaft. Es treffen hier also Menschen mit den verschiedensten Wertvorstellungen und Visionen aufeinander. (vgl. China Development Brief, 2007f)

„Angst“ und „Gefahr“ scheinen, wenn auch nicht immer ausdrücklich, zwei Schlüsselwörter einiger analysierter Texte zu sein. Zum einen hat die chinesische Regierung „Angst“ vor einer sich formierenden Umweltbewegung, welche mehr und mehr auch politische Ziele verfolgen könnte, zum anderen besteht für NGOs und andere Umweltgruppen ständig die „Gefahr“, vor der Regierung in Ungnade zu fallen, wenn sie die Handlungsweise der Regierung zu stark kritisieren bzw. sich zu sehr politisch engagieren, weshalb sie sich lieber auf politisch unverfänglichem Terrain, wie Bildungsarbeit etc., bewegen.

Umweltschutz, darüber besteht Einigkeit zwischen der chinesischen Führung und den zivilgesellschaftlichen Gruppen, ist eine Notwendigkeit für die erfolgreiche zukünftige Entwicklung Chinas. Die chinesische Führung nimmt aber stets Bedacht auf die Aufrechterhaltung ihres Herrschaftsanspruches, weshalb sie der Formierung einer Zivilgesellschaft nicht einfach freien Lauf lassen kann. Das Monopol der Politiksetzung liegt alleine bei der KPCh. Sie kann zwar in ihrem Ermessen die Interessen der Gesellschaft in Planung und Gesetzgebung einbeziehen, lässt aber keine alternativen politischen Kräfte neben sich bestehen.

Der chinesische Staat befindet sich also in einem Zwiespalt, einerseits ist er im Umweltschutz auf die Unterstützung durch NGOs etc. angewiesen, andererseits können diese, sofern sie politische Agenden verfolgen, den alleinigen Herrschaftsanspruch der KP unterminieren.

4.2 Diskursanalyse – Ebene 2: Chinesische Akademiker

Dieser Teil der Analyse baut auf ausgewählten Texten der Datenbank CAJ (China Academic Journals, s.o.) auf, welche registrierten Nutzern den Zugriff auf Volltexte zahlreicher wissenschaftlicher Zeitschriften Chinas ermöglicht. Als Suchbegriffe habe ich „Partizipation“ (canyu) und „Umweltschutz“ (huanjing baohu) herangezogen, um die Datenbank nach relevanten Texten aus den Jahren 2006 und 2007 zu durchsuchen. Die Fülle an Texten, die ich dazu erhielt, habe ich eingeschränkt, indem ich aus den jeweils ersten 50 Ergebnissen nur die Texte ausgewählt habe, die sich tatsächlich ausschließlich mit Partizipation und Umweltschutz in China in einem geistes- bzw. sozialwissenschaftlichen Kontext beschäftigen und nicht technische oder andere für mich nicht relevante Inhalte behandeln. Es ging mir, wie eingangs schon erwähnt, nicht darum, den Gesamtdiskurs über Umweltschutz und Partizipation in China wiederzugeben, sondern lediglich ansatzweise zu untersuchen, welche Überlegungen verschiedene Autoren zu diesem Thema anstellen.

Bei den Autoren der Texte handelt es sich größtenteils um an Universitäten und anderen wissenschaftlichen Instituten tätige Personen sowie Journalisten. Die Artikel selbst wurden in zahlreichen von Universitäten herausgegebenen Publikationen bzw. wissenschaftlichen Zeitschriften, wie z.B. China Economic Weekly (zhonguo jingji zhoukan), Environmental Education (huanjing jiaoyu), Legal System and Society (fazhidian shehui) etc., veröffentlicht.

Auch bei der Analyse der chinesischen Texte zum Thema Partizipation am Umweltschutz in China habe ich versucht, die Texte nach Themen und Unterthemen zu kategorisieren.

Im Verlauf der Textanalyse wurde sehr schnell klar, dass die Autoren hauptsächlich zwei große Themen beschäftigen, nämlich (1) was kann der Staat tun, um Partizipation voranzutreiben bzw. feste Rahmenbedingungen für diese zu schaffen und (2) welcher Grundlagen bedarf die Öffentlichkeit, um am Umweltschutz überhaupt aktiv teilnehmen zu können. In diese zwei Themen wird meine Analyse sich im Folgenden gliedern, allerdings wird jedes Thema, wie bereits im vorherigen Kapitel, noch Unterthemen beinhalten, um den Argumentationslinien der Autoren besser folgen zu können.

4.2.1 Regierung

Kooperation zwischen Staat und Gesellschaft

Der Umweltschutzsektor, so sind viele Autoren im Westen wie aber auch in China der Meinung, ist ein Bereich, welcher sich von der Partizipation der Öffentlichkeit nicht trennen lässt. (vgl. He Yu, 2007: S. 547; Li Ping/Wang Li-Dong, 2007: S. 46; Zhou Ning, 2006: S. 11) Die Autorin Li Ping²⁹ beschreibt Umweltschutz ohne Partizipation als „Baum ohne Wurzeln“ (wu ben zhi mu), denn sie wäre die Triebkraft der weltweiten Umweltschutzbewegung und außerdem ein wichtiger Indikator für das vorherrschende Umweltbewusstseins eines Landes. Nur wenn die Partizipation einer möglichst breiten Öffentlichkeit zugelassen wird, können sich Regierung und Bevölkerung gegenseitig bewegen, kann ein funktionierendes Informationssystem erstellt und Umweltschutz zu einer allgemeinen und alltäglichen, in der Gesellschaft fest verankerten Gewohnheit werden. Die feste Verankerung von Umweltschutz im Alltag der Menschen kann aber nur durch die Schaffung von Umweltbewusstsein und Umweltbildung gewährleistet werden. (vgl. Li Ping/Wang Li-Dong, 2007: S. 46)

Kooperation zwischen Staat und Gesellschaft ist auch deshalb im Umweltschutz eine Notwendigkeit, weil es dem Staat nicht möglich ist, alle dazu nötigen Maßnahmen alleine durchzuführen. Es bedarf der Mithilfe der gesamten Bevölkerung, um wirklich Erfolge zu erzielen. (vgl. Xuan Zhao-kai, 2006, S. 14; Zhou Ning, 2006: S. 11) Besonders in einer wirtschaftlichen Umbruchphase, in der sich China gerade befindet, ist es der Regierung nicht möglich, ausreichend soziale Dienstleistungen in sämtlichen Bereichen anzubieten und so ist sie laut Meinung eines Autors auf die Kraft und den Einsatz der Öffentlichkeit angewiesen. Dies gilt auch für den Bereich des Umweltschutzes, wozu die Öffentlichkeit aber der entsprechenden Rahmenbedingungen für die Entfaltung ihrer Aktivitäten bedarf. Lässt man Partizipation an politischen Diskussionen zu, so meint der Autor, dann lässt sich auch die Qualität der politischen Maßnahmen steigern und die Interessen des Volkes können verstärkt wahrgenommen und geschützt werden, was der politischen Führung wiederum die Sympathie

²⁹ 李平 (Li Ping): zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Artikels Postgraduate der Rechtsabteilung der Shenyang Shifan Daxue, Provinz Liaoning.

des Volkes sichert. (vgl. Zhou Ning, 2006: S. 11) Der Staat selbst kann nur für die Rahmenbedingungen im Umweltschutz sorgen, es bedarf darüber hinaus aber anderer Akteure aus sämtlichen Bereichen der Gesellschaft, welche Umweltschutz in die Tat umsetzen und auch bei der Kontrolle und Überwachung behilflich sind. (vgl. Ma Li-ying, 2006: S.6; Xuan Zhao-kai, 2006: S. 14; Zeng Heng, 2007: S. 43) Ein weiterer Kritikpunkt richtet sich auf das Nicht-Vorhandensein eines Governance-Systems, welches im Falle des Umweltschutzes mit der Öffentlichkeit kooperieren könnte.

Dazu kommt, dass der Staat sich mehr um Punkte wie die Kosten von Umweltverschmutzung und Strafen kümmert, als um Partizipation und die Organisation von Umweltschutz, welche die Öffentlichkeit einen Teil der Verantwortung mittragen lassen würde. (vgl. Chen Ye-Lan, 2006: S. 99)

Mehr Partizipation am Umweltschutz leitet möglicherweise auch einen entscheidenden Wendepunkt für die öffentliche Teilhabe an der Politik im Allgemeinen ein. Die Umwelt stellt ein öffentliches Gut dar und steht somit in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Wohlergehen aller Mitglieder der chinesischen Gesellschaft. Der Umweltbereich hat also einen sehr allgemeinen Charakter, weshalb er sich sehr gut als Übungsfeld für öffentliche Partizipation eignet. Geht man der Argumentation eines Autors nach, so wird mit zunehmender Partizipation der Öffentlichkeit am Umweltschutz das Spektrum der Aktivitäten erweitert und Schritt für Schritt auch mit politischen Inhalten gefüllt, d.h. Umweltschutz wird zu einem Übungsfeld für politische Partizipation, welches schließlich auch den demokratischen Sozialismus in China vorantreibt. Diese Entwicklung könnte am Ende dazu führen, die Regierung als alleinigen „Macher der Politik“ zu Gunsten einer, das Volk einbeziehenden, Politik abzulösen, welche eine gesunde Zivilgesellschaft hervorbringen würde. (vgl. Ma Li-ying, 2006: S. 7)

Viele Menschen in China sind noch immer der Meinung, dass der Umweltschutz eine Sache ist, um die sich hauptsächlich der Staat bzw. die Regierung zu kümmern hat. Diese Ansicht rührt daher, dass das chinesische Regierungs- und Wirtschaftssystem jahrzehntelang die Verantwortung für sämtliche politische und soziale Bereiche für sich ganz alleine beanspruchte (da bao da lan) und kein Engagement von Seiten des Volkes her zuließ. Dies ist der Grund dafür, dass die Leute es nicht gewohnt sind, selbst für ein bestimmtes Anliegen Initiative zu ergreifen und alles schlichtweg der Regierung überlassen. Das chinesische Volk wurde somit zu Passivität erzogen, welche in breiten Teilen der Bevölkerung auch heute noch

fortwirkt. (vgl. He Yu, 2007: S. 547; Xuan Zhao-kai, 2006: S. 12; Zhao Jun/ Shang Qing-yu, 2006: S. 33f)

Gesetzgebung

Ein Großteil der Autoren stimmt überein, dass die Grundlage für eine aktive Partizipation in der Schaffung eines umfassenden Systems von Gesetzen liegt, welche genau festlegen, welche Rechte und Pflichten den Partizipierenden zuteil werden, aber auch detaillierte Regelungen dafür enthalten, wie teilgenommen werden kann. (vgl. Chen Ye-lan, 2006: S. 98; Zeng Heng, 2007: S. 43; Zeng Li-xuan/Zhang Qiu-yun, 2006: S. 94) Genau hierin liegt aber auch schon der erste und sehr häufig genannte Kritikpunkt vieler Autoren der Regierung gegenüber. Obwohl es zwar im chinesischen Umweltschutzgesetz (Art. 6) heißt, dass jede Einheit und jedes Individuum die Pflicht hat, die Umwelt zu schützen und gegen Einheiten und Individuen, welche die Umwelt verschmutzen, gesetzliche Maßnahmen ergreifen kann, so gibt dieser Artikel keine Auskunft darüber, wie dies im Konkreten geschehen soll. Seit dem Erlass des Umweltschutzgesetzes sind natürlich auch noch andere, auf spezifische Teilgebiete des Umweltschutzes ausgerichtete, Gesetze (z.B. UVP-Gesetz) erarbeitet worden, aber auch diesen fehlt es an konkreten Regelungen darüber, wie partizipiert werden kann. (vgl. Chen Ye-lan, 2006: S. 99; Zeng Heng, 2007: S. 43)

Das UVP-Gesetz ist wohl das wichtigste Gesetz im Zusammenhang mit Partizipation am Umweltschutz und wird deshalb meist von den Autoren als Beispiel für die Unzulänglichkeiten der gesetzlichen Ausführungen von Umweltgesetzen herangezogen.

Der Meinung einiger Autoren nach wird im Gesetz nicht geregelt, wie die Partizipation vonstatten gehen soll, wer die Durchführung überwacht etc. Es geht darum, die Verantwortlichkeiten genau festzulegen, sodass immer klar ist, was zu welchem Zeitpunkt genau getan werden muss und welche rechtlichen Konsequenzen aus der Unterlassung folgen. Es muss also ein System erarbeitet werden, welches alle Details der Partizipation der Öffentlichkeit an der UVP regelt und die Arbeit der exekutierenden Verwaltungsbehörden überwacht. (vgl. Chen Ye-lan, 2006: S. 99; He Yu, 2007: S. 548; Zeng Heng, 2007: S. 63f)

Ein anderer Autor sieht das maßgebliche Problem der chinesischen Umweltschutzgesetzgebung darin, dass Teile davon bereits aus den 80er und frühen 90er Jahren des letzten Jahrhunderts stammen, als die Planwirtschaft noch dominierte. Er erklärt die Mängel an Details, z.B. für Partizipation etc., damit, dass die Gesetze den geänderten Rahmenbedingungen einer sozialistischen Marktwirtschaft einfach nicht genügen würden. Viele Gesetze sind seiner Meinung nach nicht nur ungenau, sondern auch abstrakt und Verantwortlichkeiten würden nicht genau zugeordnet werden, sodass sich keine Behörde richtig zuständig fühlt. (vgl. Li Ping/Wang Li-dong, 2007: S. 44)

Darüber hinaus bestimmen einige Gesetze lediglich, was im Falle eines bereits entstandenen Umweltschadens zu tun ist, legen aber keine Präventionsmaßnahmen fest, um solche Schäden erst gar nicht passieren zu lassen. (vgl. Xuan Zhao-kai, 2006: S. 12)

Umweltverschmutzung und die Zerstörung des ökologischen Gleichgewichts betreffen nicht Einzelpersonen alleine, sondern die Bewohner ganzer Regionen bzw. der ganzen Welt und deren Nachfolgenerationen. Deshalb kann man für das Thema Gesetzgebung festhalten, dass es sich beim Umweltrecht sicherlich um ein aufblühendes Rechtsgebiet handelt, welches sich auf das gesellschaftliche Gemeinwohl richten und somit gesellschaftliche Interessen und Rechte schützen sollte. (vgl. Li Ping/Wang Li-dong, 2007: S.46)

Lokalregierung vs. Zentralregierung

Wie aus den oben beschriebenen Argumenten hervorgeht, ist eine wichtige Aufgabe der Regierung in Sachen Umweltschutz die Ausarbeitung einer möglichst umfassenden und detaillierten Umweltgesetzgebung, welche sämtliche gesellschaftliche Interessen wahrnimmt und schützt.

In diesem Kontext ist es außerdem von Bedeutung, wie die Autoren Wang Feng und Lei Xiao-yu³⁰ meinen, dass Lokalregierungen Gesetze und Regelungen nach ihren spezifischen Bedürfnissen ausbauen und anwenden können. (vgl. Wang Feng/Li Xiao-yu, 2006: S. 40) Dabei besteht aber wiederum die Gefahr, dass es, wie z.B. im Falle des Wassers, zu einer ganzen Reihe von verschiedenen Gesetzen kommt (hier gibt es ein „Wassergesetz“, ein

³⁰ 王风 (Wang Feng), 雷小毓 (Lei Xiao-yu): Institut für Wirtschaft der Xibei Daxue, Xi'an, Provinz Shaanxi.

Gesetz zur Prävention von Wasserverschmutzung und ein Wasser- und Bodenschutzgesetz)³¹, welche widersprüchlich ausgelegt werden können. (vgl. Li Ping/Wang Li-dong, 2007: S. 44) Lokale Regierungen befinden sich meist im Widerspruch zwischen der Erreichung einer guten Umweltleistungsbilanz und der erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Region. Erlassen sie zu strenge Umweltauflagen, werden ihre Einnahmen aber möglicherweise geschmälert, indem Unternehmen es bevorzugen, in andere Regionen mit weniger Umweltauflagen abzuwandern und dort ihre Steuern abzuliefern. Solange so ein Widerspruch existiert, so meint einer der Autoren, wird der Umweltschutz immer nachrangig neben der wirtschaftlichen Entwicklung sein. Weiters werden Unternehmen und lokale Beamte zu gegenseitigen Nutznießern, indem Beamte nicht so streng mit den Umweltauflagen sind und den Unternehmen so keinen Grund geben, abzuwandern, sondern sie möglicherweise sogar zur Erweiterung der Produktion anregen. Das Umweltschutzsystem kann nicht funktionieren, solange der Nutzen für Lokalbeamte durch Vernachlässigung der Umweltschutzauflagen größer ist als bei deren Einhaltung und strengen Verfolgung. (vgl. Zheng Fang-hu/Li Wen-bin, 2007: S. 103f)

Information und Medien

Information und Wissen spielen eine wichtige Rolle im Umweltschutz. Weite Teile der chinesischen Bevölkerung wissen immer noch sehr wenig über die Umweltsituation ihres Landes und noch weniger darüber, wie sie die Umwelt schützen können. Dies liegt, so kann man einem der analysierten Texte entnehmen, maßgeblich daran, dass die Informationspolitik der chinesischen Regierung bisher eine sehr eingeschränkte war und viele Informationen einfach blockiert wurden, weshalb sich ein Informationsungleichgewicht zwischen Staat und Bevölkerung breit gemacht hat. (vgl. Zeng Li-xuan/Zhang Qiu-yun, 2006: S.95)

Die Lösung dafür liegt laut einigen Autoren darin, das Recht auf Information gesetzlich zu verankern. Im Umweltschutz ist dies deshalb so wichtig, weil Information und Wissen auch zur Partizipation der Öffentlichkeit beitragen können. So wäre es auch wichtig, den Massenmedien in ihrer Berichterstattung mehr Freiheiten zu gestatten, denn sie spielen ebenfalls eine bedeutende Rolle als Vermittler von Informationen. (vgl. Jiang Ying, 2006: S. 10) Jemand, der über keinerlei allgemeines Wissen über Umweltschutz und aktuelle

³¹ Chinesisch: shuifa (水法), shui wuran fangzhi fa (水污染防治法), shui tu fangzhi fa (水土防治法)

Informationen über die Situation in seiner eigenen Umgebung verfügt, wird keinen Grund haben, sich aktiv dafür zu engagieren. (vgl. CAJ, 2007a: S. 32; Chen Ye-lan, 2006: S. 99; He Yu, 2007: S. 548; Zeng Li-xuan/Zhang Qiu-yun, 2006: S. 95) In diesem Sinne wurden 2007 die „Regulations of the People’s Republic of China on Open Government Information“ (zhengfu xinxi gongkai tiaolie) ausgearbeitet, welche im Mai 2008 in Kraft getreten sind. Diese sollen laut Autor eines Artikels zum Thema erstens für mehr Kontrolle der Arbeit der Regierung durch die Öffentlichkeit sorgen und zweitens zum besseren Verständnis für öffentliche Angelegenheiten in der Bevölkerung beitragen. (vgl. CAJ 2007a: S. 32) Die Bestimmungen über Open-Government stellen auch eine Grundbedingung für die aktive Teilnahme der Öffentlichkeit an der UVP dar, denn rechtzeitige und umfassende Information wird es den Teilnehmern erleichtern, Sachverhalte besser zu verstehen, eventuelle Folgen abschätzen zu können und daraus resultierend ihre Meinungen und Empfehlungen kund zu tun. (vgl. He Yu, 2007: S. 548)

Marktwirtschaftliche Instrumentarien

In einem Artikel des Journal of Hunan Agricultural University taucht als Kritikpunkt am chinesischen Umweltschutzsystem die schlechte Entwicklung der Anwendung von marktwirtschaftlichen Instrumentarien auf. Chen Ye-lan³², die Autorin des Artikels, geht zwar nicht näher auf diese marktwirtschaftlichen Instrumente ein, es ist aber anzunehmen, dass es sich dabei um Maßnahmen wie den Handel mit Emissionszertifikaten etc. handelt. Dies ist ihr zufolge deshalb notwendig, weil es sich im Falle Chinas um ein Entwicklungsland handelt, welches nur über begrenzte finanzielle Möglichkeiten verfügt und die chinesische Regierung die Kosten für den Umweltschutz somit nicht alleine tragen kann. (vgl. Chen Ye-lan, 2006: S. 99)

Es geht also darum, neben zivilgesellschaftlichen Akteuren auch wirtschaftliche Unternehmen an Bord des Umweltschutzsystems zu holen. Umweltschutz kann nur dann gut funktionieren, wenn das Dreiergespann Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft sich untereinander zu koordinieren, kontrollieren und zu kooperieren weiß. (vgl. Wang Feng/Li Xiao-yu, 2006: S. 41) Der Staat muss natürlich die Grundlagen, z.B. Gesetze, für den Umweltschutz schaffen,

³² Chen Ye-Lan (陈叶兰): Dozentin am Institut für Sozialwissenschaften der Hunan Agricultural University

diese werden aber nie vollkommen sein und deshalb ist er auf andere Akteure angewiesen.
(vgl. Ma Li-ying, 2006: S. 20)

4.2.2 Zivilgesellschaft

In diesem Teil der Textanalyse geht es darum, herauszufinden, was laut Meinung der Autoren nötig ist, um die chinesische Öffentlichkeit zur Partizipation am Umweltschutz zu bewegen. Bildung, die Schaffung von Bewusstsein für die Umwelt und ihre Probleme sowie auch die Ausbildung eines lebhaften Systems von NGOs, Umweltgruppen, Vereinen etc. sind, betrachtet man die Texte, die Hauptfaktoren, die eine Partizipation von Seiten der Zivilgesellschaft vorantreiben und deshalb sollen die Argumente der Autoren zu diesen Themen hier kurz ausgeführt werden.

Bewusstsein und Bildung

Die Schaffung von Bewusstsein und Initiativen in Sachen Bildung sind zwar sicherlich Aufgaben, die vom Staat wahrzunehmen sind, da die Mehrzahl der Autoren sie in ihren Texten allerdings mit der Frage danach, welches Rüstzeug die Öffentlichkeit braucht, um überhaupt partizipieren zu können, verbindet, habe ich Bildung und Bewusstsein dem Thema Zivilgesellschaft beigelegt.

Jian Ying³³, der sich in seinem Artikel mit dem Thema Bildung und Bewusstsein auseinandersetzt, beschreibt Menschen als umweltbewusst, wenn sie aufgrund von Wissen und Information zur Umweltsituation und durch die Kenntnis von gesetzlichen Regelungen den eigenen Wertvorstellungen entsprechend, aus eigener, freier Entscheidung am Umweltschutz partizipieren. (vgl. Jiang Ying, 2006: S. 119) Dieser Autor nimmt Partizipation bereits als Bestandteil des Umweltbewusstseins wahr, andere Autoren hingegen sehen das Bewusstsein für die Umwelt als Vorbedingung für Partizipation. So schreibt Xuan Zhao-Kai³⁴, Professor am Institut für Philosophie und Soziologie der Beijing Shifan Daxue, in seinem Artikel zu Partizipation am Umweltschutz, dass zwei maßgebliche Faktoren, die Menschen zum aktiven Umweltschutz bewegen, einerseits das Bewusstsein für die Umwelt und andererseits der wirtschaftliche Hintergrund bzw. der Lebensstandard der Menschen, sind,

³³ 江莹 (Jiang Ying): Dr. der Soziologie und Mitglied der Forschungsakademie der Universität Nanjing.

³⁴ 宣兆凯 (Xuan Zhao-Kai): Prof. am Institut für Philosophie und Soziologie der Pädagogischen Hochschule Peking (Beijing Shifan Daxue)

wobei auch Alter, Geschlecht, Bildungsgrad, Beruf etc. eine Rolle spielen. Für ihn bedeutet Umweltbewusstsein, dass Personen ein Verständnis für Umweltprobleme entwickeln und sich der Folgen von Umweltverschmutzung bewusst werden. (vgl. Xuan Zhao-kai, 2006: S. 11; ähnliche Ausführung siehe auch Ma Li-ying, 2006: S. 6f; Tan Feng-lan/Jiang Li, 2006: o.S.; Zeng Heng, 2007: S. 43) Xuan Zhao-kai meint weiter, während es sich beim wirtschaftlichen Hintergrund einer Person, welcher natürlich auch die Position dieser in der Gesellschaft beinhaltet, um einen äußeren Motivationsfaktor für Partizipation handelt, so stellt das Umweltbewusstsein einen inneren Beweggrund dar. Die Beweggründe bzw. Motivationsfaktoren für die Teilnahme am Umweltschutz unterteilt er wiederum in drei Ebenen: (1) die Beherrschung von wissenschaftlichen Erkenntnissen zu Vorgängen in der Umwelt, welche auch die Grundlage für das Umweltbewusstsein selbst bildet; (2) die Entwicklung eines moralischen Bewusstseins gegenüber dem Umweltschutz, also Wertvorstellungen über die Beziehung zwischen Mensch und Natur und (3) das Rechtsbewusstsein, welches das Wissen der Menschen über Umweltgesetze und deren Anwendung beinhaltet. (vgl. Xuan Zao-kai, 2006: S. 11f)

Natürlich beeinflussen sich all diese Faktoren gegenseitig. Je nachdem, wie ausgeprägt sie sich beim einzelnen Menschen zeigen, bewegen sie ihn zu einer aktiven Partizipation oder nicht.

Eine Studie der Zhongguo Renmin Daxue ergab 1995, dass obwohl ein Großteil der Menschen in China durchaus anerkennt, dass Umweltschutz eine Sache des Engagements eines jeden Einzelnen ist, gleichzeitig aber das Wissen darüber, wie man die Umwelt in der Praxis wirklich schützen und Gesetze zum Schutze der eigenen Interessen anwenden kann, sehr mangelhaft ist. Diese Studie liegt zwar schon über zehn Jahre zurück, die Ergebnisse wurden im Großen und Ganzen aber von anderen Studien der Jahre 1998 und 2003 bestätigt. (vgl. Xuan Zhao-kai, 2006: S. 12; ähnliche Ergebnisse siehe auch Zeng Heng, 2007: S. 43) Das Umweltbewusstsein zu stärken, so ist sich Xuan sicher, ist nicht besonders schwer, angesichts der zunehmenden Berichterstattung über Umweltprobleme etc. Das größte Problem liegt seiner Meinung nach darin, die Menschen zu tatsächlichen Handlungen zu bewegen, da die meisten von ihnen lediglich nach dem schnellen, individuellen Profit streben. Abhilfe kann ihm nach nur eines schaffen, nämlich die Ausbildung von in der Gesellschaft fest verankerten, moralischen Wertvorstellung gegenüber der Umwelt. (vgl. Xuan Zhao-kai, 2006: S. 12; ähnliche Ausführungen siehe auch Li Ping/Wang Li-dong, 2007: S. 46; Ma Li-ying, 2006: S. 7; Tan Feng-lan/Jiang Li, 2006: o.S.; Wang Feng/Lei, Xiao-yu, 2006: S. 40)

Wie entsteht allerdings eine solche Umweltmoral?

Einige Autoren weisen darauf hin, dass es wichtig ist, den Menschen zu vermitteln, welchen Platz sie im Umweltschutz einnehmen und was sie mit ihren Taten bewirken können.

Die Notwendigkeit des Umweltschutzes haben viele Chinesen bereits erkannt, jetzt geht es darum, dass sie selbst Verantwortung dafür übernehmen. (vgl. Ma Li-ying, 2006: S. 7; Xuan Zhao-kai, 2006: S. 13) Hinzu kommt, dass die Leute auch erkennen müssen, dass sie selbst zwar die Hauptbetroffenen durch die Umweltverschmutzung sind, aber gleichzeitig auch zu den Hauptverursachern gehören, weshalb sie an den eigenen Verhaltensweisen arbeiten müssen. Die Öffentlichkeit muss also in zweierlei Hinsicht wirksam werden, einerseits als Watchdog für Staat und Wirtschaft, andererseits muss sie sich aber auch selbst verändern. (vgl. Xuan Zhao-kai, 2006: S. 14)

Andere Autoren sehen das Hauptproblem ebenfalls darin, dass die Menschen nicht wissen, wie sie partizipieren sollen. Es fehlt der Öffentlichkeit an Wissen über ihre Rechte auf dem Gebiet des Umweltschutzes und wie sie diese durchsetzen kann, zudem sollte sie aber auch die Möglichkeit erhalten, am politischen Geschehen teilnehmen zu können. (vgl. Ma Li-ying, 2006: S. 6f; Wang Feng/Lei Xiao-yu, 2006: S. 40)

Es handelt sich also beim Mangel an Partizipation der Meinung einer Vielzahl an Autoren nach auch um ein Bildungsproblem. Die Umweltproblematik muss zu einem festen Bestandteil der Schulbildung werden und so früh wie möglich, am besten bereits im Kindergarten, Eingang in den Unterricht finden. (vgl. Wang Feng/Lei Xiao-yu, 2006: S. 41) Umweltbildung in der Schule hilft dabei, Umweltkenntnisse zu vermitteln und die Umweltproblematik den Schülern näher zu bringen, eine neue Sichtweise zum Verhältnis zwischen Mensch und Natur zu etablieren, das Umweltschutzbewusstsein schon in frühen Jahren zu stärken und gemeinsame Anstrengungen im Umweltschutz zu fördern. (vgl. Liang Ji-yi/Liang Feng, 2007: S. 6) Umwelterziehung sollte so früh wie möglich beginnen, da sie so am besten Einfluss auf das Bewusstsein und die Ansichten der Heranwachsenden nehmen kann und Umweltschutz dadurch ganz einfach zu einem Teil des Alltags der Kinder und Jugendlichen wird. Laut einem der Autoren ist Umweltschutz in China bereits gut in den Grundschullehrplan integriert und es wurden im Rahmen einer Aktion des chinesischen Unterrichtsministeriums und des staatlichen Umweltschutzamtes sogar so genannte „grüne Schulen“ (lǜse xuexiao) gegründet. (vgl. Zhao Qin-ping, 2006: S. 6f)

Neben der Grundschulbildung muss aber auch das Angebot an höherer Bildung in Sachen Umwelt und Umweltschutz erweitert werden. Dazu müssen vermehrt Studiengänge an

Universitäten, aber auch wissenschaftliche Forschungsinstitute mit dem Schwerpunkt Umwelt, geschaffen werden, wozu entsprechend qualifiziertes Personal notwendig ist.

Eine solche Verankerung von Umweltschutz in Institutionen der höheren Bildung hilft ebenfalls dabei, wissenschaftliche Kenntnisse zum Thema voranzutreiben und auf dem internationalen Wissenschaftsparkett mithalten zu können. Ziel ist es, ein möglichst umfassendes Bildungssystem zu schaffen, wo das Thema Umwelt von der Grundschule an bis in höhere Bildungsanstalten eine Rolle spielt. (vgl. Zhao Qin-Ping, 2006: S. 7)

Schulbildung alleine reicht aber nicht aus, es muss auch jener Teil der Bevölkerung im Rahmen von Umweltbildungsmaßnahmen erreicht werden, welcher sich bereits außerhalb der Reichweite der Schulbildung befindet. Dazu könnten z.B. Museen, Fernsehsendungen, Frauengruppen, Nachbarschaftsverbände etc. einen wichtigen Beitrag leisten. (vgl. Wang Feng/Lei Xiao-yu, 2006: S. 41) Diese Gruppen könnten dabei helfen, die Öffentlichkeit über ihre Rechte im Umweltschutz aufzuklären, denn auch auf diesem Gebiet mangelt es sehr stark an Wissen. (vgl. Chen Ye-lan, 2006: S. 99)

Besonders zu beachten ist im Falle von China die Landbevölkerung, denn in den ländlichen Gebieten herrscht besonders wenig Umweltbewusstsein und auch in Sachen Bildung herrscht hier ein großer Nachholbedarf. Allerdings verlagert sich die Umweltverschmutzung immer mehr in diese weniger entwickelten, ländlichen Gebiete der Volksrepublik. (vgl. Zeng Li-xuan/Zhang Qiu-yun, 2006: S. 94) Da der landwirtschaftlich nutzbare Boden in China knapp ist und die Landwirtschaft selbst meist unter den äußerst niedrigen Einkünften leidet, nimmt die ländliche Bevölkerung jede Chance wahr, ihre Situation zu verbessern, meint einer der Autoren. Die Umweltverschmutzung in der landwirtschaftlichen Produktion hat dadurch dramatische Ausmaße angenommen und gefährdet zunehmend den Lebensraum der ländlichen Bevölkerung. Die Umweltverschmutzung in China leidet demnach unter zwei großen Verschiebungen, zum einen unter einer Verschiebung von der Stadt aufs Land und zum anderen verschiebt sie sich immer mehr von den entwickelten Regionen des Landes in die unterentwickelten. (vgl. Zeng Li-xuan/Zhang Qiu-yun, 2006: S. 94)

Neben Bewusstsein und Bildung schicken die Autoren Tan Feng-lan und Jiang Li³⁵ einen anderen, wie mir persönlich scheint, sehr wichtigen Faktor ins Rennen, nämlich den Anreiz zur Partizipation.

³⁵ 谭风兰(Tan Feng-lan): Dozent am Chengdu Vocational College for Tourism

Sie argumentieren, dass vor allem Leute in weniger entwickelten Gebieten nur dann am Umweltschutz partizipieren, wenn sie einen Anreiz dazu bekommen. „Anreiz“ wird von den meisten Menschen natürlicherweise als etwas Positives verstanden, im Falle dieser Autoren handelt es sich aber um einen negativen Anreiz. Sie meinen, Menschen wären oft nur dann bereit zu Handeln, wenn sie Umweltschäden am eigenen Leibe, sei es nun gesundheitlich oder materiell, zu spüren bekommen. (vgl. Tan Feng-lan/Jiang Li, 2006: o.S.) Kommt es zu großen Umweltkatastrophen, so sind die betroffenen Menschen schnell und gerne bereit, ihr Möglichstes zu tun, um die Schäden zu lindern. Diese Bereitschaft mag noch einige Zeit anhalten, je länger die Katastrophe zurückliegt und je mehr die negativen Auswirkungen zurückgehen, desto mehr verblasst allerdings auch der Wille zur Partizipation. Genau deshalb ist es für Tan Feng-lan und Jiang Li notwendig, Bewusstsein dafür zu schaffen, dass Umweltschutz nicht ein kurzfristiges Unterfangen sein kann, sondern in den Alltag eines jeden Einzelnen integriert werden muss. Die Menschen müssen immer als Kontrollinstanz wirken, an der Prävention von Umweltschäden mitarbeiten und auf Vergehen aufmerksam machen. Umweltbewusstsein bedeutet für die beiden Autoren, Wissen über die Umweltproblematik, die Übernahme von Verantwortung und die Fähigkeit zu handeln. (vgl. Tan Feng-lan/Jiang Li, 2006: o.S.)

NGOs

Neben dem Staat und seinen diversen untergeordneten Behörden und Ämtern können auch NGOs bzw. sämtliche zivilgesellschaftliche Organisationen zur Verbreitung von Wissen und Bewusstsein in der Bevölkerung maßgeblich beitragen und durch Aktionen Anleitung zum aktiven Engagement geben. (vgl. Jiang Ying, 2006: S. 120) NGOs sind in vielen Ländern die treibenden Kräfte für aktive Partizipation der Öffentlichkeit an Umweltschutzaktivitäten aller Art, leider bleiben ihre Tätigkeiten in China bisher meist lediglich auf Bildungsaktivitäten beschränkt. (vgl. Ma Li-ying, 2006: S. 7) Außerdem sehen sich die NGOs mit einer Menge von Problemen bei Zulassung und Finanzierung konfrontiert, weshalb auch ihr Handlungsspielraum relativ eingeschränkt ist. Hier ist die chinesische Regierung aufgerufen, die Registrierungsformalitäten und -bedingungen zu erleichtern. Finanziell könnte man den

姜莉(Jiang Li): außerordentlicher Professor am Chengdu Vocational College for Tourism

NGOs entgegenkommen, indem z.B. Spenden von der Steuer absetzbar gemacht werden. (vgl. Zeng Heng, 2007: S. 43)

Partizipation bedarf Ordnung, um effizient zu sein, am besten kann diese durch das Engagement der Menschen innerhalb von zivilgesellschaftlichen Organisationen erreicht werden. Die Öffentlichkeit, so argumentiert ein Autor, braucht Fürsprecher (dai yan ren), z.B. in Form von NGOs, ohne die eine breite Teilnahme am Umweltschutz sich nicht verwirklichen lässt. (vgl. Chen Ye-lan, 2006: S. 99; Ye Jing, 2007: S. 30)

4.2.3 Partizipation und Zivilgesellschaft

Es kann hier vorweg genommen werden, dass die Aussagen darüber, was Partizipation und Zivilgesellschaft tatsächlich bedeuten, vor allem explizite Definitionsversuche, sehr spärlich waren. Während die Begriffe „Partizipation“ (canyu) und „öffentliche Partizipation“ (gongzhong canyu) von den Autoren ständig gebraucht wurden, kam der Begriff „Zivilgesellschaft“ (shimin shehui) kaum vor. Einen Ersatz für den Begriff „Zivilgesellschaft“ fanden die Autoren im Begriff „Öffentlichkeit“ (gongzhong), der immer dann Verwendung fand, wenn die Rede von der Partizipation nicht-staatlicher Organisationen, der Bürger etc. war.

Definitionen für den Begriff der Öffentlichkeit waren ebenso eher selten, dennoch beschreibt einer der Autoren die Öffentlichkeit im Rahmen des Umweltschutzes als dritte Triebkraft neben Staat und Wirtschaft, welche viel direkter und unabhängiger agieren könne und nicht so sehr von Motiven wie etwa Profit getrieben werde. Die Öffentlichkeit hätte weiters auch die Möglichkeit, die Umweltschutzarbeit des Staates und der Wirtschaft zu überwachen, um gegebenenfalls Druck auf sie auszuüben und die Entwicklung eines demokratischen Sozialismus voranzutreiben. (vgl. Ma Li-ying, 2006: S. 7) Ein anderer Autor beschreibt die Öffentlichkeit als Individuen (private Personen), Unternehmen und NGOs, was mit den landläufigen westlichen Definitionen von Zivilgesellschaft in Einklang steht. (vgl. Wang Feng/Lei Xiao-yu, 2006: S. 38) Auch der Begriff der „Massen“ wird im Sinne von Zivilgesellschaft verwendet, indem er der Regierung und dem Unternehmertum, als den drei Akteuren im Umweltschutz, gegenüber gestellt wird. (vgl. Wang Feng/Lei Xiao-yu, 2006: S. 40)

Genauere Definitionen des Begriffes „Partizipation“ waren ebenfalls nicht all zu häufig anzutreffen. So heißt es in einem der Texte, Partizipation sei das Recht und die Pflicht der Teilnahme der Gesamtgesellschaft, also gesellschaftlicher Gruppen und Einzelpersonen, an einer Bewegung zur Erreichung eines bestimmten Zieles. (vgl. Tan Feng-lan/Jiang Li, 2006: o. S.; Zeng Heng, 2007: S. 43) In einem anderen Text wird eine ähnliche Definition getätigt, indem öffentliche Partizipation als die Art und Weise beschrieben wird, wie jeder seine Rechte und Interessen schützen kann. Partizipation sei für die Weiterentwicklung des Umweltschutzes notwendig und deshalb bedarf es der Schaffung eines Systems, welches den Mitgliedern der Gesellschaft erlaubt, an sämtlichen Prozessen der Politikformulierung, Gesetzgebung, Planung etc. teilzuhaben. (vgl. Wang Hong-chang, 2007: S. 133)

Ein Gedanke, den mehrere der Autoren teilen, ist jener, der Partizipation als Möglichkeit der Politik sieht, dem „Willen des Volkes“ wieder näher zu kommen und diesen aktiv in die Politiksetzung einzubeziehen. (vgl. Ma Li-ying, 2006: S. 7; Tan Feng-lan/Jiang Li, 2006: o.S.; Xuan Zhao-kai, 2006: S.14) Die Autoren Tan und Jiang³⁶ unterscheiden dabei zwischen vier verschiedenen Ebenen von Partizipation. Die erste Ebene bildet sozusagen die Grundlage für die weiteren Ebenen, indem sie durch Bildung und Erziehung auf die Einstellung der Menschen zum Umweltschutz einwirkt und die Vorstellung einer nachhaltigen Entwicklung bzw., wie die Autoren es noch bezeichnen, einer „grünen Sichtweise“ in den Herzen der Menschen verankert. Dies soll dazu führen, dass die Menschen in allen Lebenslagen Bedacht auf den Schutz der Umwelt nehmen. (vgl. Tan Feng-lan/Jiang Li, 2006: o.S.) Bei der zweiten Ebene geht es darum, dass diese positive Einstellung zum Umweltschutz zur Antriebskraft der Massen wird, aktiv am Umweltschutz teilzunehmen. Sie beinhaltet auch die Entwicklung von Umweltschutzorganisationen und –gruppen und soll die demokratische Entwicklung auf dem Umweltschutzsektor vorantreiben. Die dritte Ebene stellt die Anwendung rechtlicher Mittel durch die Öffentlichkeit zum Schutz ihrer Rechte und Interessen dar. Auf der vierten Ebene angekommen, soll es der Öffentlichkeit möglich sein, aktiv an der Gestaltung der Umweltpolitik teilzunehmen. (vgl. Tan Feng-lan/Jiang Li, 2006: o.S.)

³⁶谭风兰(Tan Feng-lan): Dozent am Chengdu Vocational College for Tourism

姜莉(Jiang Li): außerordentlicher Professor am Chengdu Vocational College for Tourism

4.3 Vergleich der beiden Diskursebenen

Vergleicht man die Argumente der Autoren der beiden Diskursebenen miteinander, so wird ersichtlich, dass die Regierung als hauptverantwortlich für die geringe öffentliche Partizipation gesehen wird. Argumentiert wird von beiden Seiten, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen schlecht sind. Nicht nur sind die Gesetze, was konkrete Anleitungen zur Teilnahme am Umweltschutz betrifft, zu wenig detailreich, bis vor einigen Jahren enthielten die meisten Gesetze darüber hinaus keinerlei Bestimmungen zur öffentlichen Partizipation des Volkes.

Der Erlass des UVP-Gesetzes stellte hierbei einen Meilenstein dar, schnell wurde aber auch an diesem Versuch der Einbeziehung der Öffentlichkeit Kritik geübt, als klar wurde, dass die Ausführungen über mögliche praktische Methoden der Partizipation nicht ausreichend sind.

Ein weiterer Punkt, in dem chinesische Akademiker mit den Autoren von China Watch und China Development Brief übereinstimmen, ist jener, der besagt, dass die Durchsetzung und Überwachung der Gesetze in China mangelhaft ist. Dies kommt daher, so die Meinung einiger Autoren, dass ein Widerspruch zwischen den Ansichten und Handlungsweisen der Zentralregierung und den Lokalregierungen besteht. Letztere sind oft abhängig von den Steuereinnahmen, die sie durch Unternehmen in ihrem Verwaltungsgebiet generieren können, und sehen dabei, den Aussagen einiger Autoren nach, gerne einmal über Umweltauflagen hinweg. Zudem folge die chinesische Umweltgesetzgebung zu sehr einem reaktiven Ansatz und weniger einem präventiven, d.h. es wird zwar geregelt, was im Falle von bereits geschehener Umweltverschmutzung zu tun ist, nicht aber, wie man diese von vornherein verhindern kann.

Die Gesetzgebung spielt auch bei der Entwicklung von NGOs und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen eine wichtige Rolle. So sprechen sich einige Autoren dafür aus, die Registrierungsbedingungen für NGOs etwas zu lockern und ihnen durch Steuerabsatzmöglichkeiten für Spenden auf dem Gebiet des Fundraisings, welches sich ohnehin meist schwierig gestaltet, entgegenzukommen.

Das Informationsdefizit über öffentliche Angelegenheiten auf Seiten der Bevölkerung ist ebenfalls ein Sachverhalt, über den Einigkeit herrscht. Beide Seiten legen Hoffnung in die erst kürzlich ausgearbeitete Regelung zur Freigabe von Regierungsinformationen, welche in

direktem Zusammenhang mit den Interessen der Öffentlichkeit stehen. Information wird allgemein als wichtige Voraussetzung für die Teilnahme am Umweltschutz gesehen und dient darüber hinaus als Instrumentarium zur Kontrolle der Arbeit der Regierung durch die Öffentlichkeit. Skeptisch stehen die Autoren jedoch der Frage gegenüber, ob die Regierungsbehörden, die die Entscheidung über die Freigabe von Informationen treffen, ihre Maßstäbe in Zukunft tatsächlich ändern und für mehr staatliche Transparenz sorgen werden. Beim Thema Information spielen die Massenmedien eine bedeutende Rolle und diesen, so sind sich die Autoren einig, sollte mehr Freiheit bei der Berichterstattung gelassen werden, denn auch sie können als Antriebskraft zu mehr Teilnahme am Umweltschutz dienen.

In Sachen Finanzierung von Umweltschutzprogrammen stimmen die Autoren ebenfalls überein und es wird hervorgehoben, dass es sich im Falle Chinas um ein Entwicklungsland handelt, welches selbst nicht über genügend Ressourcen für ein umfassendes Umweltschutzsystem verfügt und deshalb auf Zuwendungen ausländischen Ursprungs, seien es Gelder im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit mit anderen Staaten oder internationalen Organisationen, angewiesen ist.

Darüber hinaus können bei der Finanzierung von Umweltschutzprogrammen marktwirtschaftliche Instrumentarien, wie z.B. der Handel mit Emissionszertifikaten etc., angewendet werden.

Ein Punkt, der hauptsächlich in den Artikeln der beiden internationalen Organisationen vorkommt, beschäftigt sich mit den CSR-Systemen von Unternehmen, welche neben einer besseren Umweltperformance des Unternehmens selbst auch maßgeblich zur Finanzierung von NGOs beitragen können.

Auf beiden Seiten stellt sich die Frage, ob der Umweltschutz in China einen Bereich darstellt, in welchem mehr politischer Freiraum herrscht als in anderen Bereichen. Die Antwort der Autoren, die sich in ihren Artikeln dazu äußern, lautet ja. Dies wird darauf zurückgeführt, dass sich die chinesische Regierung der Notwendigkeit der Einbeziehungen der Öffentlichkeit in den Umweltschutz, soll dieser von Erfolg gekrönt sein, bewusst ist. Wird der Umweltschutz von manchen Autoren auch als Übungsfeld für politische Partizipation und somit als Antriebskraft in der Entwicklung eines demokratischen Sozialismus und einer Zivilgesellschaft gesehen, so wird von den Autoren die neuerliche Entstehung einer Demokratiebewegung, welche den Sturz des politischen Systems anstrebt, negiert. Viel mehr geht es bei der Gewährung von mehr politischem Freiraum im Umweltschutzbereich darum,

dass die Regierung daran interessiert ist, ihre Legitimationsbasis durch das Zulassen von mehr öffentlicher Partizipation zu stärken.

Haben Vorfälle, wie die erfolgreiche Protestaktion im Rahmen des Mugecuo-Staudamm-Projekts, gezeigt, welches Potential öffentliche Partizipation entfalten kann, so wird der chinesischen Bevölkerung in Sachen Partizipationsbewusstsein in einigen analysierten Artikeln ein eher schlechtes Zeugnis ausgestellt. Ein großer Teil der Bevölkerung sieht Umweltschutz noch immer als Aufgabe des Staates und verhält sich deshalb eher passiv. Zusätzlich dazu wissen viele Chinesen noch immer nicht über ihre Rechte im Umweltschutz bescheid und können ihre Rechte und Interessen somit auch nicht gerichtlich durchsetzen.

Vor allem in den chinesischen Texten sprechen sich die Verfasser für die notwendige Schaffung von mehr Umweltbewusstsein in der chinesischen Bevölkerung aus. Sie gehen sogar soweit, zu sagen, es sei nötig, die moralische Vorstellung der Chinesen über die Beziehung zwischen Natur und Mensch zu stärken. Nur mit der Schaffung einer „Umweltmoral“ im chinesischen Volk, so meinen manche Autoren, sei es möglich, das Verantwortungsbewusstsein der Bevölkerung gegenüber der Natur zu festigen und nur so würde man die Leute zu mehr Teilnahme am Umweltschutz bewegen können.

Bewusstsein hat mit Bildung und Information zu tun und auch wenn die Regierung vor allem auf dem Grundschulsektor einige Initiativen zur Stärkung des Umweltwissens der Schüler gestartet hat, so geht es darum, dass Umweltschutz auch in den Institutionen höherer Bildung Einzug hält, um somit wissenschaftliche Erkenntnisse auf sämtlichen Fachgebieten zu gewinnen. Das alleine reicht aber ebenfalls noch nicht aus, denn auch jener Teil der Bevölkerung, welcher sich nicht mehr innerhalb des schulischen Bildungssystems befindet, muss erreicht werden. Mangel an Partizipation, so eine der Kernaussagen der chinesischen Artikel, ist neben fehlendem Bewusstsein vor allem ein Bildungsproblem.

4.4 Vergleich mit den Zielen der Agenda 21

Vergleicht man die Argumente der Autoren mit den in der Agenda 21 der UN und der chinesischen Agenda 21 (oben bereits ausgeführt) enthaltenen Punkten zu Partizipation, dann finden sich auch dabei viele Übereinstimmungen. Bildung wird als einer der wichtigsten Faktoren für öffentliche Partizipation angenommen. Umweltbildung muss nicht nur Bestandteil der Schulbildung, von der Grundschule bis hinauf zu den Universitäten, sein, sondern sich auch in der Erwachsenenbildung bzw. innerhalb von nationalen und internationalen Bildungsprogrammen wieder finden.

Bildung ist deshalb von so großer Bedeutung, weil sie nicht nur Aufmerksamkeit für die bestehende Umweltsituation schafft, sondern das Bewusstsein und die Sensibilität der Öffentlichkeit für Probleme schärft und damit wesentlich zu deren Bereitschaft zum Handeln beiträgt. Um Wissen und Information in die Bevölkerung hinauszutragen, ist eine gute Koordination zwischen staatlichen und privaten, nationalen und internationalen Organisationen sowie eine unabhängige und uneingeschränkte Berichterstattung unerlässlich. Es müssen Bildungs- und Aktionsprogramme erstellt und Service- und Informationsstellen geschaffen werden, wobei vor allem in Entwicklungsländern auf die unterschiedlichen Bedürfnisse verschiedener Teile der Bevölkerung (wie z.B. im Falle einer hohen Analphabetenrate) Bedacht genommen werden muss. Ein einfacher, den Lebensumständen des jeweiligen Bevölkerungsteils entsprechender, Zugang zu Informationen ist deshalb sicherzustellen.

Dass Umweltschutz die Gesamtbevölkerung angeht und deshalb auf deren aktive Teilnahme angewiesen ist, darüber besteht Einigkeit, allerdings braucht es dazu eine effektive Organisation und Koordination von staatlicher Seite, welche die Ausarbeitung eines umfassenden gesetzlichen Regelwerks ebenso einschließt wie die Festlegung von Umweltstandards und deren strikte Überwachung. In der Agenda 21 der UN fällt dieser Punkt unter die Bezeichnung „Capacity Building“. Zur Ausführung und Überwachung der Gesetze und Standards müssen ausreichend institutionelle und personelle Kapazitäten zur Verfügung stehen, ansonsten bleiben diese unwirksam. Hinzu kommt, dass die Entscheidungsträger, z.B. Beamte, die für die Exekution dieser Maßnahmen zuständig sind, ausreichend geschult werden müssen. Die nicht ausreichend vorhandenen Kapazitäten zur Durchsetzung von

gesetzlichen Vorschriften, dies geht auch aus den analysierten Texten hervor, sind wohl momentan noch eines der gravierendsten Probleme Chinas.

Ein wenig Abhilfe könnte dabei zumindest die Entstehung einer gesunden Zivilgesellschaft schaffen. Diese kann und tut dies in demokratischen Gesellschaften auch, neben ihrem allgemeinen Engagement für die Lösung ökologischer und sozialer Problemstellungen, gleichzeitig als „Überwachungsorgan“ für die Handlungen von staatlichen Behörden, wie aber auch Unternehmen, dienen.

Ein lebhaftes System von zivilgesellschaftlichen Umweltorganisationen, hierüber stimmt die Agenda 21 mit den oben analysierten Argumenten verschiedener Autoren überein, ist auch deshalb ein Muss, weil es meist einen bedeutenden Beitrag zu einem besseren Wissensstand der Bevölkerung leistet und den einzelnen Menschen einen Rahmen und eine Anleitung gibt, wie sie sich für die Sache des Umweltschutzes in der Praxis aktiv engagieren können.

Dies wiederum ist der Überwindung herrschender Bewusstseinslücken in Bezug auf das komplexe Beziehungsgeflecht zwischen Mensch und Natur sicherlich zuträglich und soll im Sinne der Vorstellungen der chinesischen Führung zu einer harmonischeren Beziehung zwischen den beiden führen.

Vergleicht man nun die beiden Diskursebenen miteinander oder diese mit den Zielen der Agenda 21, so lassen sich keine großen Unterschiede feststellen. Bildung, Bewusstsein, Informationszugang und Gesetze erscheinen als die maßgeblichen Faktoren, welche eine aktive öffentliche Partizipation im Allgemeinen bedingen. Es sind dies allesamt Punkte, welche die chinesische Führung schon in dem einen oder anderen Programm, Plan etc. zur Erreichung ihrer Umweltschutzziele bedacht hat, allerdings bedürfen sie auch allesamt der weiteren Forcierung, Verbesserung oder Ausweitung. Wie dies aber geschehen wird, darüber kann nur gemutmaßt werden. Partizipation bedeutet in China, nicht wie im Westen üblich, die aktive Teilnahme der Bevölkerung an politischen Diskussionen, Wahlen etc., sondern beschränkt sich auf einen von der Partei selbst herbeigeführten Interessensausgleich zwischen dem Staat und gesellschaftlichen Gruppen. Die dabei erlangten Erkenntnisse werden von der politischen Führung in Gesetze umgewandelt, welche alle bestehenden Problemfelder, seien es nun Umweltverschmutzung, soziale Ungerechtigkeit und andere, aus der Welt schaffen sollen. Legalität wird laut Susanne Weigelin-Schwiedrzik neben dem Wirtschaftswachstum und sozialer Gerechtigkeit zu einer der wichtigsten Quellen von Legitimität, was zur Folge

hat, dass die gesellschaftliche Dynamik im politischen Problemlösungsprozess kaum zum Tragen kommt.³⁷

Um dem Leser dieser Arbeit dazu einen kleinen Ausblick zu ermöglichen, soll das Thema Partizipation im Zusammenhang mit der Legitimationsproblematik der chinesischen Führung im Schlusskapitel noch kurz aufgegriffen und diskutiert werden.

³⁷ Mein Dank geht hier an o.Univ.-Prof. Dr. Susanne Weigelin-Schwiedrzik, welche so freundlich war, mir Vorlesungsmaterial zur Verfügung zu stellen.

5 Fazit

Vom Standpunkt westlicher Modernisierungstheorien aus gesehen, muss sich ein politisches Regime früher oder später öffnen, um die ständig steigende Komplexität von ökonomischen und sozialen Entwicklungen meistern zu können und somit dem Anspruch auf politische Legitimität gerecht zu werden. Dazu ist es nötig, so wird angenommen, dass Kanäle für die Kommunikation zwischen Staat und Bürgern sowie Möglichkeiten der Partizipation etabliert werden. Wie können diese postulierten Notwendigkeiten nun aber mit dem Erhalt der Einparteiherrschaft der KPCh vereinbart werden? Dieser Frage gehen die Autoren Heberer und Schubert in ihrem in der Zeitschrift „Asien“ veröffentlichten Artikel „Political Reform and Regime Legitimacy in Contemporary China“ auf den Grund. Für viele westliche Wissenschaftler führt auch für China kein Weg an einer Demokratisierung des politischen Systems vorbei. Heberer und Schubert gehen aber von der Annahme aus, dass aus historischen, sozialen und kulturellen Gründen die KPCh möglicherweise mehr Spielraum in der Konsolidierung ihres Machtmonopols besitzt als andere nicht-demokratische Regime, wenn zentrale Anliegen der Bevölkerung, wie Stabilität, wirtschaftliche Entwicklung und Verantwortlichkeit von Kadern, erfüllt werden. (vgl. Heberer/Schubert, 2006: S. 11 – 13)

Das Ziel der politischen Reform Chinas, so führen die beiden Autoren weiter aus, ist dennoch Demokratie, allerdings im Sinne von Herrschaft durch das Gesetz (rule of law), einem hohen Grad an Partizipation und institutionellen Überwachungsmechanismen. Ein erster Schritt in Richtung Demokratie beinhaltet dementsprechend die Schaffung von Verantwortlichkeit (accountability), Transparenz, Verlässlichkeit und Vertrauen, ohne dabei die politische, soziale und wirtschaftliche Stabilität zu gefährden. Es geht darum, das bestehende System im Vorfeld der Demokratisierung zu verbessern, die Partizipation schrittweise auszuweiten, die Prosperität der gesamten Bevölkerung zu garantieren und eine harmonische Gesellschaft mit chinesischen Merkmalen zu schaffen. (vgl. Heberer/Schubert, 2006: S. 19; ähnliche Ausführungen siehe auch: Zheng Yongning/Fook Lye Liang, 2005: S. 193 - 214)

Dies soll nach Heberer und Schubert allerdings nicht heißen, dass das chinesische Volk nicht ein demokratisches System einem autoritären vorziehen würde, solange allerdings die KP es schafft, sich überzeugend als gerechte, verantwortliche und die Stabilität Chinas sichernde Kraft darzustellen, solange mögen die Menschen sie einem Mehrparteiensystem vorziehen. (vgl. Heberer und Schubert, 2006: S. 21)

Reichte in der Vergangenheit das konstante und hohe Wirtschaftswachstum zum Erhalt der Legitimität des Regimes und der gesellschaftlichen Stabilität aus, so wird diese Legitimitätsquelle angesichts steigender Arbeitslosigkeit, liberalisierter Märkte, vermehrter Korruption etc. zunehmend als unzureichend empfunden. (vgl. Sausmikat, 2006: S. 79) Wirtschaftliches Wachstum ist ein instabiler Faktor. Geht es um Legitimierung eines politischen Regimes, besteht in der chinesischen Bevölkerung laut Yongnian Zheng und Liang Fook Lye zwar immer noch relative Zufriedenheit mit den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen, das führt aber dazu, dass die Bevölkerung auch in Zukunft ähnlich hohe Wachstumsraten erwartet. Werden diese hohen Erwartungen nicht erfüllt, könnte dies die Legitimität der chinesischen Führung schnell in Frage stellen, weshalb auch zunehmend versucht wird, andere Quellen der Legitimation zu etablieren (vgl. Zheng Yongnian/Fook Lye Liang, 2005, S. 197)

Neben dem Ziel hoher wirtschaftlicher Wachstumsraten und der Erreichung sozialer Gerechtigkeit finden sich so auch noch andere Ansätze, die dem Schreckgespenst einer möglichen „Legitimationskrise“ der KPCh versuchen, entgegenzuwirken. Mit dem Beginn der Ära Hu Jintao im Jahre 2002 hielt die Hoffnung auf eine volksnahe und reformfreudigere Regierungspartei Einzug in China. Offen wurden bestehende soziale Widersprüche und Probleme, wie Korruption, massive Umweltverschmutzung sowie zunehmende Proteste und Unruhen, eingestanden. Die Lösung dafür fand sich in den Konzepten der „wissenschaftlichen Entwicklung“ (kexue fazhan guan) und der „harmonischen sozialistischen Gesellschaft“ (shehui zhuyi hexie shehui). Beide Konzepte erheben den „Anspruch eines Ausgleichs gesellschaftlicher Widersprüche und wirtschaftlicher Entwicklungsdisparitäten durch eine paternalistische parteistaatliche Führung, die aus ihrem „wissenschaftlichen“ Erkenntnisvorsprung die praktische Kompetenz, wie auch die ideologische Rechtfertigung für eine übergreifende Steuerung und „Harmonisierung“ sozioökonomischer Prozesse bezieht.“ (Holbig, 2007: S. 35)

In der Praxis heißt dies, es müssen Maßnahmen getroffen werden, um die Sozialpolitik ausgewogener und die Wirtschaftsentwicklung nachhaltiger und umweltfreundlicher zu gestalten. Besonders klar kommt der politische Herrschaftsanspruch laut Holbig im Konzept der „wissenschaftlichen Entwicklung“ zum Ausdruck, indem es implizit den Anspruch erhebt, die Parteiführung würde über einen Vorsprung in der Erkenntnis sozialer Widersprüche verfügen. (vgl. Holbig, 2007: S. 38)

Eingebettet finden sich die beiden Konzepte in das komplexe ideologische Rahmenwerk rund um den Aufbau eines „Sozialismus chinesischer Prägung“ (zhongguo tese shehui zhuyi) und sie werden sogar in einer Reihe mit der Deng-Xiaoping-Theorie (deng xiaoping lilun) und der „Dreifachen Repräsentation“ (san ge daibiao) Jiang Zemens als deren Weiterentwicklung gehandelt. So legitimiert die KPCh ihren Führungsanspruch durch ihre Kraft zur theoretischen Innovation nicht nur rückwirkend, sondern auch für die Zukunft und erfüllt gleichzeitig das große Bedürfnis der Partei nach ideologischer Selbstvergewisserung. (vgl. Holbig, 2007: S. 40)

Wie oben bereits ausgeführt, weicht das Demokratieverständnis der KPCh vom im Westen landläufigen Verständnis ab. Demokratie meint somit also nicht ein durch Wahlen bestätigtes Mehrparteiensystem, sondern die alleinige Vertretung der Volksmassen durch die KPCh, wobei eine demokratische Partizipation der Bürger allerdings nicht vorgesehen ist. Demokratie, und zwar in Form einer „innerparteilichen Demokratie“, dient Heike Holbig nach nur einem Zweck, nämlich der Steigerung der Effizienz und Legitimität der Parteiherrschaft. (vgl. Holbig, 2007: S. 43; ähnliche Ausführung siehe auch Sausmikat, 2006: S. 77 fff.)

So sollen die Bedingungen für „demokratische Diskussionen“ innerhalb der Partei verbessert, innerparteiliche Wahl- und Berichterstattungsverfahren reformiert und ein besseres Kontrollsystem zur Verhinderung von Korruption geschaffen werden.

Holbig, Heberer und Schubert stimmen in dem Punkt überein, dass es in naher Zukunft keinerlei Tendenzen von Chinas Führung geben wird, eine Demokratisierung westlichen Vorbilds zu vollziehen. Ganz im Gegenteil, vielmehr wird die KPCh zur Wahrung ihres Führungsanspruchs auf einen, wie Holbig es nennt, „sinisierten“ Demokratiebegriff zurückgreifen, welcher sich auf marxistische und sozialistische Kernwerte besinnt. (vgl. Holbig, 2007: S. 43/47)

Wie stehen also die Zeichen für eine zunehmende Partizipation am Umweltschutz?

Gründe für die Unzufriedenheit in der chinesischen Bevölkerung, welche in den letzten Jahren immer wieder zu Protesten und Unruhen führten, gibt es reichlich. Einen der Hauptgründe stellt das steigende Einkommensgefälle dar, darüber hinaus tragen aber auch Arbeitslosigkeit, schlechte soziale Absicherung, Zwangsmaßnahmen in der Familienplanung und vor allem die

Brisanz von Umweltschäden und sich am laufenden Band ereignende Umweltkatastrophen zum Unmut der Bevölkerung bei. (vgl. Schucher, 2007: S. 42f; Sausmikat, 2006: S. 91)

Die besondere Stellung, die der Umweltverschmutzung im Rahmen der zunehmenden Proteste zukommt, zeigt sich daran, dass laut Günter Schucher bis zu 50 % der so genannten Massenvorfälle in ländlichen Gebieten stattfinden und für rund 20 % Umweltprobleme den Auslöser darstellen. Den Angaben der staatlichen Umweltagentur zufolge steigen die Umweltproteste jährlich um etwa 30 % an, wobei keine Region Chinas verschont bleibt und die Beteiligung quer durch alle Bevölkerungsschichten geht. Weiters schreibt der Autor, dass die Anzahl der Teilnehmer an Unruhen und Protestaktionen im Ansteigen begriffen ist, die Organisation sich zunehmend verbessert (wozu natürlich auch Medien wie Mobiltelefon und Internet maßgeblich beitragen), die Zeiträume länger werden und die Gewaltbereitschaft stetig zunimmt. Entzündet sich ein großer Teil der Proteste an Einzelfragen, so können andere, vor allem Umweltproteste, schon als gesellschaftliche Bewegung begriffen werden. (vgl. Schucher, 2007: S. 42 ff.) Verschärft wird die Unzufriedenheit der Bevölkerung auch durch die allseits präsente Korruption, das Fehlverhalten von Kadern, Polizeieinsätzen und auch durch die Kollaboration von Kadern mit kriminellen Banden. (vgl. Schucher, 2007: S. 42 ff.)

Ein besonders interessantes Phänomen stellt dabei das große Vertrauen der Bevölkerung in die Leistungen der Zentralregierung und der Partei dar. Anzunehmen wäre angesichts der zunehmenden Proteste, dass die Menschen ihren Unmut vor allem auf die Zentralregierung richten. Nicht so in China. Wie Untersuchungen zeigen, richtet sich die Unzufriedenheit der Menschen vor allem auf lokale Missstände und die dafür verantwortlichen Lokalbeamten. (vgl. Schucher, 2007: S. 44) Darüber scheint sich auch die politische Führung im Klaren zu sein und schlug deshalb einen Pfad der Differenzierung zwischen, wie Schucher es ausdrückt, „schlechten“ lokalen Kadern und sich selbst als den „Guten“ ein. Ziel ist es, die lokale Ebene stärker für entstehende Konflikte und deren Prävention verantwortlich zu zeichnen.

Dies geschieht aber auch deshalb, weil die Zentralregierung angewiesen ist auf Informationen von den lokalen Ebenen, denn je früher Konflikte erkannt und gemeldet werden, desto besser sind die Chancen, eine Eskalation zu verhindern. (vgl. Schucher, 2007: S. 45 ff.)

Eine Rolle spielt aber auch der Versuch, die Regierungsfähigkeit der Zentrale zu steigern. Mit Hilfe von Dorfwahlen, mehr Information und Transparenz (z.B. durch e-government), dem Ausbau von Partizipationsmöglichkeiten und mehr innerparteilicher Demokratie soll der Druck auf lokale Regierungen erhöht werden, die Weisungen der Zentrale auch tatsächlich umzusetzen. Die Fähigkeit, Lokalregierungen dazu zu bringen, die von der Zentrale

beschlossenen Maßnahmen in die Tat umzusetzen, stellt, wie schon die Textanalyse zeigte, wohl eines der gravierendsten Probleme Chinas dar und entscheidet schlussendlich auch über den Erfolg der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes. (vgl. Schucher, 2007: S. 53 ff.)

Wang Zhengxu erklärt das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik der chinesischen Zentralregierung, indem er zwei verschiedene Arten von politischem Vertrauen unterscheidet. Ihm zufolge ergibt sich das Vertrauen in die, wie er es bezeichnet, „all-China institutions“ (die zentralen Führungsorgane wie der Nationale Volkskongress, die KPCh etc.) daraus, dass diese Institutionen als äußerst abstrakte Gebilde in den Köpfen der Menschen existieren, mit denen sie nur selten in direktem Kontakt stehen und nur indirekt durch Schulunterricht, Massenmedien etc. über sie informiert werden. Wang bezeichnet diese Ebene der nationalen politischen Organe auch als „imagined state“. (vgl. Wang Zhengxu, 2005: S. 114)

Im Unterschied dazu steht die Bevölkerung mit staatlichen Organen auf lokaler Ebene, wie Polizei und lokalen Verwaltungsbehörden, im Alltag viel öfter in direktem Kontakt, was dazu führt, dass sich deren Arbeit viel direkter auf das Leben der Menschen auswirkt und erlebte Unzufriedenheit sich in Misstrauen umwandeln kann. Lokale Verwaltungsbehörden werden deshalb von den Menschen, so Wang, als „real state“ empfunden. (vgl. Wang Zhengxu, 2005: S. 114) Für die Legitimation des politischen Systems ist daraus abgeleitet vor allem das Vertrauen in die Institutionen auf nationaler Ebene von Bedeutung.

Angesichts des relativ hohen Vertrauens der chinesischen Bevölkerung in ihre Regierung stellt die „Legitimationskrise“ vielleicht doch kein bloßes Ergebnis von fehlender Demokratie dar bzw. richtet sich die Forderung nach mehr Demokratie mehr auf Probleme der Durchsetzung von politischen Weisungen auf lokaler Ebene und nicht auf eine Reform der Grundlagen des Systems. Die Proteste basieren meist auf sehr konkreten Problemen, welche wiederum vielfach in der Verantwortung lokaler Beamter oder spezifischer Behörden liegen. Demokratie soll für soziale Ordnung und Stabilität sorgen sowie den Lebensstandard der Menschen verbessern. Die Partei strebt nach Schucher eine „kontrollierte Autonomie“, also eine Demokratisierung „von oben“ oder auch „managed participation“, an. (vgl. Schucher, 2007: S. 56)

Die zunehmende Pluralisierung der Lebensstile innerhalb der Gesellschaft wird allerdings das Leitbild des „fürsorgenden“ paternalistischen Staates, dem es immer wieder gelingt, die

Gesellschaft in einen Gleichgewichtszustand zurückzubringen, auch in Zukunft immer wieder herausfordern und den chinesischen Parteistaat zunehmend an seine Grenzen stoßen lassen. Deshalb ist die Führung ständig bemüht, die Entstehung von Gruppen, welche sich gegen das Regime richten, zu verhindern bzw. die geistigen und wirtschaftlichen Eliten zu kooptieren, damit es nicht zu kollektiven Aktionen gegen die Zentrale kommt. Gruppeninteressen werden nur in kontrollierter Form der Äußerung, z.B. innerhalb der Wahlen zu den Dorfkomitees und der Organisation von Nachbarschaftsvierteln mit gewählten Leitern in den Städten, toleriert. Zudem werden aber immer mehr soziale Vereinigungen und NGOs zugelassen (wenn auch hier noch viele Probleme bestehen) und es bildet sich langsam eine Art öffentliche Sphäre, zu deren Entwicklung auch das Internet einen wichtigen Beitrag leistet. Es ist diesen Organisationen und Vereinigungen aber nicht erlaubt, explizit politische Ziele zu verfolgen, trotzdem tragen diese maßgeblich zur Erlernung grundlegender demokratischer Regeln bei. Bleibt die Erkenntnis und Lösung von Problemen auch weiterhin der politischen Führung vorbehalten, so muss diese dennoch zunehmend verschiedene Interessen in ihre Entwicklungsstrategien einbeziehen und weitert somit den Kriterienkatalog ihrer Legitimation ständig aus. (vgl. Schucher, 2007: S. 56 ff. ; ähnliche Ausführungen siehe auch: Ho Peter, 2007: S. 189/193; Zheng Yongnian/Hook Lye Liang, 2005: S. 184)

Öffentliche Partizipation, sei es im Umweltschutz oder in sozialen Anliegen, ist ein Bereich, der sich in den kommenden Jahren möglicherweise als ein entscheidendes Kriterium für die Legitimation der KPCh formieren wird. Das muss aber zugleich nicht heißen, dass sich dadurch unweigerlich ein Systemwandel hin zu einer demokratischen politischen Ordnung westlichen Stils anbahnt. Vielmehr scheint die chinesische Führung bestrebt zu sein, auch hier einen eigenen Weg politischer Reformen mit chinesischen Merkmalen zu gehen.

Mehr Freiraum für zivilgesellschaftliche Aktivitäten wird nur in dem Maße gewährt werden, indem die politische Führung sich nicht in ihrem Machtanspruch bedroht sieht.

Der im Westen oft als unvermeidlich angesehene politische Wandel Chinas hin zu einer Demokratie bleibt aus heutiger Sicht noch in relativ weiter Ferne. Solange die KPCh der Bevölkerung glaubhaft machen kann, dass sie auch in Zukunft für Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung sorgt und dabei auch Bedacht auf die Umwelt und soziale Probleme nimmt, solange scheint ihre Herrschaft nicht großartig gefährdet zu sein.

Es bleibt jedoch zu bedenken, dass die mit zunehmendem wirtschaftlichen Wachstum einhergehenden sozioökonomischen Veränderungen, wie bessere Bildung und einfacherer Zugang zu Informationen durch neue Medien etc., das Verlangen der Bevölkerung nach mehr

politischen Rechten und zivilgesellschaftlichen Freiheiten immer stärker werden lassen und die politische Führung früher oder später zu mehr Zugeständnissen in dieser Richtung zwingen werden. (vgl. Wang Zhengxu, 2005: S. 137f.) Wenn auch, wie Peter Ho in seinem Artikel „Embedded Activism and Political Change in a Semiauthoritarian Context“ argumentiert, der aufkeimende chinesische Umweltaktivismus zur Zeit noch vor jeglicher Konfrontation mit dem Regime zurückscheut, so gilt dies allerdings nur für die nationale Ebene. Konfrontationen mit lokalen Behörden gibt es jedoch auch heute schon. (vgl. Ho Peter, 2007: S. 189f.) Wie Zheng und Fook Lye meinen, ist die Gefahr einer lokalen Krise, die sich zu einer nationalen Krise entwickelt, welche die Legitimation der chinesischen Führung stark beeinträchtigen könnte, aber immer gegeben. (vgl. Zheng Yongnian/Fook Lye Liang, 2005: S. 194)

Umweltproteste zusammen mit Protesten gegen andere z.B. soziale Missstände innerhalb der chinesischen Gesellschaft, gekrönt durch einen in Zukunft durchaus möglichen Wachstumsschwund der Wirtschaft und in Verbindung mit neuen Möglichkeiten der Kommunikation und Vernetzung, stellen, wenn auch vielleicht nicht unmittelbar, ein potentielles Risiko für das politische Regime Chinas dar, welches auch im Zusammenhang mit innerparteilichen Richtungsstreits nicht unterschätzt werden darf.

6 Anhang

6.1 Chinesische Ausdrücke

canyu - 参与 – Partizipation

cunmin weiyuanhui – 村民委员会 - Dorfbewohner-Komitee/villagers' committee

da bao da lan – 大包大揽 – alles für sich selbst beanspruchen

dai yan ren – 代言人 – Fürsprecher

deng xiaoping lilun – 邓小平理论 - Deng Xiaoping Theory

fei yingli zuzhi – 非营利组织- NPO (Non-Profit-Organisation)

fei zhengfu zuzhi – 非政府组织 – NGO (Non Government Organisation)

fei zhengfu huanbao zuzhi – 非政府环保组织 - ENGO (Environmental NGO)

geming dang - 革命党 - Revolutionspartei

gonggong wupin - 公共物品 – öffentliches Gut

gongzhong – 公众 - Öffentlichkeit

gongzhong canyu – 公众参与 – öffentliche Partizipation (public participation)

gongzhong canyu de yuanze – 公众参与的原则 – Kooperationsprinzip

guanxi – 关系 – Beziehung (traditionelles chinesisches Beziehungssystem)

guojia huanjing baohu zongju – 国家环境保护总局 - NEPA (National Environmental Protection Agency), seit 1998 umbenannt in SEPA (State Environmental Protection Administration)

hexie shehui – 和谐社会 - „Harmonious Society“ („Harmonische Gesellschaft“)

hexie yuanze - 和谐原则 - Harmonieprinzip

huanjing baohu - 环境保护 - Umweltschutz

huanjing baohu ju - 环境保护局 - Umweltschutzamt

huanjing yingxiang pingjia – 环境影响评价 – UVP (Umweltverträglichkeitsprüfung)

huanjing he ziyuan baohu weiyuanhui – 环境和保护委员会 - Ausschuss für Umwelt und Ressourcen

huanjing yingxiang pingjia - 环境影响评价 – UVP, Umweltverträglichkeitsprüfung

huanjing yingxiang pingjia gongzhong canyu yu zanxing banfa – 环境影响评价公众参与暂行办法 – Provisorische Regelung zur Teilnahme der Öffentlichkeit an der UVP

huanjing xinxi gongkai banfa, shixing – 环境信息公开办法(试行) - Regelung zur Freigabe von Informationen seitens der Regierung (SEPA)

kexue fazhan guan – 科学发展观 – „wissenschaftliches Entwicklungskonzept“

luse xuexiao – 绿色学校- „grüne Schule“

makesi liening zhuyi - 马克思列宁主义 – “Marxism-Leninism” (“Marxismus-Leninismus”)

mao zedong sixiang – 毛泽东思想 - „Mao Zedong Thought“

ren ren ke cishan - 人人可慈善 - „Everyone can do charity“

richang shenghuo yishi – 日常生活意识 - Alltagsbewusstsein

san ge daibiao – 三个代表 - „Three Represents“

shehui zhuyi hexie shehui - 社会主义和谐社会 – „harmonische sozialistische Gesellschaft“

shengtai huanjing yishi – 生态生活意识 - Ökologisches Bewusstsein

shehui qunti – 社会群体 - Gesamtgesellschaft

shehuizhuyi hexie shehui – 社会主义和谐社会 – „harmonische sozialistische Gesellschaft“

shequ – 社区 - Nachbarschaftsviertel

shi - 市 - Stadt

shimin shehui – 市民社会 – Zivilgesellschaft

shixingfa – 试行法 - probeweises Gesetz

wu ben zhi mu – 无本之木 – „Baum ohne Wurzeln“

wuranzhe fudan yuanze - 污染者负担原则 - Verursacherprinzip

xian – 县 - Kreis

xiang – 乡 - Landgemeinde/Dorf

xin de kexue fazhan guan – 新的科学发展观 - „New Scientific Development Concept“

you ji shipin fazhan zhongxin – 有机食品发展中心 – OFCD (Organic Food Development Centre)

you zhengfu zuzhi de fei zhenfu zuzhi – 由政府组织的非政府组织 – GONGOs (Government Organized Non-Government Organization)

yufang wei zhu de yuanze – 预防为主的原则 - Präventions- oder Vorsorgeprinzip

zhizheng dang - 执政党 – Regierungspartei

zhongguo 21 shiji yicheng – yi zhongguo 21 shiji renkou, huanjing yu fazhan bai pi shu de tongzhi – 中国 21 世纪议程 - 一中国 21 世纪人口, 环境与发展白皮书的通知 – China

Agenda for the 21st Century – White Paper on Population, Environment and Development in the 21st Century

zhongguo fazhan jianbao – 中国发展简报 – China Development Brief

zhongguo huanjing kexue yanjiuyuan – 中国环境科学研究院 - Chinesische Forschungsakademie für Umweltwissenschaft

zhongguo tese shehuizhuyi – 中国特色社会主义 – „Sozialismus chinesischer Prägung“

Zhonghua Renmin Gongheguo cunmin weiyuanhui zuzhifa - 中华人民共和国村民委员会组织法 - Organic law on village committees in the PRC

<http://www.chinarural.org/newsinfo.asp?newsid=16573>

zhongmin cishan juanzhu xinxi zhongxin - 中民慈善捐助信息中心 - China Charity and Donation Information Centre

ziran zhi you – 自然之友 - Friends of Nature

zou qunzhong luxian – 走群众路线 - „den Weg der Massen gehen“

6.2 Literaturverzeichnis

Abstract of the Eleventh Five-Year Plan outline (draft)

http://www.gov.cn/english/2006-03/08/content_246973.htm (02.10.2007)

Assadourian, Erik; 2006: Kapitel 9: International Agierende Unternehmen im Wandel. In: Worldwatch Institute (Hrsg.): Zur Lage der Welt 2006 – China, Indien und unsere gemeinsame Zukunft. Münster: Heinrich-Böll-Stiftung und Verlag Westfälisches Dampfboot, S. 286 – 319

Bao, Jing Hua (鲍景华); 2004: 市民社会基本概念梳理

<http://www.sss.net.cn/ReadNews.asp?NewsID=724&BigClassID=12&SmallClassID=38&SpecialID=0&belong=sc> (20.11.2007)

Beijing Review (12.09.2007): Science Minister Calls for Enhancement of Energy-saving Awareness

http://www.bjreview.com/quotes/txt/2007-09/12/content_75846.htm (15.10.2007)

Brundtlandbericht Zusammenfassung

http://www.nachhaltigkeit.info/artikel/brundtland_report_1987_728.htm (21.01.2007)

Chen, Chuang Sheng (陈创生); o.J.: 市民社会与我国和谐社会构建

<http://theory.people.com.cn/GB/49154/49156/4247323.html> (27.11.2007)

**China`s Agenda 21:** White Paper on China`s Population, Environment, and Development in the 21st Century, 1994

<http://www.acca21.org.cn/indexe6.html> (27.02.2007)

Civil Society, LSE-London School of Economics and Political Science, 01.03.2004

http://www.lse.ac.uk/collections/CCS/what_is_civil_society.htm (21.01.2008)

Communique of the Sixth Plenum of the 16th CPC Central Committee, 11.10.2006

http://news3.xinhuanet.com/english/2006-10/11/content_5252428.htm (28.02.2007)

Chinese Constitution, Adopted on December 4, 1982:

<http://english.peopledaily.com.cn/constitution/constitution.html> (13.10.2006)

chinesische Quelle: 中华人民共和国宪法(1982)

<http://www.lawinfochina.com/law/display.asp?id=1> (11.06.2008)

Dang, De Xin (党德信); 2004: 环境保护需要公众参与

<http://www.tt65.net/?action-viewnews-itemid-536> (30.01.2008)

Definition von SD (lt . Brundtlandbericht)

<http://www.un.org/esa/sustdev/index.html> (21.02.2007)

de Graaf, Jan (2005): Marktwirtschaftliche Reformen im Umweltrecht der Volksrepublik China, Hamburg: Institut für Asienkunde

Deng, Guosheng (邓国胜); 2004: 也谈“GONGO“, 12.06.2004

<http://www.chinadevelopmentbrief.org.cn/ngother/ngother.jsp?id=31> (24.05.2008)

Economy, Elizabeth C.; 2004: Chapter 5 – The new Politics of the Environment. In: The River Runs Black – The Environmental Challenge to China's Future. Ithaca: Cornell University Press, S. 129 - 175

Egit, Alexander; 2006: Ein globaler ökologischer Problemfall: Greenpeace-Aktivist warnt – und setzt Hoffnung in China. In: Die Presse, 18. April

Endbericht des Weltgipfels über Umwelt und nachhaltige Entwicklung in Johannesburg 2002

http://www.un.org/esa/sustdev/documents/WSSD_POI_PD/English/POI_PD.htm (21.02.2007)

Environmental Protection Law of the People's Republic of China (1989)

http://www.chinalaw.gov.cn/jsp/jalor_en/disptext.jsp?recno=3&&ttlrec=4 (03.10.2007)

chinesische Quelle: 中华人民共和国环境保护法 (1989)

<http://www.lawinfochina.com/law/display.asp?db=1&id=1208&keyword=environmental%20protection%20law> (11.06.2008)

FARN (Fundación Ambiente y Recursos Naturales/Environment and Natural Resources Foundation), eine non-profit Organisation, welche für Sustainable Development eintritt

http://www.farn.org.ar/docs/pp/en_intro.html (21.01.2008)

Ferris Jr., Richard J./Zhang, Hongjun; 2005: Chapter 3: Environmental Law in the People's Republic of China. In: Day, Kristen A. (Hrsg.): China's Environment and the Challenge of Sustainable Development. New York: M. E. Sharpe, Inc.; S. 66 – 101

Fung, Francis C.W.: Chinese harmony renaissance: Can the world ignore it?, 02.11.2006:

http://news3.xinhuanet.com/english/2006-11/02/content_5281856.htm (28.02.2007)

GOV.cn - Artikel 1: Environment protection goals not met: SEPA, 13.04.2006

http://english.gov.cn/2006-04/13/content_252606.htm (01.03.2008)

GOV.cn – Artikel 2: Resources conservation policy listed in five-year plan, 13.03.2006

http://english.gov.cn/2006-03/13/content_226431.htm (01.03.2008)

He, Ping/Yang, Ren Zhong (何平/杨仁忠); 2007: 论市民社会观念的当代转换及其社会历史地位. In: 求索, 2007 年, 09 期

Heberer, Thomas; 2007: Wie wird regiert? - Welche Macht hat die Zentrale? Erreichen die in Beijing beschlossenen Gesetze und Maßnahmen überhaupt die Provinz? In: Böll Thema, Ausgabe 2/2007, Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung, S. 14 – 15

Heberer, Thomas/Schubert, Gunter; 2006: Political Reform and Regime Legitimacy in Contemporary China. In: Deutsche Gesellschaft für Asienkunde: Asien, Deutsche Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur, Nr. 99, Hamburg: S. 9 -28

Heberer, Thomas/Schubert, Gunter; 2008: Politische Partizipation und Regimelegitimität in der VR China, Band I: Der urbane Raum, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH

Heuser, Robert/de Graaf, Jan; 2001: Umweltschutzrecht der VR China – Gesetze und Analysen, Hamburg: Zeitgemäßer Druck Calling P.O.D.

Ho, Peter; 2007: Embedded Activism and Political Change in a Semiauthoritarian Context. In: China Information, Vol. XXI, No. 2, July 2007, S. 187 - 202

Ho, Peter/Edmonds, Richard Louis; 2007: Perspectives of Time and Change: Rethinking Embedded Environmental Activism in China. In: China Information, Vol. XXI, No. 2, July 2007, S. 331 - 344

Holbig, Heike; 2005: „Wissenschaftliches Entwicklungskonzept“, „Harmonische Gesellschaft“ und „Eigenständige Innovation“: Neue parteipolitische Prioritäten unter Hu Jintao. In: China aktuell, Heft 6/2005

Holbig, Heike; 2007: Demokratie chinesischer Prägung – Der XVII. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas. In: GIGA-German Institute of Global and Area Studies: China Aktuell, Nr. 7, Hamburg: S. 32 - 53

Horsley, Jaime P, 2001: Village Elections: Training Ground for Democratization
<http://www.chinabusinessreview.com/public/0103/horsley.html> (21.05.2008)

Huanjing yingxiang pingjia gongzhong canyu zanxing banfa (Provisional Regulation for Public Partizipation in the EIA, 2006)

chin. Quelle: 环境影响评价公众参与暂行办法

http://www.sepa.gov.cn/info/gw/huangfa/200602/t20060214_74178.htm (02.07.2008)

Jäger, Siegfried; 2004: Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. Edition DISS, Band 3, Münster: UNRAST-Verlag

Johannesburg Declaration on Sustainable Development, Artikel 11

http://www.un.org/esa/sustdev/documents/WSSD_POI_PD/English/POI_PD.htm (15.09.2008)

Law of the People's Republic of China on the Environmental Impact Assessment (中华人民共和国环境影响评价法, 2003)

http://www.sepa.gov.cn/law/law/200210/t20021028_84000.htm (17.10.2006)

Lehrack, Dorit; 2007: Die neuen Partner des Staates – Chinas NRO als Produkt des Öffnungs- und Reformprozesses. In: Böll Thema, Ausgabe 2/2007, S. 16 – 17

Li, Peilin in einem Interview mit China.org.cn vom 04.03.2005:

<http://www.china.org.cn/english/2005/Mar/121746.htm> (27.02.2007)

Lietsch, Jutta; 2006: Bitterer Preis für den süßen Wirtschaftsboom: Umweltdesaster. Verschmutzte Seen, vergiftete Landstriche, stinkende Städte, 300 Millionen Chinesen ohne sauberes Trinkwasser: Längst fressen verheerende Umweltschäden einen Teil des Wachstums auf. In: Die Presse, 18. April

Liu, Yingling (24.02.2006): SEPA Releases New Measure on Public Partizipation in Environmental Impact Assessment; China Watch

<http://www.woldwatch.org/node/3886> (25.04.2007)

Mao, Zedong; 1969: Einige Fragen der Führungsmethoden. (1. Juni 1943) In: Mao Tse-Tung – Ausgewählte Werke, Band III, Peking: Verlag für fremdsprachige Literatur; S. 135 - 141

Marcuse, Herbert; 1967: Der eindimensionale Mensch: Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft. Berlin: Luchterhand

McKinney, Matthew/Harmon, Will; o.J.: Governing Nature, Governing Ourselves: Engaging Citizens in Natural Resource Decisions, Part 1

http://www.iap2.org/associations/4748/files/Journal_Issue2_McKinney_Harmon.pdf
(22.01.2008)

Mertha, Andrew C./Zeng, Ka; 2005: Political Institutions, Resistance and China`s Harmonization with International Law. In: The China Quarterly, June 2005, Number 182, S. 319 - 337

Metzger, Thomas A.; o.J.: The Western Concept of the Civil Society in the Context of Chinese History

<http://www.hoover.org/publications/he/2896546.html?show=essay> (28.11.2007)

Milke, Klaus; 2006: Geschäft und Verantwortung – Zur Debatte um ökologische und soziale Kriterien für unternehmerisches Handeln. In: Worldwatch Institute (Hrsg.): Zur Lage der Welt 2006 – China, Indien und unsere gemeinsame Zukunft. Münster: Heinrich-Böll-Stiftung und Verlag Westfälisches Dampfboot, S. 9 - 41

Nuscheler, Franz; 2006: Umwelt und transnationale Risiken: Trends und Perspektiven. In: Debiel, Tobias/Messner, Dirk (Hrsg.): Globale Trends 2007 – Frieden Entwicklung Umwelt. Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag GmbH

Oberheitmann, Andreas; 2005: Approaches towards Sustainable Development in China. In: Institut für Asienkunde Hamburg (Hrsg.): China Aktuell – Journal of Current Chinese Affairs, Heft 4/2005

O'Brien, Kevin J./Li, Lianjiang; 2000: Accomodation „Democracy“ in a One-Party State: Introducing Village Elections in China. In: The China Quarterly, June 2000, Number 162, S. 465 – 489)

OFCD (Organic Food Development Centre) –Website

<http://www.ofdc.org.cn/english/about/about.asp> (22.10.2007)

Pan, Yue (22.02.2006): Provisional Regulation for Public Partizipation in the Environmental Impact Assessment issued by SEPA (落实国务院《决定》, 健全社会监督机制 环保总局发布《环评公众参与暂行办法》)

http://www.sepa.gov.cn/xcyj/zwhb/200602/t20060222_74176.htm (05.10.2007)

Pastor, Rober A./Qingshan, Tan; 2000: The Meaning of China's Village Elections. In: the China Quarterly, June 2000, Number 162, S. 490 – 512

Pestel, Eduard (o.J.): The Limits of Growth: Abstract established by Eduard Pestel. A Report to The Club of Rome (1972), by Donella H. Meadows, Dennis L. Meadows, Jorgen Randers, William W. Behrens III.

<http://www.clubofrome.org/docs/limits.rtf> (23.02.2007)

Provisional Regulation for Public Partizipation in the Environmental Impact Assessment (EIA); (关于印发《环境影响评价公众参与暂行办法》的通知, 2006)

http://www.sepa.gov.cn/info/gw/huangfa/200602/t20060214_74178.htm (05.10.2007)

Prugh, Thomas/ Assadourian, Erik (2003): What Is Sustainability, Anyway?, Excerpt from the September/October 2003 WORLD WATCH Magazine

<http://www.worldwatch.org/system/files/EP165A.pdf> (19.02.2006)

Regulations of the People's Republic of China on Open Government Information

http://www.law.yale.edu/documents/pdf/Intellectual_Life/Ch_OGI_Regualtions_Eng_Final_051607.pdf (15.10.2007)

Reuben, Willian; 2003: The Role of Civic Engagement and Social Accountability in the Governance Equation. In: Social Development Notes, Note No. 75

<http://siteresources.worldbank.org/INTPCENG/214574-1118058447732/20526739/sdn75.pdf>
(22.01.2008)

Saich, Tony; 2004: Governance and Politics of China – 2nd Edition. New York: Palgrave MacMillan.

Sausmikat, Nora; 2006: More Legitimacy for One-Party Rule? The CCP's Ideological Adjustments and Intra-Party Reforms. In: Deutsche Gesellschaft für Asienkunde: Asien, Nr. 99, Hamburg: S. 70 - 91

Schmidt, Jürgen; 2007: Zivilgesellschaft – Bürgerschaftliches Engagement von der Antike bis zur Gegenwart. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag

Schmidt-Bleek, Friedrich; 2006: Ohne Dematerialisierung keine Nachhaltigkeit. In: Fischer, Ernst Peter/ Wiegandt, Klaus (Hrsg.): Die Zukunft der Erde: Was verträgt unser Planet noch. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag

Schram, Stuart R.; 1977: The Marxist. In: Wilson, Dick (Hrsg.): Mao Tse-Tung in the Scales of History, USA: Cambridge University Press, S. 35 - 69

Schucher, Günter; 2007: Chinas Streben nach Harmonie: Wunsch und Wirklichkeit. In: GIGA – German Institute of Global and Area Studies: China Aktuell, Nr. 5, Hamburg: S. 40 – 69

SEPA – Major Responsibilities of SEPA

http://english.sepa.gov.cn/xztz/jgzn/gszn/200606/t20060630_50000.htm (27.02.2007)

Sitarz, Daniel (Hrsg.); 1993: Agenda 21 – The Earth Summit Strategy To Save Our Planet, Colorado: Earthpress

Tang, Hao, 2008: Xiamen PX: a turning point?, 18.01.2008

<http://www.chinadialogue.net/homepage/show/single/en/1626-Xiamen-PX-a-turning-point->
(25.01.2008)

The National Tenth Five-Year Plan for Environmental Protection (Abstract)

<http://www.sepa.gov.cn/english/plan/Tenth.htm> (27.02.2007)

Tóth Nagy, Magdolna/ Bowman, Margaret (Hrsg.); 1994: Manual on Public Participation in Environmental Decisionmaking – Current Practice and Future Possibilities in Central and Eastern Europe, Budapest

<http://www.rec.org/REC/Publications/PPManual/Default.html> (22.01.2007)

Turner, Jennifer L./ Lü, Zhi; 2006: Kapitel 8: Zum Aufbau einer grünen Zivilgesellschaft in China. In: Worldwatch Institute (Hrsg.): Zur Lage der Welt 2006 – China, Indien und unsere gemeinsame Zukunft. Münster: Heinrich-Böll-Stiftung und Verlag Westfälisches Dampfboot, S. 261 – 285

Umweltschutz und Partizipation (环境保护与公众参与者), China.org.cn, 01.06.2004

<http://english.china.org.cn/chinese/MATERIAL/576730.htm> (25.01.2008)

Wang, Zhengxu; 2005: Chapter 3: Political Trust in China: Forms and Causes. In: White, Lynn: Series on Contemporary China – Vol. 1: Legitimacy – Ambiguities of Political Success or Failure in East and Southeast Asia. USA/UK: World Scientific Publishing Co. Pte. Ltd., S. 113 - 139

Weigelin-Schwiedrzik, Susanne; 2007: Die KP China auf der Suche nach der eigenen Legitimation. In: Böll Thema, Ausgabe 2/2007, Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung, S. 8/9

WHO – World Harmony Organization:

<http://www.worldharmonyorg.net/index.html> (01.03.2006)

Wittmann, Veronika; 2006: Digital Divide – auf dem Weg zu einer Weltinformationsgesellschaft. In: Debiel, Tobias/Messner, Dirk (Hrsg.): Globale Trends 2007 – Frieden Entwicklung Umwelt. Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag GmbH, S. 209 - 224

Wu, Fengshi; o.J.: New Partners or Old Brothers? GONGOs in Transnational Environmental Advocacy in China. S. 45 - 57
www.wilsoncenter.org/topics/pubs/ADF3C9.pdf (18.05.2008)

Yang, Guobin; 2005: Environmental NGOs and Institutional Dynamics in China. In: The China Quarterly, March 2005, Number 181, S. 46 - 66

Yang, Guobin/Calhoun, Craig; 2007: Media, Civil Society, and the Rise of a Green Public Sphere in China. In: China Information – A Journal on Contemporary China Studies, Vol. XXI, No. 2, July 2007, S. 211 - 236

Zehnter nationaler Fünf-Jahresplan, chin. Version

<http://www.lawinfochina.com/law/displayModeTwo.asp?id=3124&keyword=national%20tent%20five%20year%20plan> (11.06.2008)

Zheng, Yongnian/Fook Lye, Liang; 2005: Chapter 5 - Political Legitimacy in Reform China: Between Economic Performance and Democratization. In: White, Lynn (Hrsg.): Legitimacy – Ambiguities of Political Success or Failure in East and Southeast Asia. Singapore: World Scientific Publishing Co. Pte. Ltd., S. 183 – 213

Zhonghua Renmin Gongheguo Huanjing Baohufa (Environmental Protection Law of the People's Republic of China)

chinesische Quelle: 中华人民共和国环境保护法 (1989)

<http://www.lawinfochina.com/law/display.asp?db=1&id=1208&keyword=environmental%20protection%20law> (11.06.2008)

6.2.1 China Development Brief – Textsammlung:

China Development Brief, 2007a: Open government: A step forward, but with sideways shuffles too, 24.05.2007

<http://www.chinadevelopmentbrief.com/node/1111> (11.10.2007)

China Development Brief, 2007b: Government centre aims to converge “parallel lines” of charity, 18.02.2007

<http://www.chinadevelopmentbrief.com/node/1005> (11.10.2007)

China Development Brief, 2007c: Non-profit sector: The management scientists are coming, 19.04.2007

<http://www.chinadevelopmentbrief.com/node/1070> (11.10.2007)

China Development Brief, 2007d: EU, UNDP boost government efforts to manage civil society, biodiversity, 22.05.2007

<http://www.chinadevelopmentbrief.com/node/1107> (11.10.2007)

China Development Brief, 2007e: Editorial: “GONGOs” are here to stay, but need to reform and open up, 19.04.2007

<http://www.chinadevelopmentbrief.com/node/1071> (11.10.2007)

China Development Brief, 2007f: Editorial: It’s a community, not a movement, 25.01.2007

<http://www.chinadevelopmentbrief.com/node/970> (11.10.2007)

6.2.2 China Watch – Textsammlung:

China Watch, 2005a: In Wake of Songhua Disaster, Environmentalists Divided over Future of Environmental Protection in China, 08.12.2005

<http://www.worldwatch.org/node/1089> (25.04.2007)

China Watch, 2005b: China to Strengthen Public Participation in Environmental Impact Assessment, 09.12.2005

<http://www.worldwatch.org/node/1468> (25.04.2007)

China Watch, 2005c: Environmental Activist Arrested in Hangzhou; Movement Still Hampered by Legal and Financial Restrictions, 23.11.2005

<http://www.worldwatch.org/node/134> (25.04.2007)

China Watch, 2006a: Maturing Environmental Movement Takes Uniquely Chinese Approach, 06.01.2006

<http://www.worldwatch.org/node/3870> (25.04.2007)

China Watch, 2006b: SEPA Releases New Measure on Public Participation in Environmental Impact Assessment Process, 24.02.2006

<http://www.worldwatch.org/node/3886> (25.04.2007)

China Watch, 2007a: China Launches Energy Conservation Guide for Citizens, 13.09.2007

<http://www.worldwatch.org/node/5346> (11.10.2007)

China Watch, 2007b: China to Hold Provincial Officials Accountable for Environmental Harm, 20.02.2007

<http://www.worldwatch.org/node/4926> (25.04.2007)

China Watch, 2007c: China Cancels Dam Project Following NGO Resistance, 07.12.2006

<http://www.worldwatch.org/node/4766> (25.04.2007)

China Watch, 2007d: China's Environmental Crisis Catalyzes New Democracy Movement, 19.06.2007

<http://www.worldwatch.org/node/5149> (11.07.2007)

China Watch, 2007e: Hydropower in China: Public Participation and Energy Diversity Are Key, 24.04.2007

<http://www.worldwatch.org/node/5037> (25.04.2007)

China Watch, 2007f: China's Organic Food Disappoints Consumers, 02.04.2007

<http://www.worldwatch.org/node/4998> (25.04.2007)

China Watch, 2007g: Can Corporations Help Chinese Nonprofits Overcome Funding Barriers?, 18.09.2007

<http://www.worldwatch.org/node/5356> (11.10.2007)

China Watch, 2007h: China Needs New Environmental Policies, SEPA Says, 25.09.2007

<http://www.worldwatch.org/node/5370> (11.10.2007)

6.2.3 CAJ – (China Academic Journals) Textsammlung:

<http://ead.staatsbibliothek-berlin.de/caj/> (15.03.2007)

CAJ; 2007a: 舆论监督推动社会进步 In: 江海纵横, 2007 年第 3 期, S. 32

CAJ; 2007b: 法律修订征求意见 - 凸显环保公众参与性 In: 环境教育, 2007 年 10 期, S. 9

– 10

Chen, Ye-Lan (陈叶兰); 2006: 论环境保护的公众参与 In: 湖南农业大学学报 (社会科学版), 2006 年 6 月, 第 7 卷第 3 期, S. 98 – 101

Diao, Xiang-Zheng (刁翔正); 2007: 从国际战备环境影响评价的发展反思我国的环境影响评价制度 In: 商场现代化, 2007 年报 10 月, 总第 517 期, S. 285 – 286

He, Yu (何瑜); 2007: 从厦门 PX 项目事件看我国环境影响评价中的公众参与制度 In: 法制典社会, 2007 年 09 期, S. 547 – 548

Jiang, Ying (江莹); 2006: 公众参与环境保护动力机制研究, In: 苏州大学学报, 2006 年 9 月第 5 期, S. 119 – 121

Liang, Ji-yi/Liang, Feng (梁吉义/梁枫); 2007: 论可持续发展系统整体和谐协调, In: 系统科学学报 2007 年 1 月, 第 15 卷, 第 1 期, S. 22 – 26

Li, Ping/Wang, Li-Dong (李平/王立东); 2007: 立法与环保浅析 In: 辽宁行政学院学报, 2007 年第 12 期, S. 44 – 46

Ma, Li-ying (马丽英); 2006: 论环境保护中的公众参与者, In: 理论界, 2006 年第 2, S. 6 - 7

Tan, Feng-Lan/Jiang, Li (谭风兰/姜莉); 2006: 环境保护与公众参与 In: 承德职业学院学报, 2006 年 3 期, o.S.

Wang, Feng/Li, Xiao-yu (王风/雷小毓); 2006: 公众参与环境保护的一种实证研究成果 - 陕西，东两省的比较分析 In: 西北大学学报，2006 年 7 月，第 36 卷第 4 期，S. 38 – 41

Wang, Hong-Chang (王宏昌); 2007: 浅议我国生态环境保护的制度建设 In: 特区经济, 2007 年 11 期, S. 132 – 133

Xuan, Zhao-kai (宣兆凯); 2006: 公众参与环境保护机制的道德价值基础 内蒙古大学学报, 2006 年 3 月, 第 38 卷, 第 2 期, S. 11 – 14

Ye, Jing (叶静); 2007: 环抱 NGO 新行“纲领” In: 中国经济周刊, 2007 年 45 期

Zeng, Heng (曾珩); 2007: 论我国环境影响评价制度(EIA)中公众参与机制的完善 In: 科技创新导报, 2007 年 31 期, S. 43 – 44

Zeng, Li-xuan/Zhang, Qiu-yun(曾丽璇; 张秋云); 2006: 农业可持续发展与环境保护的公众参与 In: 生态经济, 2006 年 09 期, S. 93 – 95

Zhao, Jun/Shang, Qing-yu (赵军/尚庆雨); 2006: 我国公众在参与环境保护过程中存在的问题及对策, In: 煤炭经济研究, 2006 年第 9 期, S. 32 – 34

Zhao, Qin-ping (赵沁平); 2006: 提高公众参与意识 , 加强环境保护教育, In: 环境教育 , 重磅报道 , 2006 年 , S. 6 – 7

Zheng, Fang-Hu/ Li, Wen-Bin (郑方辉/李文彬); 2007: 我国环抱政策绩效评价及其利益格局 In: 学术研究, 2007 年第 9 期, S. 99 – 104

Zhou, Ning (周宁); 2006: 为«公众参与环境保护办法»喝彩,In: 绿色中国,2006 年 6 月, S.

Zusammenfassung

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit dem Problem der Partizipation der chinesischen Bevölkerung am Umweltschutz. Methodisch wurde dabei auf eine Analyse des Diskurses zum Thema in internationalen Organisationen (China Watch und China Development Brief) zurückgegriffen und mit den Analyseergebnissen des Diskurses in chinesischen akademischen Kreisen verglichen.

Der Diskurs über Partizipation am Umweltschutz in China findet sich eingebettet in ein Umfeld von Diskussionen über Nachhaltige Entwicklung, politische Rahmenpapiere der chinesischen Regierung, Zivilgesellschaft sowie gesetzliche Voraussetzungen welche eingangs kurz dargestellt werden. Dies soll dem Leser bereits wichtige Diskussionspunkte vorstellen und erklären, welche im Rahmen der Analyse von Texten internationaler Organisationen und chinesischer Akademiker unerlässlich sind.

In der Textanalyse selbst wird Fragen nachgegangen, wie z.B. ob grobe Differenzen in den Ansichten der beiden Seiten (chin. Akademiker und int. Organisationen) vorherrschen oder die Grundkonzepte ähnlich bzw. möglicherweise sogar ident sind. Es soll darüber hinaus herausgefunden werden, was laut Ansicht der Autoren notwendig ist, um Partizipation am Umweltschutz in China voranzutreiben bzw. wo Hemmnisse und Probleme für die Teilnahme der Bevölkerung am Umweltschutz bestehen.

Der Rolle der Regierung bei der Förderung von Partizipation am Umweltschutz wird ebenfalls Beachtung geschenkt und den Fragen nachgegangen, ob die Regierung überhaupt gewillt ist zivilgesellschaftliche Organisationen im Umweltsektor entstehen zu lassen und möglicherweise sogar zu fördern, oder wie im Schlusskapitel angedeutet, die Angst vor der möglichen Entstehung einer Umweltbewegung mit politischen Zielen, welche über den Umweltschutz hinausreichen, solche Umweltinitiativen bereits in ihrer Entstehung hindert. Die Bevölkerung selbst und deren Umweltbewusstsein und –bildung bilden ebenfalls einen wichtigen Analyseschwerpunkt, denn nur wenn genügend davon vorhanden ist, wird die Bevölkerung die Notwendigkeit von Umweltschutz überhaupt erkennen.

Abschließend wird argumentiert, dass sich Partizipation im Umweltbereich und in sozialen Anliegen neben dem Wirtschaftswachstum in den kommenden Jahren zu einem wichtigen

Legitimationskriterium für die KPCh entwickeln werden. Allerdings wird mehr Freiraum für zivilgesellschaftliche Aktivitäten nur in dem Maße gewährt werden, indem die politische Führung sich nicht in ihrem Machtanspruch bedroht sieht.

Der im Westen oft als unvermeidlich angesehene politische Wandel Chinas hin zu einer Demokratie bleibt aus heutiger Sicht noch in relativ weiter Ferne. Solange die KPCh der Bevölkerung glaubhaft machen kann, dass sie auch in Zukunft für Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung sorgt und dabei auch Bedacht auf die Umwelt und soziale Probleme nimmt, solange scheint ihre Herrschaft nicht großartig gefährdet zu sein.

Es bleibt jedoch zu bedenken, dass die mit zunehmendem wirtschaftlichen Wachstum einhergehenden sozioökonomischen Veränderungen, wie bessere Bildung und einfacherer Zugang zu Informationen durch neue Medien etc., das Verlangen der Bevölkerung nach mehr politischen Rechten und zivilgesellschaftlichen Freiheiten immer stärker werden lassen und die politische Führung früher oder später zu mehr Zugeständnissen in dieser Richtung zwingen werden.

Curriculum Vitae

Sabine Silbernagl, geboren am 2. März 1983 in Amstetten, Österreich

2002: Matura an der Höheren Lehranstalt für wirtschaftliche Berufe (HLW) Amstetten

WS 2002: Beginn des Bakkalaureatstudiums Sinologie an der Universität Wien

Juli/Aug 2004: Besuch der Summerschool an der Universität Shaoxing, China

SS 2005: Auslandssemester an der Universität Shaoxing, China

SS 2007: Abschluss des Bakkalaureatsstudiums Sinologie an der Universität Wien

WS 2007: Beginn des Masterstudiums Sinologie an der Universität Wien

SS 2007: zweimonatiger Sprachaufenthalt in China

WS 2008: Abschluss des Masterstudiums Sinologie an der Universität Wien mit vorliegender Masterarbeit über Umweltschutz und Partizipation in China

Studienschwerpunkte Sinologie: die Kulturrevolution, Bodenreformen

Studienschwerpunkte in den freien Wahlfächern: Internationale Entwicklung mit Hauptaugenmerk auf Sustainable Development, Globalgeschichte und Globalisierung